

NEUE ZEIT



SIEBEN TAGE
WELTPOLITIK

38

SEPTEMBER 1977

DAS VOLK
GIBT SICH
SEINE VERFASSUNG

★

*Vor der 32.
UNO-Vollversammlung*

★

ISRAEL:
GELD REGIERT
DAS LAND

Universitätsbibliothek
Zweigstelle
Sektion Marxismus

Das Gift aus dem
„goldenem Dreieck“

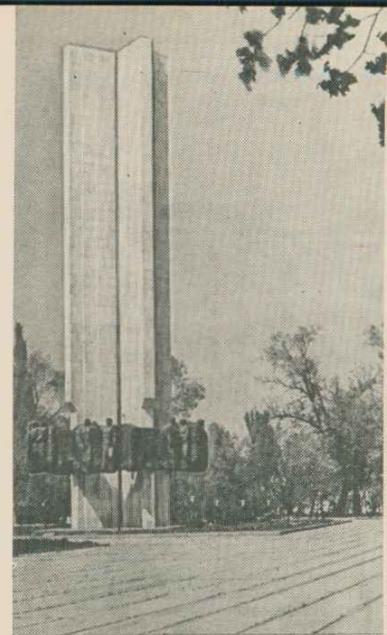
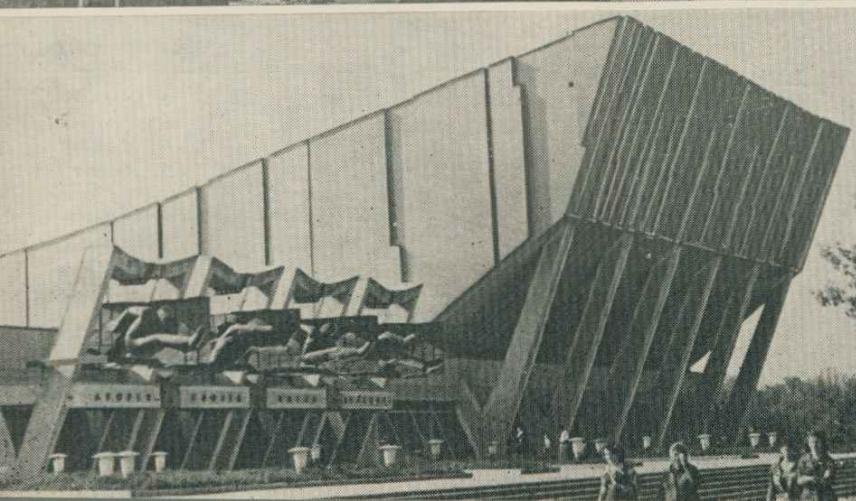


SOWJETUNION IM BILD

Am Fuße des kirgisischen Alatau mit seinen ewig schneedeckten Gipfeln, inmitten der Obstgärten des fruchtbaren

ren Tschui-Tales liegt diese Stadt, die den Namen des großen Revolutionärs und Heerführers der Roten Armee, Michail Frunse, trägt.

„1926, als ich 15 Jahre alt zum erstenmal in die Stadt kam“, erinnert sich der kirgisische Schriftsteller Kubanitschbek Malikow, „gab es dort kein einziges dreigeschossiges Gebäude... In vielen

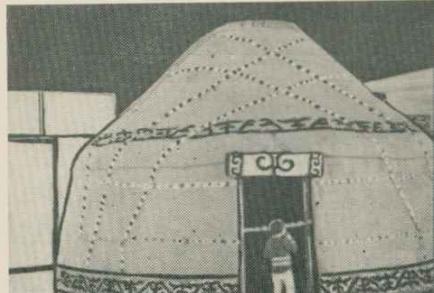


Höfen standen Jurten, und am frühen Morgen konnte man sehen, wie der Rauch durch eine enge Öffnung, den Tunduk, nach oben stieg.“

Heute lässt sich eine Jurte, die den kirgisischen Nomaden über Jahrhunderte als Behausung diente, nur im Museum bewundern. Unter der Sowjetmacht hat sich das Leben des Volkes grundlegend verändert — auch die frühere Kreisstadt, in der Frunse 1885 geboren wurde. Die kirgisische Hauptstadt gehört heute zu den schönsten Städten Mittelasiens. An ihren breiten grünen Straßen und Parks sind moderne Architekturkomplexe emporgeschossen.

Unsere Bilder: Das Kirgisische Schauspielhaus ◆ Hauptpavillon der Volkswirtschaftsausstellung der Republik ◆ Der Lenin-Sportpalast ◆ Monument für die brüderliche Freundschaft zwischen dem russischen und dem kirgisischen Volk ◆ Eine Jurte im Museum

Fotoreportage A. Pin



DAS VOLK GIBT SICH DIE VERFASSUNG

Die Sowjetunion zählt heute 259 Millionen Einwohner, davon wurden 86% nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 geboren und sind im Geiste der kommunistischen Ideale von Gleichheit und Gerechtigkeit aufgewachsen. Seit 60 Jahren geben wir Vertreter von mehr als 100 Nationalitäten und Völkernschaften, Menschen verschiedener Generationen und sozialer Schichten unsere Arbeit, unser Denken und Wissen, wenn es sein mußte, auch unser Leben, damit das erste sozialistische Land der Welt gedeihen und sich vervollkommen kann.

Die Völker der Welt sehen unser Leben in all diesen Jahrzehnten mit seinen Plänen und Vollbringungen, Erfolgen und Schwierigkeiten, die einen mit aufrichtiger Sympathie, die anderen, die Kräfte, die gegen den sozialen Fortschritt sind, mit unverhohlener Feindseligkeit. Auch die vier Monate, in denen die sowjetische Bevölkerung den Entwurf der neuen Verfassung erörtert, bilden keine Ausnahme.

Wie Leonid Breshnew auf dem Plenum des ZK der KPdSU im Mai d. J. auch voraussah, ist es eine Arbeit von großem Ausmaß und hoher Bedeutung. Alle Zeitungen, von den zentralen bis hinunter zu Betriebszeitungen, bringen täglich Erwägungen, Hinweise, Bemerkungen und Vorschläge von Arbeitern, Kolchosbauern und Vertretern der Intelligenz zum Entwurf. Im Fernsehen und Rundfunk Moskaus, in allen Unions- und autonomen Republiken, in allen Regionen und Gebieten wird diskutiert: auf Versammlungen in Industriebetrieben und Kolchosen, in Studenten-auditorien, in Truppenteilen und Rentnervereinen, auf Symposien und Konferenzen von Philosophen und Historikern, Juristen und Ökonomen, in jeder Familie. Im ZK der KPdSU, im Obersten Sowjet der UdSSR, beim Vorsitzenden der Verfassungskommission, in den örtlichen Sowjets laufen Hunderttausende Briefe zum Entwurf ein.

Woher kommt diese rege Teilnahme? Daher, daß jeder Bürger zutiefst überzeugt ist: Er arbeitet am Grundgesetz des eigenen Lebens, an der Entwicklung seines Vaterlandes mit. Es

geht ihm darum, daß dieses Dokument, das die Vergangenheit fixiert, die Gegenwart einschätzt und sichere Perspektiven eröffnet, aufs genaueste redigiert ist. Es ist eine Volksverfassung, denn Millionen Sowjetbürger helfen aktiv bei ihrer Ausarbeitung. Vielen in der kapitalistischen Welt scheint dies unbegreiflich, ja unerklärlich — und ist dabei höchst einfach: Die Kommunistische Partei und der Staat des ganzen Volkes ernten heute die Früchte ihrer langjährigen Arbeit an der Verwirklichung von Lenins hervorragendem Gedanken: Wesen und Ziel der neuen, sowjetischen Demokratie besteht darin, „daß tatsächlich *ausnahmslos* die ganze Bevölkerung verwalteten lerne und zu verwalten anfange“.

Die Artikel der neuen Verfassung, aber in gleichem Maße auch die Methode, wie sie angenommen wird, zeugen von den Vorzügen des Sozialismus und hängen aufs engste mit den Problemen der künftigen politischen Organisation der Menschheit zusammen. Kommt nicht daher der in letzter Zeit nachgerade hysterische antisowjetische Lärm um die Menschenrechte, der in den westlichen Korridoren der Macht gemacht wird, und die fiebrhafte Betriebsamkeit um die „Dissidenten“? Juri Andropow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, wies diese böswilligen, entspannungsfreindlichen Erdichtungen kategorisch zurück. Wie er in seinem Bericht zum 100. Geburtstag Feliks Dzierżyńskis sagte, ist der entwickelte Sozialismus nicht dagegen gefeit, daß Handlungen einzelner Personen nicht mit den moralischen und rechtlichen Normen der sowjetischen Gesellschaft übereinstimmen. Das „Dissidententum“ sei mit Hilfe der westlichen Presse, der diplomatischen, aber auch der Aufklärungs- und anderen Sonderdienste „zu einer Art Beruf geworden, der mit Währungs- und ähnlichen Gaben freigebig bezahlt wird, was sich im Grunde wenig davon unterscheidet, wie die imperialistischen Sonderdienste ihre Agentur bezahlen“.

In welcher Richtung sich unser Leben entwickelt, wird vom Volk, von der Viertelmilliarden Sowjetbürgern bestimmt. Nach ihrem Willen und in ihrem Namen tritt am 4. Oktober der Oberste Sowjet der UdSSR zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, um die neue Verfassung zu erörtern und anzunehmen. Dieses historische Dokument wird der ganzen Menschheit erneut den wahren Demokratismus der Sowjetordnung und den friedlichen Charakter ihrer Außenpolitik demonstrieren und die Werktätigkeiten der Welt in ihrem Kampf für Freiheit, Demokratie, Frieden und Fortschritt anspornen.

Leonid Breschnew und Alexej Kossygin gratulierten dem Ersten Sekretär des ZK der BKP und Vorsitzenden des Staatsrates der VR Bulgarien, Todor Shiwkow, und dem Vorsitzenden des Ministerrates der VRB Stanko Todorow, zum Nationalfeiertag, dem 33. Jahrestag der sozialistischen Revolution. Die Kommunisten und das ganze Sowjetvolk werden auch weiterhin bemüht sein, die brüderliche Zusammenarbeit der KPD/SDP und der BKP, der UdSSR und der VR Bulgarien auszubauen, heißt es in der Grußbotschaft.

Leonid Breschnew und Alexej Kossygin richteten an den Generalsekretär des ZK der Partei der Arbeit Koreas, Präsidenten der KVDR, Kim Ir Sen, und den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der KVDR, Pak Sen Tschter, ein Glückwunschtelegramm zum 29. Jahrestag der Koreanischen Volksdemokratischen Republik. Wir zweifeln nicht, heißt es darin, daß sich die bestehenden allseitigen Freundschaftsbeziehungen zwischen unseren Staaten und Parteien auch weiterhin erweitern und festigen werden.

Leonid Breschnew empfing am 12. September im Kreml den UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim, der zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion weilt. Am gleichen Tag reiste Kurt Waldheim aus Moskau ab. (Siehe S. 6.)

Am 9. September empfing Leonid Breschnew im Kreml den Vorsitzenden des Obersten Bundesgerichtshofes der USA Warren Burger, der eine Studienreise durch die Sowjetunion mache. In einem Gespräch legte Leonid Breschnew die grundsätzliche Haltung der Sowjetunion zu den Beziehungen mit den USA dar und wertete deren Bedeutung für die Völker der beiden Länder sowie für die Festigung des Weltfriedens aus.

Leonid Breschnew richtete an den Präsidenten der Republik Indonesien, General Suharto, ein Glückwunschtelegramm anlässlich des 32. Jahrestages der Unabhängigkeit Indonesiens. Suharto dankte für die Gratulation.

Am 7. September empfing Alexej Kossygin im Kreml eine Gruppe namhafter japanischer Wissenschaftler, Fachleute für internationale Beziehungen, die am 4. sowjetisch-japanischen Symposium „Frieden in Asien“ teilnahmen.

Das Mitglied des Politbüros des ZK der Laotischen Revolutionären Volkspartei, Präsident der VDR Laos, Sufanuwong, richtete ein Schreiben an Leonid Breschnew, in dem er den Wunsch ausdrückte, daß sich die Kampfsolidarität, die brüderliche Freundschaft und die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den beiden Völkern, Parteien und Staaten weiterentwickeln und gedeihen mögen.

Am 8. September endete in der UdSSR eine Woche der sowjetisch-vietnamesischen Freundschaft. In Betrieben, Ämtern und Lehranstalten fanden Solidaritätskundgebungen und Treffen mit vietnamesischen Freunden statt. An der Woche beteiligte sich eine Delegation der Gesellschaft für vietnamesisch-sowjetische Freundschaft.

Vom 5. bis 8. September weilte der Generalsekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei und Präsident der SRR, Nicolae Ceausescu, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Bulgarien. Er verhandelte mit dem Ersten Sekretär des ZK der RKP und Vorsitzenden des Staatsrates der VR Bulgarien, Todor Shiwkow. In einer gemeinsamen Erklärung wird unterstrichen, daß die BKP und die RKP entschlossen sind, die Einheit der kommunistischen und Arbeiterparteien auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und der internationalen Solidarität weiter zu festigen.

Vom 6. bis 9. September weilte Urho Kekkonen, Präsident der Republik Finnland, zu einem Staatsbesuch in der DDR. Bei den Verhandlungen bekräftigten der Generalsekretär des ZK der SED, Vorsitzender des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, und Urho Kekkonen ihre Entschlossenheit, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern auch weiterhin auszubauen.

Der Vorbereitungsausschuß zur Einberufung einer Sondertagung der UNO-Vollversammlung über Abrüstung, dem Vertreter von 54 Staaten angehören, beschloß am 9. September, diese Tagung in der Zeit vom 23. Mai bis zum 28. Juni 1978 in New York abzuhalten. Die Delegationen der sozialistischen Länder haben dem Ausschuß zwei wichtige gemeinsame Dokumente zur Erörterung vor-

gelegt: „Grundthesen einer Abrüstungsdeklaration“ und „Grundthesen eines Aktionsprogramms für Abrüstung“. In diesen Dokumenten, deren Mitverfasser Bulgarien, Ungarn, die DDR, die Mongolei, Polen, die UdSSR und die Tschechoslowakei sind, wurden konkrete Richtungen für die Einstellung des Weltfriedens und die Abrüstung formuliert.

Am 12. September endete in Berlin die Sitzung des Büros des Präsidiums des Weltfriedensrates. Es wurde ein weiterer Fragenkreis im Zusammenhang mit der Entwicklung der internationalen Lage nach der Weltversammlung der Erbauer des Friedens erörtert. Das Büro rief dazu auf, vom 1. bis zum 15. Oktober eine weltweite Kampagne gegen die Neutronenbombe und alle Arten von Massenvernichtungswaffen durchzuführen.

Am 8. September richtete die UdSSR-Botschaft in den USA im Zusammenhang mit einer starken Explosion am Gebäude, in dem sich die Bürosäume des sowjetischen Attachés für Hochseeschifffahrt und der Aeroflot-Vertretung befinden, ein Protestschreiben an das State Department. Die Botschaft forderte, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um die Terrorakte gegen sowjetische Einrichtungen in den USA zu verhindern und ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Am 12. September traf der Erste Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, zu einem offiziellen Besuch in Paris ein.

Am 8. September kehrte der Präsident der SFRJ und Vorsitzender des BdKJ, Josip Broz Tito, nach der Beendigung seines offiziellen Besuches in der Sowjetunion sowie der Besuche in der KVDR und der VR China nach Belgrad zurück.

Die Militärregierung Äthiopiens beschloß am 8. September, die diplomatischen Beziehungen mit Somalia abzubrechen. (Siehe S. 8.)

Am 7. September unterzeichneten der USA-Präsident James Carter und der Regierungschef Panamas Omar Torrijos in Washington zwei Verträge zwischen den USA und Panama über den Panamakanal. (Siehe S. 22.)

Am 12. September fanden in Norwegen die Wahlen zum Storting statt.



Moskau. Kreml. Leonid Breschnew und UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim im Gespräch.

Foto S. Smirnow

NEUE ZEIT

WOCHEBLATT FÜR POLITIK

Nr. 38 SEPTEMBER 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär),
A. Ignatow, G. Kaschojan (Stellv. Chefredakteur), W. Kusnezow, B. Pitschik (Stellv. Chefredakteur), I. Trofimowa, V. Tschernjawska (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. Wolski.

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. Krestjaninow

■

Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

■

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache.

■

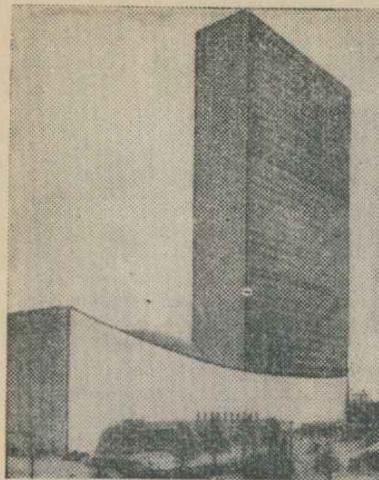
UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6,
103782, GSP, Plostschadji Puschkina

Printed in the Union of Soviet
Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Das Volk gibt sich die Verfassung	1
G. Stach — UNO: Verantwortungsvolle Aufgaben	4
W. Krasnopoly — Zum Wohl des Friedens	6
S. Sosnowski — Gedenken und Solidarität	7
D. Wolski — Chile: Lehren aus vier Jahren	8
J. Tjunkow — Wer den Vorteil hat	8
K. Karagesian — Nach den Ferien	10
J. Nilow — Was wollen die Antikommunisten diesmal?	12
J. Goloschubow — Bei Geysiren und Vulkanen	15
Notizen ◆ Glossen ◆ Kommentare	16
I. Dmitrijew — Die Kernkriegsgefahr kann gebannt werden	18
J. Schraiber — Kabinett: Aus Reichen für die Reichen	20
A. Smirnow — Panamakanal und Potomac	22
W. Shitomirski, W. Rosen — Bücher aus aller Welt	24
A. Stschedrowa — Aus dem „goldenen Dreieck“	25
Diskussion mit dem Leser	28
PS	29
Dokumente: Deklaration des Pugwash-Rates ◆ Grundsatzklärung der Pugwash-Bewegung	30

Die Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk, das gegen das Blutregime der faschistischen Junta kämpft, nimmt in aller Welt an Breite zu. Titelbild: A. Garanins Plakat „Freiheit für die Patrioten Chiles!“



VERANTWORTUNGSVOLLE AUFGABEN

Gennadi STACH

bieten? Die Entspannung erstreckt sich ja auf alle Bereiche des internationalen Lebens, betrifft die Lebensinteressen von Staaten und Völkern, schafft die notwendigen Voraussetzungen für die Lösung globaler Probleme.

Die Mitteilungen über die Pentagonpläne in bezug auf die Neutronenbombe sind eine eindringliche Mahnung daran, daß die Gefahr eines nuklearen Weltkonfliktes noch nicht beseitigt ist. Um die Völker einzulullen, reden die Entspannungsgegner von der Zulässigkeit eines begrenzten Kernkonfliktes unter Einsatz einer „sauberen“ Kernwaffe. Deshalb ist es heute besonders wichtig und unaufschiebar, Maßnahmen zur Verhütung eines Kernkriegs zu treffen. Diese Aufgabe stellt sich nicht nur den Staaten, die Kernwaffen besitzen, sie erfordert gemeinsame Anstrengungen aller UNO-Staaten, unabhängig davon, ob sie im Besitz von Kernwaffen sind oder nicht. Das Problem der Kernkriegsverhütung wird in der politischen Debatte auf der Tagung zweifellos einen zentralen Platz einnehmen.

Am 20. September beginnt in New York die 32. UNO-Vollversammlung. Die vorläufige Tagesordnung zählt bereits 126 Punkte. Vorrangig werden zweifellos Fragen sein, die die Hauptaufgabe und Daseinsberechtigung der UNO — Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, Verhütung eines neuen Krieges — betreffen.

Die Vollversammlung tritt in einer Situation zusammen, da die Entspannungstendenz in der internationalen Entwicklung dominiert und sich die Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der gegenseitig nützlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten unterschiedlichen sozialen Systems durchsetzen. Zugleich haben die reaktionären militärischen Kräfte des Westens ihre entspannungsfreindlichen Aktivitäten verstärkt. Sie sind bestrebt, das Wettrüsten erneut anzuheizen, die Spannungen in einigen Regionen der Erde zu steigern und neue internationale Konflikte zu provozieren, kurz, die Welt in die Zeiten des kalten Krieges und der „Stärkepolitik“ zurückzuversetzen. Peking geht mit diesen Kreisen im Grunde konform.

Deshalb müssen alle UNO-Mitglieder auf der bevorstehenden Tagung ihre Anstrengungen verdoppeln, um zu verankern, was bei der Verbesserung der Weltlage und bei der Gesundung der zwischenstaatlichen Beziehungen erreicht wurde, um die Entspannung zu intensivieren und unwiderruflich zu machen und auf alle Kontinente auszudehnen. Dazu bedarf es konkreter Handlungen der UNO und ihrer Vollversammlung. Wer könnte alle Staaten, alle friedliebenden Kräfte besser zusammenschließen und auf-

der chemischen Waffen sowie über die Kürzung der Militärausgaben der Staaten.

Eine der jüngsten sowjetischen Initiativen auf diesem Gebiet wird bereits in die Tat umgesetzt. Im Mai d. J. wurde in Genf eine Konvention über das Verbot militärischer und sonstiger feindseliger Anwendung von Mitteln zur Einwirkung auf die Umwelt unterzeichnet. Aber viele Resolutionen der Vollversammlung werden noch nicht verwirklicht. Nach der 31. Tagung wurde die Diskussion über diese Fragen im Abrüstungsausschuß fortgesetzt. Parallel dazu liegen Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über das Verbot der chemischen Waffen und neuer Arten und Systeme der Massenvernichtungswaffen, ferner Verhandlungen zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien über das Verbot der Kernwaffenteste. Obwohl diese Verhandlungen sachlich und konkret waren, haben sie vorläufig keine Vereinbarungen ergeben. Die Vollversammlung hat die Aufgabe, diese Lage zu erörtern und Entscheidungen zu treffen, die zum baldigsten Abschluß von Abkommen beitragen könnten.

Zweifelsohne wird sich die Tagung damit beschäftigen, wie der Ausbreitung von Kernwaffen vorzubeugen ist. Das Problem ist um so dringender, als kürzlich die Pläne zur Entwicklung von Kernwaffen in der RSA bekannt wurden. Bekämen die südafrikanischen Rassisten solche Waffen in die Hand, so hätte das schwerwiegendste Folgen nicht nur für Afrika, sondern auch für die ganze Welt. Deshalb ist es Pflicht der UNO, all ihrer Mitgliedstaaten, unverzüglich wirksame Maßnahmen zu treffen, um die Entwicklung der Kernwaffen in der RSA zu verhindern. Erforderlich sind auch zusätzliche Schritte, um noch mehr Staaten für den Atomsperervertrag zu gewinnen und die Kontrolle seitens der Internationalen Atombehörde zu verstärken, damit die friedliche Zusammenarbeit auf nuklearem Gebiet, der Export nuklearer Ausrüstungen, Materialien und Technologien nicht zur Herstellung von Kernwaffen

oder beliebigen nuklearen Sprenganlagen benutzt werden können.

Die Tagungsteilnehmer werden die Vorbereitung einer Abrüstungs-sondertagung der Vollversammlung, die für Mai und Juni 1978 anberaumt ist, erörtern. Die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder haben dem Vorbereitungsausschuß der Sondertagung Entwürfe der wichtigsten Dokumente — einer Abrüstungsdeklaration und eines Aktionsprogramms für die Abrüstung — vorgelegt. Diese wichtigen Urkunden, die im Ausschuß hohe Anerkennung gefunden haben, enthalten die Vorschläge über die Hauptrichtungen im Kampf für die Einstellung des Wettrüstens und die Abrüstung. Ein konstruktiver Verlauf der Sondertagung könnte den Bemühungen um die Abrüstung neuen Auftrieb geben und die Einberufung der Weltabrüstungskonferenz einleiten.

Die UNO ist imstande, effektive Schritte zu tun, um eine Wende in der Sache der Abrüstung herbeizuführen, das Wettrüsten zu zügeln und Maßnahmen der faktischen Abrüstung bis zur totalen Abrüstung zu erwirken.

Die Delegierten werden sich mit den Konfliktsituationen in mehreren Regionen der Welt befassen.

Heute sehen schon alle, daß beliebige Versuche, die Methode von Separat- und Teilabkommen wieder zu praktizieren, in der gegenwärtigen Situation die Nahostregelung nur in eine Sackgasse führen können. Das birgt die Gefahr neuer militärischer Konflikte in sich. Die UdSSR steuert konsequent den Kurs auf eine gerechte Nahostregelung. Das bedeutet Befreiung aller von Israel 1967 okkupierten arabischen Territorien, Gewährung des legitimen Rechtes auf Selbstbestimmung und Schaffung eines eigenen Staates an das arabische Volk von Palästina und die Gewährleistung des Rechts auf eine friedliche, unabhängige und sichere Existenz für alle Völker dieses Raums. Zur Lösung aller dieser Probleme muß die Generalkonferenz ihrer Arbeit wiederaufnehmen.

Bekanntlich möchten gewisse Kreise das Zypernproblem der UNO entziehen und es auf Kosten der Zyprioten durch eine Abmachung zwischen NATO-Ländern lösen. Die Sowjetunion setzt sich in der UNO unablässig für eine Lösung der Zypernfrage ein, bei der die Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Integrität des Zypernstaates unbedingt

respektiert, alle fremden Truppen von der Insel abgezogen und die inneren Probleme mit Rücksicht auf die legitimen Interessen und Rechte der griechischen und der türkischen Gemeinde gelöst werden.

Die UNO darf nicht ruhen, bis ein gerechter und dauerhafter Frieden im Nahen Osten und auf Zypern einzieht. Die Beschlüsse, die die Vollversammlung und der Sicherheitsrat zu diesen Fragen in den letzten Jahren faßten, ebnen den Weg dazu. Die 32. Vollversammlung wird die Entspannung fördern, wenn sie zu einer unverzüglichen und gerechten Beilegung des Nahostkonfliktes und zur Lösung der Zypernfrage beiträgt.

Auf der Tagesordnung steht die Aufnahme der Sozialistischen Republik Vietnam in die UNO. Durch ihren Beitritt wird die UNO zu noch höherer Autorität gelangen und noch universaleren Charakter annehmen.

Ebenso wie in den früheren Jahren werden heftige politische Auseinandersetzungen bei Fragen erwartet, die mit der Liquidierung der Überreste von Kolonialsystem, Rassismus und Apartheid zusammenhängen. Die Regimes in der RSA und in Rhodesien unterdrücken schonungslos die Millionen Afrikaner und entfesseln ununterbrochen Aggressionen gegen die Nachbarstaaten. Infolgedessen ist der Süden Afrikas heute ein gefährlicher Spannungsherd, von ihm geht die Gefahr für Frieden und Sicherheit in diesem Raum und in der ganzen Welt aus. Vor der Tagung hat die britische und die amerikanische Diplomatie ihre Manöver aktiviert, um die allgemeine Kritik und Verurteilung der Rassistenregimes in der UNO zu dämpfen, eine neokolonialistische Lösung für die Probleme des Südens Afrikas durchzusetzen und die Rassistenherrschaft in verschleierter Form aufrechtzuerhalten. Doch dürfen diese Manöver die UNO nicht von der Lösung der wichtigen historischen Aufgabe ablenken, die Überreste von Kolonialismus, Rassismus und Apartheid aus der Welt zu schaffen. Von der Vollversammlung erwartet man Entscheidungen, die die baldigste Erfüllung der auf Initiative der UdSSR 1960 angenommenen Deklaration über die Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker, die baldigste Gewährung der wahren Freiheit an die Völker von Simbabwe und Namibia und die Ausmerzung der Apartheid sichern würden.

Bei der Diskussion um die Han-

deles- und Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern der dritten Welt und deren Entwicklung wird sich die UdSSR nach wie vor für eine gerechte und demokratische Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen einsetzen. Daß auf diesem Gebiet kein merklicher Fortschritt festzustellen ist, ergibt sich direkt aus der Politik einiger Westmächte, die darauf aus sind, den kolonialistischen und ausbeuterischen Charakter ihrer Wirtschaftsbeziehungen zu den Entwicklungsländern unangetastet zu lassen. Die Vollversammlung sollte darauf hinwirken, daß die Diskriminierung im Welthandel beseitigt und daß alle Äußerungen von Ungleichberechtigung, Diktat und Ungerechtigkeit aus den internationalen Wirtschaftsbeziehungen gebannt werden. Doch dürfen die Wirtschaftsfragen, so wichtig sie auch sind, nicht die Hauptaufgabe der UNO in den Hintergrund rücken. Das bleibt die Erhaltung und Festigung des Friedens. Wenn die Entspannung intensiver sein wird, wenn die Waffenarsenale abgebaut werden, erschließen sich auch neue Möglichkeiten dafür, die herangereiften Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung von Staaten zu lösen sowie Wohlstand und Kultur der Völker aller Kontinente zu heben.

Vor der 32. Vollversammlung stehen wichtige, verantwortungsvolle Aufgaben. Die Mitgliedstaaten müssen die gewachsenen Möglichkeiten der UNO nutzen, um energischer zur weiteren Entspannung beizutragen, neue Wege zur Abrüstung ausfindig zu machen, Maßnahmen zum Löschen von Konfliktbergen zu treffen und die mehrseitige Zusammenarbeit auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz auszubauen. Die Völker erwarten von der bevorstehenden UNO-Vollversammlung wirksame Maßnahmen und konkrete Entscheidungen. Unlängst stellte Leonid Breschnew fest: „Wenn die Menschheit nicht will, daß die Kriegsgefahr zunimmt, gilt es, auf die Festigung des Friedens hinzuwirken, und zwar energisch, ohne Verzug.“

Die Sowjetunion wird ihren gewichtigen, positiven Beitrag leisten, damit die 32. UNO-Vollversammlung ihre Aufgaben bewältigt. Der kolossale Einfluß und die Autorität des Sowjetstaates, der seinem ruhmvollen 60jährigen Jubiläum entgegengeht, werden stets denen helfen, die für Frieden, internationale Sicherheit und Freiheit kämpfen.

ZUM WOHL DES FRIEDENS

UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim in der Sowjetunion

Der offizielle UdSSR-Besuch Dr. Kurt Waldheims, Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen, ist beendet. In seinem Verlauf hatte er inhaltsreiche und konstruktive Gespräche mit Leonid Breshnew und Andrej Gromyko. Der Besuch verlief kurz vor Eröffnung der 32. UNO-Vollversammlung. Das zeugt von der Bedeutung, die in der UNO der Meinung der Sowjetunion beigemessen wird, und von der Würdigung des Beitrags, den sie zur UNO-Tätigkeit leistet. Wie Kurt Waldheim erklärte, ist die UdSSR an fast jedem Punkt der Tagesordnung der 32. Vollversammlung beteiligt.

Die Gespräche zeigten zugleich, daß auch die Sowjetunion an der Arbeit der UNO lebhaft interessiert ist und daß man in Moskau die Möglichkeiten der UNO und ihres Generalsekretärs bei der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu schätzen weiß. Der Lösung dieser Hauptaufgabe der Gegenwart galten die Moskauer Gespräche vor allem.

Bei einem Déjeuner für den Gast am 5. September betonte Gromyko, daß die Völker von der UNO eine aktive Haltung im weltweiten Kampf für die Bannung der Kriegsgefahr, vor allem für die Verhütung eines Kernkrieges, erwarten. Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, baldigste Begrenzung der strategischen Rüstungen zu erreichen, erklärte er:

„Die Sowjetunion strebt unbeirrbar eine solche Lösung an. Gewiß, nicht alles hängt von uns ab. Wir sind jedoch festen Glaubens, daß ein Erfolg bei den Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen durchaus erreichbar ist, selbstverständlich, wenn das Prinzip der Gleichheit und gleicher Sicherheit der Seiten strikt eingehalten wird.“

Der sowjetische Außenminister sagte ferner, nach seiner Ansicht könnten und müßten die UNO-Staaten energischer neue Methoden suchen und ausfindig machen, die die Sache der Abrüstung in jeder Hinsicht voranbringen und die

schwere Last der Militärausgaben erleichtern.

Von besonderer Bedeutung ist da die für Mai und Juni 1978 anberaumte Sonderfahrt der UNO, die eine Weltabrüstungskonferenz vorbereiten soll. Bei den Unterredungen mit dem UNO-Generalsekretär wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, die Sonderfahrt konstruktiv zu gestalten.

Kurt Waldheim würdigte die sowjetischen Abrüstungsinitiativen und dankte der Sowjetunion für ihre unermüdlichen Bemühungen um die Lösung der wichtigsten Probleme, von denen, wie der UNO-Generalsekretär feststellte, der Weltfrieden weitgehend abhängt. Auf einer Pressekonferenz im Moskauer Haus der Journalisten am 6. September brachte er die Überzeugung zum Ausdruck, daß es der Sowjetunion am Abkommen über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen mit den USA wirklich gelegen ist, und äußerte sich anerkennend über das der UNO vorgelegte Memorandum der Sowjetregierung, das einen ausführlichen Plan der allgemeinen und vollständigen Abrüstung enthält.

Auf der politischen Weltkarte gibt es noch viele „heiße Punkte“. Die Pflicht der UNO und aller friedliebenden Staaten besteht darin, Wege zur Liquidierung von Konfliktsituationen zu suchen und zu finden. Der Nahe Osten ist nach wie vor ein explosionsgefährdeter Raum der Welt.

„Zwei Tage besprachen wir, Herr Gromyko und ich, die Lage im Nahen Osten. Es muß noch viel getan werden, um die mit diesem Problem verbundenen Schwierigkeiten zu bereinigen“, erklärte Kurt Waldheim auf Fragen der Journalisten.

Über die Haltung der UNO zu den israelischen Plänen, auf den okkupierten arabischen Territorien neue Siedlungen anzulegen, sagte Kurt Waldheim:

„Wiederholt habe ich Besorgnis darüber geäußert. Ein solches Vorgehen widerspricht den UNO-Resolutionen und erschwert die Schritte, die zur Nahost-Regelung unternommen werden.“

In Beantwortung der Frage des NZ-Korrespondenten, wie der UNO-Beschluß über die Rassistenregimes im Süden Afrikas erfüllt werde, erinnerte Kurt Waldheim daran, daß die UNO mehrere Resolutionen über Namibia angenommen habe. Sie verfolge aufmerksam die dortige Entwicklung. Das Problem Namibias stehe auf der bevorstehenden Tagung erneut zur Diskussion. Kurt Waldheim erwähnte seine Gespräche mit Gromyko, bei denen ebenfalls darauf hingewiesen wurde, daß das Problem Rhodesiens und Namibias durch freie Willensäußerung der Bevölkerungsmehrheit dieser Länder gelöst werden müsse.

Zur Lage am Horn von Afrika sagte Kurt Waldheim, die OAU habe beschlossen, daß die Grenzen der afrikanischen Länder nicht geändert werden dürfen. Indessen werden gegenwärtig solche Versuche unternommen, was offensichtlich nicht sein dürfe.

Am 12. September wurde Kurt Waldheim von Leonid Breshnew empfangen, sie tauschten ihre Meinungen über einen weiten Fragenkreis aus. Leonid Breshnew unterstrich die Konsequenz des sowjetischen Kurses auf die Verließung der internationalen Entspannung und deren Ausdehnung auf alle Regionen der Welt und berichtete über Maßnahmen, die die UdSSR gemeinsam mit anderen Ländern in dieser Richtung trifft.

Sehr angelegentlich wurde von der Notwendigkeit gesprochen, möglichst bald wirksame Maßnahmen zur Einschränkung des Wettrüstens und zur Abrüstung zu ergreifen. Gemeint waren der Abschluß eines weltumspannenden Gewaltverzichtsvertrags, die genauere Einhaltung der Regeln für die Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen, die volle und allgemeine Einstellung der Kernwaffenversuche, der Verzicht auf die Entwicklung neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen.

Wie Leonid Breshnew hervorhob, unterstützt die Sowjetunion unablässig die Bemühungen der UNO und ihres Generalsekretärs um die Festigung der internationalen Sicherheit und um den Ausbau der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit.

In Anerkennung des konsequenten und fruchtbaren Wirkens Leonid Breshnews zum Wohl des Weltfriedens und der Völkersicherheit überreichte Kurt Waldheim ihm die Friedensmedaille der UNO in Gold.

W. KRASNOPOLSKI

„NEUE ZEIT“ 38.77

GEDENKEN UND SOLIDARITÄT



Über 100 000 Berliner strömten am 11. September, am Internationalen Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors, auf dem Bebelplatz zusammen. Die Massenkundgebung verlief unter der Lösung: „Im Geiste des Roten Oktober erfüllen wir das Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer für Sozialismus und Frieden!“

Am Nachmittag desselben Tages versammelten sich im Palast der Republik in Berlin die Veteranen der Internationalen Brigaden, Teilnehmer am antifranquistischen Krieg in Spanien, die den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus vor 40 Jahren begonnen hatten.

An diesem Treffen beteiligten sich Interbrigadisten aus mehr als 20 Ländern, darunter aus der UdSSR.

Paul Verner, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, betonte in seiner Ansprache, dieses Forum habe besondere Bedeutung, weil es zur Zeit wichtiger politischer Veränderungen in Spanien stattfinde. Wir können diese Veränderungen nur begrüßen, sagte er. Die wirksamste moralische, politische, diplomatische, materielle und militärische Hilfe erhielt die Republik Spanien von der Sowjetunion, und diese Aktion des Internationalismus dürfe nicht vergessen werden. Es sei das geschichtliche Verdienst der UdSSR, daß sie als erster sozialistischer Staat dem spanischen Volk in einer schweren Zeit zur Hilfe geeilt sei. Der Sowjetunion dafür im 60. Jahr des Roten Oktober besonders zu danken, sei den Interbrigadisten Herzenssache, sagte Paul Verner abschließend.

Über die Aufgaben, die vor dem Volk seines Landes gegenwärtig stehen, berichtete Paredes Vidal. Er erklärte u. a.: „Der Kampf um wahre Demokratie hat in Spanien eben erst begonnen. Deshalb brauchen wir internationale Solidarität genauso wie vor 40 Jahren.“

Willi Höhn, VVN-Sekretär (BRD), prangerte in seiner Rede die Versuche an, die Wahrheit über die ersten Kämpfer gegen den Faschismus in Spanien und die Bedeutung der internationalistischen Hilfe, die Freiwillige aus 52 Ländern der Republik Spanien erwiesen hatten, zu verfälschen. Drei Jahre Widerstandskampf in Spanien wären nicht möglich gewesen ohne die Einheit der Internationalen Brigaden, ohne die Hilfe der UdSSR.

Knut Olsson (Schweden) betonte: „Der Antisowjetismus dient zur Kriegsvorbereitung.“ Er forderte auf, entschieden gegen alle Erscheinungsformen des Antisowjetismus zu kämpfen und die „Menschenrechtskampagne“ zu enthüllen.

Iwan Nesterenko (UdSSR) verwies auf die Notwendigkeit, alle Versuche zu vereiteln, die Interbrigadisten miteinander zu verfeinden. Die Opfer, die vor 50 Jahren in Spanien gebracht wurden, mahnen daran, daß man den Faschismus konsequent bekämpfen muß.

Die Teilnehmer des Treffens beschlossen einmütig eine Erklärung, in der sie den Beginn politischer Veränderungen in Spanien nach der Beseitigung der Franco-Diktatur begrüßen. Es werde niemandem gelingen, heißt es darin, die ruhmreiche Geschichte der internationalen Solidarität von Kommunisten und Sozialisten, Sozialdemokraten und Christen mit dem spanischen Volk aus dem Gedächtnis der Menschen auszutilgen. In jenen kritischen Jahren gaben die sogenannten demokratischen Staaten die Republik Spanien der Reaktion und dem Faschismus preis. Nur die Sowjetunion enthielt damals die Heuchelei der „Nicht-Interventionspolitik“.

Der UdSSR sei besonders für ihr historisches Verdienst zu danken, heißt es im Dokument. Während des Jahrzehntelangen Kampfes der spanischen Patrioten waren die Völker des Sozialismus, die ganze internationale progressive Öffentlichkeit, in ihrer vordersten Front die Antifaschisten und die Veteranen der Interbrigaden, sich stets eins mit dem spanischen Volk. Wir versichern, schreiben die Veteranen, auch künftig den demokratischen antifaschistischen Kräften Spaniens immer treu zur Seite zu stehen.

S. SOSNOWSKI (TASS)
Sonderbericht für die NZ

Berlin

NZ

STREIFLICHTER

■ NAHER OSTEN

Vom 3. bis 8. September fand in Kairo die 62. Ratstagung der Arabischen Liga statt. Fragen der Nahostkrise und ihre bevorstehende Behandlung auf der UNO-Vollversammlung wurden erörtert. Auf der Kairoer Tagung traten starke Differenzen zwischen Syrien und Ägypten darüber zutage, was gegen Israel unternommen werden müsse, das eine Politik der Einverleibung der besetzten arabischen Gebiete verfolgt. Die algerische Zeitung AL-CHAAB schrieb zum deutlich gewordenen Abbröckeln der arabischen Solidarität, dies sei eine direkte Folge der Wühläufigkeit der imperialistischen Staaten, die die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Arabern verschärfen wollten.

Die Tagung beschloß, daß die arabischen Delegierten eine Verurteilung der israelischen Siedlungspolitik in den besetzten arabischen Gebieten durch die UNO-Vollversammlung und Sicherheitsratsmaßnahmen anstreben sollen, um dieser Politik ein Ende zu bereiten. Zur Lage am Horn Afrikas wurde eine Resolution angenommen, die zu einer friedlichen Regelung des Konflikts durch Vermittlung der Arabischen Liga und der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) aufruft.

Die Tagung beschloß ferner, am 12. November eine Außenministerkonferenz der arabischen Länder in Tunis durchzuführen. Die Republik Dschibuti wurde in die Arabische Liga aufgenommen.

■ GROSSBRITANNIEN

Am 9. September ging in Blackpool der 109. Jahreskongreß des britischen Gewerkschaftsdachverbandes (TUC) zu Ende. Die 113 Gewerkschaften, die dem TUC angehören, vereinigen über 11 Millionen Werktätige. Der Kongreß fand zu einer Zeit statt, da sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert und die sozialen Widersprüche in Großbritannien verschärfen. Das wurde auch deutlich in den Diskussionen über das Verhältnis zwischen der Labour-Regierung und den Gewerkschaften. Viele Diskussionsteilnehmer verlangten, die Wirtschaftspolitik des TUC zu verändern und von der Zusammenarbeit mit der Regierung beim Einfrieren der Löhne ab-

Lehren aus vier Jahren

„Wenn ich überhaupt einmal den Marschallstab im Tornister gefragt habe, so nur, als ich aus dem Ovalen Zimmer trat, nachdem ich drinnen den Befehl über Chile entgegengenommen hatte“, schreibt in seinen Erinnerungen der ehemalige CIA-Leiter Richard Helms. Ja, das Unternehmen Chile hatten die US-Sonderdienste und Monopole ganz groß geplant: die Vernichtung Tausender von Menschen und die Ausmerzung der Menschenrechte und demokratischen Freiheiten. Kein Eroberer der Vergangenheit hatte sich so viel vorgenommen. Den Planern ging es nicht nur darum, das chilenische Volk in faschistische Ketten zu schlagen, sie sahen durch ihre Zielfernrohre ganz Lateinamerika, das durch die Leiden der Patrioten Chiles zur „Räson“ gebracht werden sollte.

Auf die Länder anderer Gebiete, besonders auf die Entwicklungsländer, sollte der blutige Umsturz in Santiago wie ein Peitschenhieb wirken, er sollte ihnen zeigen, was ihnen blüht, falls sie gegen den Neokolonialismus vorgehen und nach ihrem eigenen Willen leben wollten. Vor kurzem stand in der Pariser Zeitschrift *Le Monde diplomatique*:

DAS HORN AFRIKAS

WER DEN VORTEIL HAT

Die Weltöffentlichkeit ist nach wie vor ernstlich besorgt über den Konflikt am Horn Afrikas. Wie Nachrichtenagenturen melden, kam es in der ersten Septemberhälfte im Osten und im Süden Äthiopiens, bei Jijiga, Dire Dawa, Harar, zu bewaffneten Zusammenstößen. Gekämpft wurde auch im Norden Eritreas. Die Zuspitzung äußerte sich außerdem im Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Äthiopien und Somalia. In einer am 8. September veröffentlichten Erklärung des äthiopischen Außenministeriums hieß es in diesem Zusammenhang, Somalia habe am 27. Juli 1977 „eine durch nichts herausgeforderte offene Aggression gegen Äthiopien eingeleitet, dabei reguläre Landtruppen und Fliegereinheiten zum Einsatz gebracht, und seit jenem Tage ... ist ein reziproker Krieg im Gange“.

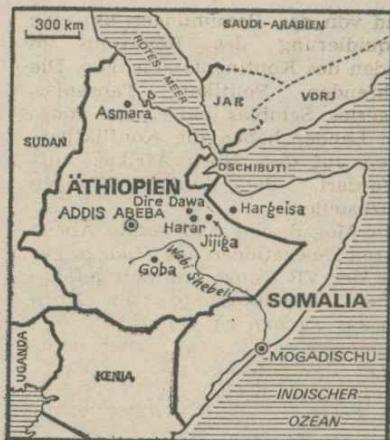
Die Regierung von Somalia ihrerseits beschuldigt Äthiopien.

Unter der Zivilbevölkerung sind Opfer zu beklagen. Viele mußten ihre Heimstätten verlassen. Das Internationale Rote Kreuz hat beschlossen, Medikamente sowie Einrichtungen für die Krankenhäuser, ferner Nahrungsmittel und Kinderkleidung zu schicken.

Tatsachen lassen erkennen, daß sich das unabhängige Afrika immer mehr der Gefährlichkeit dieses fortwährenden Konflikts bewußt wird. Der Außenminister von Kenia und der ghanaische Kommissar für das Auswärtige sind bei ihrer kürzlichen Zusammenkunft zu folgendem völlig richtigem Schluß gelangt: „Die feindseligen Akte zwischen afrikanischen Staaten bedrohen nicht nur den Frieden und die Sicherheit dieses Kontinents, sie sind auch seinem allgemeinen Vorwärtskom-

höheren Militärkreisen auf zunehmenden Widerstand stoßen. Nicht von ungefähr gehen die Anstifter des Militärumsturzes in Thailand behutsam vor, schießen andauernd zur Öffentlichkeit hin.

Denken wir an noch einige Tatsachen, Etwas über ein halbes Jahr nach dem Putsch in Santiago fiel die faschistische Diktatur in Portugal, weitere drei Monate später das Regime der schwarzen Obristen in Griechenland, und bald darauf setzte ein rascher Verfall des Franquismus in Spanien ein. Mit seinen Sitten und seiner Kultur hat Chile viel mit den Ländern Südeuropas gemein, und man weiß, daß die dortigen Ultras der Junta besonders stürmischen Beifall klatschten, weil sie in ihr den Vorläufer eines globalen Gegenangriffs des Faschismus sahen. Es kam aber umgekehrt, seine letzten Hochburgen in Europa sind gefallen. Das wirkte sich sofort auch auf Afrika aus. Dort entstand durch den Zerfall des portugiesischen Reiches zum ersten Mal eine greifbare Gefahr für die auf der rassistischen Variante des Faschismus beruhenden Regimes. Was die jungen, auf den Trümmern dieses Reiches entstandenen Staaten betrifft, so haben sie sich bekanntlich für die sozialistische Orientierung entschieden, die, den chilenischen Verhältnissen angepaßt, auch die Regierung der Unidad Popular verfochten hatte und deren Unausführbarkeit in der dritten Welt der Septemberputsch in Santiago beweisen sollte.



men hinderlich.“ Im Gespräch des nigerianischen Staatschefs Obasanjo mit den Führern einiger anderer Länder Afrikas von Anfang September wurde mehrmals betont, daß „die Spannung und Entstabilisierung“ in Afrika von der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung

Kurz, die Rechnung ist unverkennbar nicht aufgegangen, und es konnte auch nicht anders sein, denn der Faschismus hat in Chile gezeigt, daß er heute genauso wie früher ohne Massenmordungen und unmenschliche Foltern nicht existieren kann. Außerdem hat sich die neokolonialistische Entwicklung, die die Junta dem Land aufzwingt, als verheerend für die Wirtschaft erwiesen. Infolge des fast unkontrollierten Zustroms ausländischer Waren ist die Produktion im Automobilbau, in der Textil- und der Elektroindustrie stark zurückgegangen. Versuche, aus einheimischen Rohstoffen mehr Papier, Kupferhalbfabrikate und Konserven für den Export zu erzeugen, stoßen auf eine geringe Aufnahmefähigkeit der Außenmärkte. Infolgedessen war das Bruttonsozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung 1976 um 16% geringer als 1968. Das ist doch wohl eine Lehre für die Kreise der dritten Welt, die die Wirtschaft ihrer Länder auf das Privatunternehmertum einstellen sollen, das dort unweigerlich mit einer neokolonialistischen Ausbeutung der Werkstätigen verbunden ist.

Zum Schluß noch eine Lehre: Weder die Gönnerchaft Washingtons, das auch unter der neuen Regierung geneigt ist, Pinochet Sündenablaß zu erteilen, noch die Verbindungen mit Peking haben das außenpolitische Vakuum ausgefüllt, das sich um das Regime gebildet hat. Neulich schrieb der italienische **Espresso**: „Die schwierigen Beziehungen

gen zu Peru und Bolivien, die erschweren zu Argentinien und die kühlen zu den brasilianischen Kollegen, die der chilenischen Junta auf keinen Fall nähertraten wollen, bewirken, daß sich die chilenischen Generale allmählich ihrer drückenden Isolierung selbst im Süden des Kontinents bewußt werden, obwohl dort die ganze Macht Militärs gehört.“ Die unabhängigen Länder der dritten Welt verachten die Junta, die das Prinzip der nationalen Unabhängigkeit in den Schmutz getreten hat. Auch die Regierungen vieler westlicher Länder müssen der Entrüstung der demokratischen Öffentlichkeit über das Regime Pinochets Rechnung tragen.

Man kann also den **Espresso** verstehen, wenn er voraussagt, „daß man sich früher oder später entschließen wird, Pinochets Kopf den nordamerikanischen Politikern darzubringen“. So erging es ja beispielsweise dem südvietnamesischen Diktator Ngo Dinh Diem, der 1963 mit direktem Dazutun der CIA gestürzt wurde. Vielleicht wird der Leiter dieses Amtes wie einst Helms den Marschallstab im Tornister spüren, wenn er das Weiße Haus mit einem entsprechenden Befehl über Chile verläßt. Aber nicht in Washington wird die Entscheidung über die Zukunft des schweigenden chilenischen Volkes fallen, mit dessen Freiheitskampf die ganze fortschrittliche Menschheit solidarisch ist.

D. WOLSKI

NZ STREIFLICHTER

zugehen. Doch die TUC-Führung gelang es, eine Resolution durchzusetzen, nach der Lohnerhöhungen nicht häufiger gestellt werden können als einmal im Jahr — so schnell die Preise auch klettern. Eine gewisse Rolle spielte hierbei die Rede von Premierminister James Callaghan, der die Gewerkschaften zum „Maßhalten“ bei ihren Lohnforderungen aufrief.

Große Aufmerksamkeit widmete der Kongreß der Verteidigung der gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten. Insbesondere wurde eine Resolution über eine verstärkte Unterstützung für die Arbeiter der Firma Grunwick angenommen, die bereits ein Jahr eine Anerkennung ihres Rechtes durchsetzen wollen, eine Fabrikgewerkschaftsorganisation zu bilden. Eine andere Resolution verurteilt die in letzter Zeit immer häufigere Anwendung von Ausnahmegerichten, selbst aus dem vergangenen Jahrhundert, gegen die Gewerkschaften. Zu internationalen Fragen sei die einstimmig angenommene Resolution „Für Frieden und Abrüstung“ besonders erwähnt.

Zum erstenmal wählte der Kongreß zwei KP-Mitglieder in den TUC-Generalrat. Die Presse wertet das als Anzeichen eines Linkstrendes in der TUC-Führung.

NAMIBIA

Die Volksorganisation Südwestafrikas (SWAPO), die den Freiheitskampf des Volkes von Namibia leitet, veröffentlichte in Daressalam ein Communiqué über die Kampfhandlungen gegen die RSA-Truppen in der ersten Hälfte d. J. Die Volksbefreiungsarmee Namibias vernichtete 800 Soldaten, 90 Militärfahrzeuge sowie 30 Flugzeuge und Hubschrauber der Rassisten. Großoperativen wurden durchgeführt wie der Angriff auf den Luftwaffenstützpunkt in Mpacha an der Grenze zu Sambia und die Zerstörung einiger militärischer Befestigungen. Die Patrioten erbeuteten viele Waffen und Munition aus NATO-Ländern. Im Communiqué heißt es, daß unter den getöteten Soldaten des Gegners nicht nur RSA-Militärangehörige, sondern auch Bandenmitglieder der angolanischen Spaltergruppierungen UNITA und FNLA sind, die im Dienste Pretorias stehen.

und von den Bemühungen um eine Liquidierung des Rassismus im Süden des Kontinents ablenken. Die führenden Politiker Tansanias, Nigerias, Sambias und einiger anderer Länder haben die Konfliktparteien auf dem Horn Afrikas aufgefordert, die Kampfhandlungen einzustellen.

In Mogadischu und Addis Abeba waren Delegationen aus Madagaskar und der VR Kongo, um den gefährlichen Spannungsherd am Horn Afrikas lösen zu helfen.

Indessen zeigt sich immer deutlicher das Interesse der auswärtigen imperialistischen und reaktionären Kräfte an einer weiteren Schübung des Konflikts. Nicht von ungefähr hat Théophile Obenga, der kongolesische Außenminister, als er in einer Vermittlermission Äthiopien und Somalia besuchte, den Imperialisten die Schuld an der dortigen Spannung gegeben. Die in Nairobi erscheinende **Daily Nation** schrieb, daß außer den imperialistischen Kreisen auch die reaktionären

kräfte der arabischen Welt an der verschlechterten Situation schuld sind.

Offensichtlich sucht man die Krisenlage aufrechtzuerhalten, um die afrikanischen Staaten zu schwächen, die sich für eine antiimperialistische, fortschrittliche Entwicklung entschieden haben, und deren Völker gegeneinander aufzuhetzen. Dazu benutzen die Feinde des freien Afrikas die aus der kolonialen Vergangenheit stammenden Probleme, namentlich das der Grenzen. In vielen Ländern Afrikas ist aufgefallen, daß neben dem Schüren des Konflikts am Horn Afrikas grundlegende Prinzipien aus der Satzung der OAU torpediert werden wie die Anerkennung der Grenzen, die bei der Ausrufung der Unabhängigkeit bestanden, und eine friedliche Beilegung von Streitigkeiten. Nach Ansicht der fortschrittlichen Öffentlichkeit erfordert das alles eine möglichst baldige Aufhebung des Spannungsherdes am Horn Afrikas.

J. TJUNKOW

NACH DEN FERIEN

Von unserem ständigen Berichterstatter
Karen KARAGESIAN

Wenn der Bundestag nach den Ferien wieder an die Arbeit geht, bringt das immer Belebung in Bonn. Diesmal gab es einen alarmierenden Auftakt: Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hanns-Martin Schleyer, wurde Opfer eines Attentates.

Nach dem Terroristenmord an dem Bankier Ponto sickerte in der Presse durch, die Polizei schließe ein Attentat auch auf Schleyer nicht aus. Zu seinem Schutz wurden drei Polizisten abgestellt. Am Abend des 5. September begleiteten sie Schleyers Mercedes, der in seine Wohnung am Rande Kölns fuhr. Als die Wagen in die enge Vincenz-Statz-Straße einbogen, versperrte plötzlich ein Auto die rechte Fahrbahnhälfte, und links auf der Straße tauchte ein Kinderwagen auf, so daß ein Ausweichmanöver unmöglich war. Schleyers Fahrer bremste stark. Der Wagen mit den Leibwächtern fuhr von hinten auf den Mercedes. In diesem Augenblick traten fünf Personen mit MPis an beide Autos und eröffneten das Feuer. Nach kaum zwei Minuten waren die drei Polizisten und der Fahrer ermordet und Schleyer verschwunden.

Einige Zeit wußte man nichts über seinen Verbleib. Die Polizei konnte nur mitteilen, Schleyer sei nicht unter den Toten. Doch bald fand sich ein Zeuge. Er hatte gesehen, wie Schleyer in einem VW-Bus verfrachtet wurde, der sich rasend schnell entfernte. Das Autokennzeichen wurde in den Fernsehsuchmeldungen bekanntgegeben. Einige Stunden später entdeckte man den VW in der Tiefgarage eines vielgeschossigen Hauses unweit des Tatortes. Unter dem Sitz wurde ein Brief gefunden, in dem es hieß, Schleyer sei entführt und die Terroristen seien nur dann bereit, ihn freizulassen, wenn die elf Mitglieder der anarcho-terroristischen Baader-Meinhof-Gruppe, die in bundesdeutschen Gefängnissen Haftstrafen abbüssen, freigelassen würden. Sonst werde Schleyer, wie sie mitteilten, „hingerichtet“.

Zwischen den Behörden und den Entführern begann ein wahrer Ner-

venkrieg. Die Terroristen verlangten, den Häftlingen Geld zu zahlen und sie in einem Flugzeug in ein Land „ihrer Wahl“ ausreisen zu lassen. Die Regierung bestand auf eindeutigen Beweisen, daß Schleyer noch am Leben ist: Das geschah durch ein Foto und ein Tonband mit Schleyers Stimme, die per Post übermittelt wurden. Die Behörden teilten ihre Gegenbedingungen über Rundfunk und Fernsehen mit. Um die Verhandlungen operativer zu führen, wurde der Genfer Rechtsanwalt Payot eingeschaltet. Die Entführer teilten ihm per Telefon ihre neuen Forderungen mit, die er unverzüglich an die Bundesregierung weiterleitete. In die Presse gelangten keine Einzelheiten, da eine Nachrichtensperre verhängt wurde.

Bundeskanzler Helmut Schmidt trommelte den Krisenstab zusammen, dem außer einigen Ministern die Führer aller im Bundestag vertretenen Parteien und die Fraktionsvorsitzenden angehören. Während einige (so Schleyers Frau) die Regierung aufriefen, den Forderungen der Terroristen nachzukommen, äußerten viele Kommentatoren die Befürchtung, ein solcher Schritt werde zu einer weiteren Eskalation der Gewalt führen.

Dieses weitere Verbrechen löste Empörung bei der bundesdeutschen Öffentlichkeit aus. Das DKP-Präsidium verurteilte es in einer besonderen Erklärung: „Dieser und vorausgegangene Terroranschläge von Abenteurern, die mit der Arbeiterbewegung und dem notwendigen Kampf für die sozialen und politischen Interessen des arbeitenden Volkes nicht das geringste zu tun haben, sind Provokationen, die den rechten und reaktionärsten politischen Kräften im Lande dienen und von ihnen zu einer Verschärfung des innerpolitischen Klimas genutzt werden.“ Die DKP rief alle demokratischen Kräfte auf, nicht zuzulassen, daß die Entführung des Unternehmerpräsidenten Schleyer dazu benutzt wird, weitere demokratische Rechte abzubauen. Diese Forderung ist sehr aktuell, da die Reaktion immer stärker Änderungen der Gesetze und selbst der Verfassung verlangt — weniger um



den Terroristen das Handwerk zu legen, sondern vielmehr um die Bürgerrechte zu beschneiden.

Einen Tag nach Schleyers Entführung befaßte sich die Bundesregierung mit einer Verschärfung der bestehenden Gesetze. Eine Beschleunigung von Strafverfahren sowie die Erleichterung des Ausschlusses von Verteidigern wurden beschlossen. Zudem wurde bekanntgegeben, daß 1 Md. DM für den Ausbau des Bundeskriminalamtes, des Bundesgrenzschutzes und des berüchtigten Verfassungsschutzes bereitgestellt werden.

Doch selbst diese sehr harten Maßnahmen bezeichnete ein Sprecher der rechtskonservativen CDU als verspätet, unzureichend und unvollständig. Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl verlangte sogar eine „Veränderung des politischen Großklimas in der Bundesrepublik“. Forderungen nach Einschränkung des Demonstrationsrechtes und nach Präventivhaft werden laut. Der Vorsitzende der neonazistischen Deutschen Sozialen Union, Kurt Meyer, schlug sogar vor, in regelmäßigen Zeitabständen inhaftierte Terroristen als Geiseln zu erschießen.

In dieser Lage forderte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, die Bürger auf, mitzuhelfen, damit die Bundesrepublik nicht zu einem Polizeistaat wird.

All das schlug sich in der Atmosphäre der Plenarsitzung des Bundestages am 8. September nieder. Bundespräsident Karl Carstens (CDU) schlug vor, das Andenken an die Opfer des Terrors mit einer Schweigeminute zu ehren. Dann, als der erste Abgeordnete sprach, verließen die Parteiführer und Fraktionsvorsitzenden nacheinander den Sitzungssaal. Wie sich später herausstellte, hatte der Kanzler sie zu einer weiteren Beratung des Krisenstabes bestellt. Eine Stunde später waren von den 496 Bundestags-

abgeordneten nur noch etwa 70 im Saal. Unterdessen wurde ein sehr wichtiges Thema, die Antwort der Regierung auf zwei große Anfragen der Fraktionen zur Verteidigungspolitik, diskutiert.

Im Mittelpunkt der Debatte stand die Einstellung der Regierung und der Parteien zu einer möglichen Übernahme der Neutronenbombe in die NATO und folglich ihr eventueller Einsatz vom Bundesgebiet aus.

Einen Tag zuvor hatte ich eine Pressekonferenz des CDU-Militärexperten Manfred Wörner besucht. Zu den Ergebnissen der Sitzung des Bundestagsverteidigungsausschusses sagte er zum Erstaunen der Anwesenden, nach Meinung von Regierungsvertretern werde die neue Atomwaffe „den militärischen Interessen der NATO nützen“. Bislang hatten sich Regierungsvertreter dazu zurückhaltend geäußert, und in den Regierungsparteien waren auch Stimmen zu vernehmen, man solle diese neue Massenvernichtungswaffe verurteilen. Am eindeutigsten hatte sich SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr gegen die Neutronenbombe ausgesprochen. Zweifel meldete auch Bundeskanzler Helmut Schmidt an.

In der Parlamentsdebatte wurde folgendes klar: Obgleich Verteidigungsminister Georg Leber eingestand, daß die neue Bombe „ganz fraglos eine inhumane Waffe“ ist, meint er nichtsdestoweniger, daß sie außer der Bezeichnung nichts Neues bringt. Und deshalb sei sie nicht gefährlicher als andere Waffenarten. Anschließend charakterisierte Leber jeder Logik zum Trotz die Neutronenbombe als ein Mittel zur Verhütung des Krieges. Und zudem bekundete er die Bereitschaft der Regierung, die Rüstungsausgaben zu erhöhen, wodurch er Beifall bei der Opposition erntete.

Der FDP-Militärexperte Jürgen Möllmann erklärte, in seiner Partei sei die Diskussion hierzu noch nicht abgeschlossen. Doch zugleich meinte er konstatieren zu können: Der Einsatz der Bombe sei „wirkungsvoll und verantwortbar“. Einer der Hauptredner der SPD, Conrad Ahlers, sprach eingehend von den großen Meinungsverschiedenheiten in der SPD, davon, wie stark bei den Sozialdemokraten der Widerstand gegen die Neutronenbombe ist. Doch auch er beließ letzten Endes alles beim alten: „Wir werden lernen müssen, mit der Neutronenbombe zu leben und sie in unser

Verteidigungskonzept mit einzubeziehen.“ Die CDU-Abgeordneten billigten die Bombe fast vorbehaltlos, wobei sie es begrüßten, daß es zu einer so weitgehenden Annäherung der Meinungen mit den Parteien der Regierungsmehrheit gekommen ist.

Der Bundestag faßte zu den Ergebnissen der Debatte keinen Beschuß. Alle Abgeordneten betonten in ihren Reden immer wieder, es sei Sache des US-Präsidenten, die Neutronenbombe zu produzieren oder nicht. Doch die Diskussion lief darauf hinaus, das Eintreten des Präsidenten für die neue Waffe zu ermuntern.

Am nächsten Tag erörterte der Bundestag das wohl akuteste innenpolitische Problem. Laut Tagesordnung ging es nur um einige von der Opposition vorgeschlagene Veränderungen des Steuersystems. Doch in Wirklichkeit suchte man nach einer Antwort auf die Frage, ob ein Ausweg aus der Krise zu finden sei, in die die bundesdeutsche Wirtschaft immer tiefer gerät.

Das deutlichste Symptom sind die eine Million Arbeitslosen. Daß viele, die ihre Stellung verloren haben, Arbeitslosenunterstützung erhalten und nicht hungern müssen wie in der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre, ändert nichts daran, daß die Arbeitslosigkeit für Hunderttausende Familien eine Tragödie ist. Auch die Staatskasse muß Einbußen hinnehmen, da Erwerbslose ja keine Steuern zahlen.

Die Opposition schlug eine auf den ersten Blick einfache Lösung vor — eine allgemeine Steuersenkung. Sie würde die Investitionsneigung anregen und die Kaufkraft der Arbeitenden erhöhen. Doch man hat errechnet, daß dies den Beschäftigten nur sehr wenig und den Konzernen Millionen einbringen würde. Weil der Vorschlag so gleich auf den entschiedenen Protest der Gewerkschaften stieß, konnte sich die Regierung darauf nicht einlassen. In der Debatte wurde ein Kompromißvorschlag vorgelegt, nach dem Motto „für jeden etwas“. Danach würden die Unternehmer ein Steuergeschenk von 1,7 Md. DM erhalten. Bei den Gewerkschaften löste auch dieser Vorschlag Empörung aus. Sie verlangten Schritte, um die Kaufkraft der kleineren und mittleren Einkommensempfänger zu steigern. Doch eine entsprechende Lösung konnte nicht gefunden werden.

Bonn, am 12. September

NZ

STREIFLICHTER

■ UNCTAD

Im Genfer Palais des Nations ging die 9. Sondersitzung des UNO-Rates für Handel und Entwicklung (UNCTAD) zu Ende. Sie befaßte sich mit der Vorbereitung auf die UNCTAD-Ratstagung Anfang 1978, auf der Probleme der Außenverschuldung der Entwicklungsländer erörtert werden sollen [gegenwärtig 200 Md. Dollar].

Das Handelsbilanzdefizit der Entwicklungsländer hat sich seit 1973 durch Krise und Inflation in der kapitalistischen Welt verdreifacht. Eine Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter, gleichberechtigter Grundlage würde dazu befragen, die Währungs- und Finanzschwierigkeiten weitgehend zu überwinden. Der Vertreter der Sowjetunion erklärte im Namen der sozialistischen Staaten, sie hätten Verständnis für die gerechten Forderungen der Entwicklungsländer, und betonte, man müsse verhindern, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu Erpressungen und Einmischungen in die inneren Angelegenheiten der jungen Staaten ausgenutzt würden.

■ NIKARAGUA

Der Bund der demokratischen Befreiung von Nikaragua [ihm gehören 7 Oppositionsparteien einschließlich der Kommunisten und zweier Gewerkschaftszentralen an] wandte sich an das Volk mit einem Aufruf. Der Bund appellierte, einen Prozeß demokratischer Umgestaltungen gegen die Diktatur von General Somoza einzuleiten, dessen Clan fast vier Jahrzehnte das Land regiert. Wie es im Aufruf heißt, steckt das Somoza-Regime in einer tiefen Krise. In Nikaragua herrscht ständig Ausnahmezustand.

Der Bund verkündet, für einen „organisatorischen Übergang zur Demokratie“ sei es notwendig, daß breite Volksmassen den Kampf für eine unverzügliche Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Preszensur aufnehmen, für das Recht der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen auf Betätigung, dafür, daß das Kommando über die Nationalgarde einem Offizier übertragen wird, der mit den Somozas nichts zu tun hat. Die Opposition verlangte die Teilnahme aller Bevölkerungsschichten an der Leitung des Landes und eine allgemeine Amnestie für die politischen Häftlinge.

Was wollen die Antikommunisten diesmal?

Juri NILOW

Als Goethe schrieb: „... wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein“, antizipierte er wohl kaum die Geschichte mit dem „Eurokommunismus“, und doch... Wie viele Worte werden um diesen Begriff gemacht! Darunter auch solche, die die wahren Absichten seiner Urheber tarnen.

Laut einer Version z. B. bedeute der „Eurokommunismus“ die Spezifität der strategischen und taktischen Zielsetzungen einiger kommunistischer Parteien der kapitalistischen Industrieländer als Folge der konkret historischen Bedingungen, unter denen sie für den Sozialismus kämpfen. Es gibt ernste Diskussionen darum, ob dieser Begriff die komplizierte Dialektik allgemeiner, besonderer und individueller Komponenten, die zweifellos in der Politik einer jeden kommunistischen Partei enthalten sind, genau genug wiedergibt. Aber im Prinzip streitet niemand von den Kommunisten ab, daß sich die Tätigkeit der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Industrieländern in gewisser Hinsicht vom Wirken der Kommunisten in den anderen Regionen unterscheidet.

Das politische Leben deckt immer mehr einen anderen, den bürgerlichen, antikommunistischen Gehalt auf, den bestimmte Kreise in den „Eurokommunisten“ hineinzuordnen suchen. Zudem hat die bürgerliche Propaganda selbst die „eurokommunistische“ Lösung ausgegeben, um ihre Taktik des Kampfes gegen den zunehmenden Einfluß der kommunistischen Weltbewegung wirksamer zu machen.

Worin besteht diese Taktik? Selbstverständlich schließt sie die traditionellen Methoden wie Terror, Repressalien und sonstige politische Verfolgungsmaßnahmen gegen die Kommunisten nicht aus. Der beste Beweis dafür ist die heutige Lage in mehreren Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens, aber auch die kürzlichen Erfahrungen einiger europäischer Länder. Aber je mehr die kommunistische Bewegung als Faktor der weltweiten Entwicklung ins Gewicht fällt,

um so hartnäckiger wird versucht, sie zu zersplittern und als internationalistische Kraft unwirksam zu machen. Eine Kapazität bei der Ausarbeitung dieser Taktik wie Zbigniew Brzezinski sprach noch in seinem Buch „Zwischen zwei Zeitaltern“ (1970) die Hoffnung aus, die Umwandlung der kommunistischen Bewegung in ein „Mosaik“, ebenso bunt wie die Nationen der Menschheit, in ein „Agglomerat“ von nationalistischen Sektionen zu fördern, von denen jede „darauf bestände, daß nur ihre Perspektive wirklich universal sei“. Bezeichnenderweise akzentuiert die bürgerliche Propaganda gegenwärtig bei der Auslegung der „eurokommunistischen“ Konzeption nicht die allgemeingültigen Züge der realen revolutionären Erfahrungen — solche Züge werden als nichtexistent hingestellt —, sondern die national-spezifischen Zielsetzungen. Diese werden, obwohl durch die Praxis noch nicht einmal bestätigt, zu Orientierungspunkten für die gesamte Bewegung erhoben. Somit enthält der „Eurokommunismus“, wie die bürgerliche Propaganda ihn deutet, beide Seiten der von Brzezinski formulierten Taktik: 1. Umwandlung der kommunistischen Weltbewegung in ein „Mosaik“ und 2. Anstachelung der einen Parteien dazu, ihre Konzeptionen den anderen aufzuzwingen, denn das könnte Diskrepanzen zwischen den revolutionären Avantgardekolonnen der Arbeiterbewegung verschiedener Länder bewirken.

Das wären einige der politischen Postulate der bürgerlichen „Eurokommunismus“-Konzeption.

Lösen wir die wichtigsten Zielsetzungen heraus, die die bürgerlichen Politiker und die bürgerliche Propaganda mit dieser Konzeption verbinden.

Zielsetzung Nr. 1: Abspaltung der kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder von denen der kapitalistischen.

Praktisch die ganze bürgerliche Presse ruft die kommunistischen Parteien Westeuropas auf, sich

politisch von der KPdSU und den kommunistischen Parteien der anderen sozialistischen Länder zu distanzieren. Der für seine antisozialistische Haltung bekannte V. Zorza verlangte in der italienischen *Corriere della Sera* im Juni d. J. von den Kommunisten, „eindeutig mit Moskau zu brechen“. (Übrigens bedeutet „Moskau“ im ärmlichen Vokabular der Antikommunisten sowohl die KPdSU und die Sowjetunion als auch die mit ihr befreundeten sozialistischen Länder schlechthin.) Noch vor den Journalisten meinte der westdeutsche Politologe Wolfgang Leonhard in seinem Buch „Was ist Kommunismus?“ am wünschenswertesten für die Bourgeoisie wäre die Lösung der kommunistischen Bewegung in Westeuropa von den sozialistischen Ländern. Der Wahrheit zum Trotz behauptete er, ein solches Sich-Distanzieren von der Praxis der „Ostblockstaaten“ werde den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder zu einem höheren Ansehen auf nationalem Boden verhelfen.

Die Erweiterung der sozialen und politischen Zusammensetzung der Kämpferreihen gegen Imperialismus, für Frieden, Freiheit und Sozialismus bereichert heutzutage stets die Praxis der internationalistischen Solidarität. Aber ihr Kernstück bleibt die proletarische Solidarität, darunter die gegenseitige Unterstützung jener Formationen der Arbeiterbewegung, die die Macht schon errungen haben, und derjenigen, die für den Sozialismus erst kämpfen. Gerade auf eine solche Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen Parteien, die diese unterschiedlichen Formationen der Arbeiterbewegung vertreten, haben es die imperialistische Bourgeoisie und ihre politischen Wortführer abgesehen.

Zielsetzung Nr. 2: Abspaltung der KPdSU von den kommunistischen Parteien der anderen sozialistischen Staaten.

Die *New York Times* vom 24. Juli 1977 äußerte in einem Artikel über die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen die Hoffnung, daß „auf die Dauer die autonome Bewegung der westeuropäischen eurokommunistischen Parteien ihre östlichen Kontrahenten beeinflussen und so dem Westen nützen wird“. Im gleichen Sinne schrieb Prof. Gati von der Columbia University in *Foreign Affairs* über den „Eurokommunismus als Export aus dem Westen“

nach dem Osten" und darüber, daß die „sozialistischen Systeme herauszufordern“ seien. Der *Spiegel* (Hamburg) lobt sich die „eurokommunistischen“ Konzeptionen seinerseits aus folgendem Grunde: „... über kommunistische Publikationen dringen sie im Namen eines besseren Sozialismus in den Ostblock ein“.

Kurz, der „Eurokommunismus“ ist für die bürgerliche Propaganda eine neue Verpackung der alten ideologischen Ware, deren „Export“ in die sozialistischen Länder diese „aufweichen“ soll. Davon war u. a. die Rede auf einem Treffen von „Experten für Kommunismus“, das in Lucca (Italien) Ende Juli stattfand.

Sonderbar, aber wahr: Die Antikommunisten verhehlen nicht ihre Absicht, den „Eurokommunismus“ zu benutzen, um Differenzen unter den sozialistischen Ländern auszulösen, tun jedoch, als wären sie für eine „Modernisierung“ des Sozialismus. Nur politisch naive Menschen könnten glauben, daß das Gerede von einem „besseren Sozialismus“ seine Entwicklung und Vervollkommnung bezwecke und nicht seine Schwächung und Zerstörung.

Zielsetzung Nr. 3: Spaltung der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder.

Bekanntlich nimmt die Koordinierung der Aktionen zwischen den Kommunisten verschiedener kapitalistischer Länder in den letzten Jahren im Kampf gegen die Politik der multinationalen Monopole, die Schmälerung der demokratischen Freiheiten, die Rückfälle in den kalten Krieg, gegen das Wettrüsten an. Bedeutung zu. Deswegen wird die Konzeption des „Eurokommunismus“ benutzt, um auch innerhalb dieser Formation der kommunistischen Weltbewegung Zwist und Differenzen zu entfachen.

Die *Financial Times* (London) ergeht sich in Betrachtungen darüber, daß „der Eurokommunismus nicht eine klar umrissene Doktrin“ sei, und unterteilt die westeuropäischen Parteien in „harte Linientreue, Demokraten und reine Opportunisten“. Neuerdings redet man von „reformierten Eurokommunisten“ und solchen, die es noch nicht seien. Der *Spiegel* bringt das Wort „Reformkommunisten“ in Umlauf. Es werden wissentlich provokatorische Definitionen eingeführt, die die kommunistischen Parteien dieser Region in „liberale“ und „orthodoxe“, in

„autonome“ und „pro-Moskauer“ teilen.

Dabei gibt es in der kommunistischen Bewegung keine „selbständigen“ oder „weniger selbständigen“ Parteien. Jede von ihnen bestimmt ihre nationale Strategie völlig unabhängig, und Unterschiede in dieser Strategie sind kein Grund, zwischen den Parteien eine Demarkationslinie zu ziehen, die Selbständigkeit bzw. den „Selbständigkeitgrad“ der einen oder anderen von ihnen in Frage zu stellen.

Solche Charakteristiken sind eine wohlberechnete Taktik, die darin besteht, die einen westeuropäischen Parteien gegen die anderen auszuspielen und ihre Politik im Sinne der herrschenden Klassen der USA und Westeuropas zu beeinflussen. Hier ein direktes Zeugnis. Der bürgerliche US-Politologe E. Bettiza schreibt: Die amerikanische Politik werde „einem Phänomen wie dem Kommunismus gegenüber sehr selektiv sein und die Entwicklung des Eurokommunismus“ aufmerksam beobachten...

Zielsetzung Nr. 4: Umfunktionierung der kommunistischen Parteien. Das kommt sowohl in mehr oder weniger verschleierten als auch in offenen Formen zum Ausdruck.

Bruno Kreisky, der sich unter den sozialdemokratischen Führern durch seinen Antikommunismus auszeichnet, forderte die Kommunisten in einem Interview für den Pariser *Nouvel Observateur* vom 13. Dezember 1976 auf, „das Kostüm aller Sozialdemokraten anzulegen“.

Auf die Frage der Zeitschrift, ob er denn an die Aufrichtigkeit der Eurokommunisten glaube, antwortete Kreisky: „Als alter aktiver Sozialdemokrat bleibe ich sehr argwöhnisch... Auch sie müssen sich bewahren. Worte allein genügen nicht.“

Welche „Bewährung“ verlangt Kreisky von den Kommunisten? Sehr einfach: Die Kommunisten sollen ihre politische Individualität aufgeben und sich restlos mit den Sozialdemokraten identifizieren.

Die gleiche Forderung stellt auch Brzezinski an die kommunistischen Parteien des Westens. Der *Spiegel* führte Anfang d. J. eigens folgende Worte Brzezinskis an: „... wenn der Euro-Kommunismus sich weiter zur ... Ent-Leninisierung bewegt, ist das etwas, was wir begrüßen sollten“.

Da ist der Autor sichtlich auf halbem Wege stehengeblieben: Er

meint nicht nur begrüßen, sondern auch fördern, antreiben. Auf welche Weise? Lassen wir die bürgerliche *Japan Times* vom 12. Juli darauf antworten: Als Henry Kissinger Außenminister gewesen sei, habe er „einen Frontalangriff auf die Eurokommunisten“ unternommen. Präsident Jimmy Carter und Außenminister Cyrus Vance haben dagegen eine weichere Linie eingeschlagen, sie sagen, die USA würden sich nicht in die inneren Angelegenheiten der europäischen Länder einmischen und das Anwachsen des Eurokommunismus nicht behindern.“

Natürlich darf das nicht wörtlich genommen werden. Die US-Administration weiß einfach: Was früher oder später geschehen muß, kann sie nun einmal nicht verhindern; deshalb bereitet sie für diesen Fall eine neue Taktik vor.

Die alte taugt nicht, das ist klar. Alle wissen, wie die Versuche der US-Regierung, massiv in die inneren Angelegenheiten der europäischen Länder einzutreten, u. a. angesichts der Möglichkeit eines Regierungsbeitritts der Kommunisten in Italien, endeten. Ein solches Eingreifen löste in den demokratischen Kreisen Europas allgemeine Entrüstung aus, und in den Regierungskreisen war man peinlich berührt.

Nun sieht man sich nach einer weicheren Variante um: Wenn man schon einen Beitritt der KP zur Regierung nicht verhindern könne, so müsse man wenigstens die Parteien selbst so ummodellieren, daß sie die imperialistische Strategie nicht allzu sehr stören.

Doch ändert all das nichts an der grundsätzlichen Feindseligkeit der imperialistischen Bourgeoisie gegenüber den kommunistischen Parteien, unabhängig davon, wie diese die einen oder anderen Probleme behandeln. Unter allen Umständen wird die herrschende Klasse der kapitalistischen Länder gegen den Einfluß dieser Parteien kämpfen, darüber dürfen keinerlei Illusionen bestehen. Die Vertreter dieser Klasse scheuen sich auch nicht, das laut auszusprechen.

Auf einer Konferenz über Italien und den Eurokommunismus in Washington wandte sich Henry Kissinger am 9. Juni 1977 gegen die Vorstellung, „die traditionell ablehnende Haltung der USA gegenüber dem Kommunismus hätte sich geändert... Darüber dürfen wir keinen Zweifel lassen...“ In der portugiesischen Ausgabe des NATO-Organs, der Zeitschrift *Notícias da NATO*, schrieb

Dr. Medeiros Ferreira, Außenminister Portugals in der Regierung Soares: „Schon viel zu lange sehen sich einige Länder unserer Allianz“ (er meint also nicht nur Portugal) „vor ein gefährliches inneres Dilemma gestellt: entweder wir oder die Kommunisten.“

Leider können sich die Wähler eines Tages für die Kommunisten entscheiden. Es gilt, diesem Risiko auf politischem Wege vorzubeugen. Es ist nicht übertrieben, zu sagen, daß die Äußerungen Dr. Ferreiras im NATO-Organ die allgemeine Geisteshaltung in den leitenden Kreisen des Blocks widerspiegeln.

Man könnte viele Beispiele dafür nennen, daß die Kommunisten auf ihrer Suche nach den in der Gegenwart wirksamsten Wegen zu radikalen sozialen Umgestaltungen die politische Wachsamkeit nicht verlieren und den wahren Sinn der Versuche des Klassenfeindes durchblicken, den Massen seine Konzeption des „Eurokommunismus“ aufzuzwingen.

„Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klassen zu suchen“, schrieb Lenin. Das ist der einzige richtige Standpunkt auch zum bürgerlichen Herangehen an die Konzeption des „Eurokommunismus“, um die es viele Deutungen und noch mehr Mißdeutungen gibt.

Abschließend zu einem weiteren Moment der bürgerlichen Konzeption des „Eurokommunismus“, das ebenfalls das Hineinragen von Spaltung in die kommunistische Bewegung bezweckt. Im Zusammenhang mit der Diskussion um den „Eurokommunismus“ wird gräßlich die grundsätzliche Einstellung der KPdSU zu den Bruderparteien der kapitalistischen Länder, zu ihrer selbständigen Suche nach neuen Lösungen für die vor ihnen stehenden Probleme falsifiziert. Mit der Wiederholung von Lügen über die „Einmischung“ der KPdSU in ihre inneren Angelegenheiten hat es nicht sein Bewenden. Vielmehr wird eine ganze Konzeption aufgetischt, die darauf Anspruch erhebt, die grundsätzlich feindselige Einstellung der KPdSU zur nationalen Strategie der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder, zu ihrem gegenwärtigen Herangehen

an den Kampf um Demokratie und Sozialismus zu beweisen.

Hier Publikationen völlig unterschiedlicher Autoren: ein Artikel aus dem holländischen *NRC-Han-delsblad* vom 8. Juli 1977 und ein Artikel eines Mitarbeiters des westdeutschen Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Der eine wie der andere suggerieren: Die KPdSU sei mißtraut gegen die Erfolgsaussichten der gegenwärtigen strategischen Zielsetzungen einiger westlicher Bruderparteien aus zwei Gründen: erstens, weil der Machtantritt der Kommunisten oder ihre Teilnahme an der Regierung in den kapitalistischen Ländern Europas die Entspannung bedrohen würde, und zweitens, weil die KPdSU die „Anziehungskraft des westeuropäischen Sozialismus“ befürchte, die die Sowjetordnung in ihren Grundfesten erschüttern könnte.

Dazu wäre folgendes zu sagen:

Die KPdSU kämpft konsequent für die Festigung der Entspannung. Das ist ein Fakt. Ein weiterer Fakt ist aber auch, daß sie stets gegen den sozialpolitischen Status quo, gegen jegliches Einfrieren des sozialen Fortschritts, wo auch immer, war. Die kommunistischen Parteien Europas haben auf der Berliner Konferenz eindeutig die Gemeinsamkeit ihrer Positionen im Kampf um ein Europa des Friedens, der Sicherheit, der Zusammenarbeit und des sozialen Fortschritts zum Ausdruck gebracht. Wieso könnten Erfolge der demokratischen Kräfte im allgemeinen und der kommunistischen Parteien im besonderen die Entspannung stören? Ist die Rede vielleicht davon, daß solche Erfolge eine Einmischung der NATO-Kreise in die inneren Angelegenheiten der entsprechenden Länder nach sich ziehen würden und daß dies die internationale Atmosphäre vergiften

würde? Ja, eine solche Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen. Hat man sie aber erkannt, so muß man den Kampf aller demokratischen und friedliebenden Kräfte weiterhin entfalten und ihre Zusammenarbeit festigen.

Und nun zu der „Angst“ der KPdSU, neue Wege des Vormarsches zum Sozialismus könnten gefunden werden. Aber das ist ein Argument für politisch einfältige Leute. Auf der Berliner Konferenz, auf anderen internationalen Foren der Kommunisten und ihren Parteitagen hat die KPdSU stets den marxistisch-leninistischen Leitsatz vertreten, daß unterschiedliche Wege des Vorankommens zum Sozialismus möglich und unvermeidlich sind.

Zweifellos werden entscheidende Erfolge der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Industrieländer im Kampf für radikale soziale Umgestaltungen die Erfahrungen, die Theorie und Praxis des Weltozialismus in vieler Hinsicht bereichern. Ebenso zweifellos wird die dynamische Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung dort, wo sie schon besteht, die marxistisch-leninistische Theorie zu neuen Schlußfolgerungen und aufschlußreichen Erfahrungen bringen. Demnach unterliegt es keinem Zweifel, daß diese beiden Prozesse sich gegenseitig ergänzen und nicht einander gegenüberstehen werden.

In ihrer ganzen politischen und ideologischen Tätigkeit geht die KPdSU von dem Streben aus, daß alle kommunistischen Parteien — in den sozialistischen, in den kapitalistischen Ländern und in den Entwicklungstaaten — immer größere Erfolge erzielen. Hierin erblickt sie einen wichtigen Ausdruck ihrer Treue für den proletarischen Internationalismus. Deshalb bekämpft sie die imperialistische Politik zur Spaltung der kommunistischen Bewegung.

GEN WÜSTENEXPANSION

Am 9. September wurde in Nairobi eine internationale UNO-Konferenz zur Bekämpfung des Vorrückens der Wüste beendet. Die Delegationen aus 120 Ländern und Vertreter einer Reihe internationaler Organisationen fordern alle Länder und Völker zu unverzüglichen und koordinierten Aktionen auf. Es wurden Maßnahmen geplant, um dem Wüstenrücken Einhalt zu gebieten und die Ländereien, die jetzt von Sand zugeschüttet sind, wieder nutzbar zu machen. Auf Initiative der UdSSR wurde im Hauptdokument der Konferenz

die Notwendigkeit hervorgehoben, Komplexprogramme zu verwirklichen.

Die Konferenz nahm ein Dokument an, in dem die Verletzung des ökologischen Gleichgewichts, u. a. durch Einsatz von Waffen, auch von B- und C-Waffen, die ein fruchtbare Land in leblose Wüste verwandeln, verurteilt wird. Die überwiegende Mehrheit der Delegierten verurteilte scharf die Kräfte des Imperialismus und Kolonialismus, die dafür verantwortlich zu machen sind, daß ehemals fruchtbare Land in Wüste verwandelt wird.

BEI GEYSIREN UND VULKANEN

Juri GOLOSCHUBOW

Geysire und Vulkane sind typisch für Island. Ein Teil des Landes ist von Gletschern bedeckt, und das Klima ist deshalb kühl. Auf der Insel gibt es viele tätige Vulkane. Kürzlich kam es in Nordostisland wiederum zu einem Vulkanausbruch, der von einem starken Erdbeben begleitet war.

Doch die unbländige Energie des Erdinneren führt nicht nur zu Naturkatastrophen, sie dient auch den Menschen. Die aus der Erde hervorbrechenden Thermalquellen finden in diesem Land breite Anwendung. Mit ihnen werden Gebäude und Treibhauswirtschaften — wo nicht nur Gemüse, sondern selbst Weintrauben und Bananen angebaut werden — beheizt.

Wenn man durch Reykjavik, die nördlichste Hauptstadt der Erde, geht, dann fällt einem auf, daß es fast keine Fabrikschornsteine gibt. Die Luft ist rein und durchsichtig, der Himmel ungewöhnlich blau. Drei Seiten der Stadt sind von Bergen mit schneebedeckten Gipfeln eingerahmt, an die vierte grenzt der Atlantik.

Zum erstenmal besuchte ich Reykjavik vor 14 Jahren. Inzwischen hat sich die isländische Hauptstadt bedeutend verändert: Viele neue Gebäude entstanden, an der Peripherie schlossen Wohnviertel mit großzügiger Infrastruktur empor. Reykjavik ist größer geworden. Es hat jetzt 85 000 Einwohner — etwa 40% aller Isländer leben hier. Die Zahl der Autos hat deutlich zugenommen.

Die isländische Fischereiflotte hat neue moderne Schiffe hinzubekommen. Das ist von besonderer Bedeutung, da der Fischfang die wirtschaftliche Grundlage ist. Neue Fabriken und Werke entstanden. Auch Landwirtschaft und Viehzucht machen weitere Fortschritte.

Der Touristenstrom schwoll an. Nicht nur die wilde Romantik und die Geysire, sondern auch die Möglichkeit, dem lauten Treiben der großen westeuropäischen und amerikanischen Städte zu entfliehen, führt sie hierher.

Doch das Bild des Wohlstandes weist auch andere Töne auf. Ein

Hauptproblem Islands ist die Inflation. Einige skandinavische Wirtschaftswissenschaftler haben Island sogar als „Inflationsspitzenreiter“ unter den Industrieländern bezeichnet. In den letzten Jahren haben Inflation und Teuerung bis zu 30%, ja bisweilen bis 50% jährlich erreicht.

Bei unserer Landung auf dem Flughafen in Keflavik wurden wir mit einem weiteren Problem des Landes konfrontiert. Dort befindet sich ein US-Militärstützpunkt. Wenn man vom Flughafen aus in die Stadt fährt, kann man einen ausrangierten Phantomjäger auf einem Sockel sehen — sozusagen stets startbereit. Er soll wohl die militärische Präsenz der NATO demonstrieren.

In Reykjavik wohnten wir einer Massenkundgebung bei, auf der gefordert wurde, den US-Militärstützpunkt zu beseitigen, die amerikanischen Truppen abzuziehen und aus der NATO auszutreten.

Die Diskussionen über die NATO nehmen auch in den Parteien, die zur Sicherheitsproblematik durchaus unterschiedliche Positionen beziehen, kein Ende. Davon konnten wir uns auch überzeugen, als wir mit dem Chefredakteur des sozialdemokratischen *Alþýðublaðid*, Gunnarsson, sprachen. Er sagte, daß er — trotz seiner eigentlich positiven Einstellung zur NATO — doch das Risiko sieht, das mit einem ausländischen Militärstützpunkt in Island verbunden ist. Deshalb ist Gunnarsson, entschieden gegen die Anwesenheit ausländischer Truppen in Island und tritt für ihren Abzug ein.

Gunnarsson bezeichnete die US-Pläne für die Produktion der Neutronenbombe als gefährlich. Das könnte nur zur Verstärkung des Wettrüstens und Torpedierung der internationalen Entspannung führen. Unser Gesprächspartner verurteilte Versuche, das Wettrüsten unter dem Vorwand einer angeblich wachsenden Bedrohung aus dem Osten zu rechtfertigen, und erklärte, daß er ebenso wie die meisten Isländer für eine Politik der Freundschaft mit der Sowjetunion eintritt.

Die Isländer wissen sehr wohl, daß sich die Sowjetunion stets für



die nationalen Interessen ihres Landes einsetzt, für die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen unseren Völkern. Die sowjetisch-isländischen Beziehungen haben in den letzten Jahren vielfältige Formen angenommen. Gemäß dem Protokoll über den gegenseitigen Warenaustausch für 1976—1980 entwickelt sich der Handel positiv. Die Sowjetunion deckt den Bedarf Islands an Erdölprodukten. Oft sieht man den Wolga, den Lada und den Moskwitsch. Die UdSSR ist ihrerseits ein traditioneller Abnehmer isländischen Fisches und von Wollwaren.

Im April 1977 haben unsere Länder ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit beim Fischfang und bei der Erforschung der biologischen Meeressressourcen unterzeichnet.

In der Gesellschaft Island—UdSSR berichtete ihr Vorsitzender Ivar Jonsson von der großen Arbeit, die diese Organisation leistet — besonders jetzt, am Vorabend des 60. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Vorträge und Aussprachen über die welthistorische Bedeutung der Oktoberrevolution, über den Entwurf der neuen sowjetischen Verfassung finden statt, sowjetische Filme werden gezeigt. Vor kurzem sind Tage der Sowjetunion zu Ende gegangen, bei denen Freundschaftsabende und Ausstellungen über das erste sozialistische Land veranstaltet wurden.

Von großer Bedeutung für die Ausweitung der freundschaftlichen Beziehungen sind der Austausch von Delegationen und die Kontakte auf staatlicher Ebene. Dieser Tage trifft der isländische Ministerpräsident Geir Hatligrímsson zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion ein. Beide Länder äußern die Hoffnung, daß dieser Besuch zu einer weiteren Festigung der traditionell freundschaftlichen sowjetisch-isländischen Beziehungen beitragen wird.

Reykjavik, am 13. September

MANÖVER UND IHR HINTERGRUND

Jedes Jahr im Herbst verwandeln die NATO-Militärs Westeuropa in einen Schauplatz ihrer Manöverspiele. Auch jetzt wurde über dem Atlantik eine Luftbrücke eingerichtet, über die das Pentagon Soldaten und Technik transportiert. Die gut dreißig Großmanöver laufen mehrere Monate. Sie werden in unmittelbarer Nähe der Grenzen sozialistischer Staaten durchgeführt: Offensichtlich wird die bei der NATO-Generalität als aktuell geltende Konzeption der „Vorwärtsverteidigung“ unter Manöverbedingungen erprobt.

NATO-Routine? All das kommt einem bekannt vor — die Anheizung der Kriegspsychose, um die Mittel für immer neue Arten der Massenvernichtungswaffen von Parlamenten und Regierungen bewilligt zu bekommen, Versuche, durch Spiel mit dem Krieg die Entspannung aufzuhalten, und Waffen-gekliir als Einschüchterungsmanöver.

Doch es gibt auch neue Akzente. Der Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte in Europa, US-General Haig, erläuterte, Sinn der jetzigen Manöver sei es, den „potentiellen Gegner“ einzuschüchtern. Der General ließ sich auch „kompetent“ über das „beste Abschreckungsmittel“ aus: die Neutronenbombe. Wie DPA meldete, wolle Haig keine Diskussion über die Neutronenbombe. Offensichtlich hält er diese Frage — die Neutronenbombe des Pentagon für die NATO, insbesondere in Mitteleuropa — für undisputabel. Doch eine solche Diskussion ist jetzt in Parlamenten, Regierungskreisen und in der Öffentlichkeit im Gange. Kaum dürfte General Haig ernstlich glauben, seine Manöver würden einen „potentiellen Gegner einschüchtern“. In den USA will man eher mit militaristischen Demonstrationen die Kritik an dem gefährlichen Pentagon-Vorhaben zum Verstummen bringen.

Ferner möchten die NATO-Generale das erreichen, was ihre Kollegen in Zivil bisweilen nicht schaffen. Wie hat man nicht auf Griechenland eingeredet, in die militärische Organisation des Nordatlantikpakttes zurückzukehren, die es im August 1974 verlassen hatte. Jetzt nehmen die griechische Luftwaffe und die Flotte wiederum, nach dreijähriger

Unterbrechung, an NATO-Manövern im Ägäischen Meer teil. Im NATO-Hauptquartier sitzen Leute, die wissen, was sie wollen. Wenn schon nicht über diplomatische Kanäle, so ziehen sie Griechenland auf militärischem Wege in den Schoß der NATO zurück.

Bei den derzeitigen Manövern auf dem US-Stützpunkt Ramstein (BRD) tauchte plötzlich ein spanischer General auf, denn solange über einen NATO-Beitritt Spaniens diskutiert und sondiert wird, ist bereits ein vereinigter Stab im Rahmen des amerikanisch-spanischen Militärvertrages tätig. Das Erscheinen des spanischen Generals, schreibt das NATO-Bulletin *Nouvelles atlantiques*, „zeigt deutlich, daß sich Spanien über die Tätigkeit der NATO auf militärischem wie auf diplomatischem Gebiet mit Hinblick auf seinen möglichen Anschluß an diesen Block informiert“.

Das ist der Hintergrund der NATO-Manöver, der die Anhänger einer Entspannung in Europa beunruhigen muß.

W. KUSNEZOW

MILITÄRISCHE ACHSE IN ASIEN?

In den letzten Monaten sind Reisen von Emissären Washingtons nach Tokio und Söul häufiger geworden. Südkoreanische und japanische Militärdelegationen werden in den USA mit offenen Armen empfangen.

Vor etwas über einem Monat stattete US-Verteidigungsminister Harold Brown Japan einen Besuch ab — nach einer Südkorea-Visite, bei der er über den geplanten teilweisen Abzug von US-Militärpersonal aus diesem Lande verhandelte. Kürzlich fand in Tokio eine beratende Tagung japanischer und südkoreanischer Minister statt. Gegenwärtig weilt in Washington eine Delegation Japans unter dem Leiter des Verteidigungsamtes, A. Mihara.

Viele westliche Kommentatoren sehen solche Aktivitäten als Anzeichen dafür, daß sich die militärische Zusammenarbeit dieser Länder erweitert. In Washington spricht man in letzter Zeit offen davon, ein Ausbau des japanischen Militärpotentials sei „angebracht“. Derartige „Ratschläge“ finden bei militaristischen Kreisen dieses Landes Unterstützung.

Für die Jahre 1977—1981 wurden zur Modernisierung und verstärkten Ausrüstung der japanischen Streitkräfte 12,6 Billionen Yen bereitgestellt — um fast 150% mehr als in den vergangenen fünf Jahren. Die Steigerung des japanischen Militärpotentials geht mit einer Festigung der japanisch-amerikanischen Allianz einher. Entsprechend seinen strategischen Plänen verlangt Washington von seinem Verbündeten eine Aktivierung in Asien und im Pazifikraum. Auch in Japan haben einflußreiche Kreise nichts dagegen, die „einstige militärische Rolle“ im Fernen Osten wiederherzustellen.

Unter Ausnutzung des sogenannten Sicherheitsvertrages haben die USA Japan zu einem ihrer wichtigsten Stützpunkte in Asien gemacht. Anläßlich der geplanten Umgruppierung der US-Streitkräfte in Südkorea ist manch einer in Washington geneigt, den amerikanisch-japanischen Vertrag schon nicht mehr als zweiseitiges Abkommen zur „Verteidigung“ Japans zu betrachten, sondern als einen Pakt, der die imperialistischen Interessen dieser beiden Länder in Asien und im Pazifikraum sichern soll. Die Vereinigten Staaten streben eine Konkretisierung der Verpflichtungen beider Länder im Rahmen des „Sicherheitsvertrages“: eine Bestimmung des Wirkungsbereiches der Streitkräfte der USA und Japans sowie eine breitere Benutzung der 140 US-Stützpunkte auf japanischem Territorium durch die Amerikaner. Zudem wird Japan zu einer politischen und wirtschaftlichen Unterstützung Südkoreas verpflichtet. Angesichts der riesigen Militärl Hilfe der USA an das Pak-Tschung-Hi-Regime kann man davon sprechen, das Pentagon wolle in Asien eine militärische Achse Washington—Tokio—Söul schaffen. Ein solcher Kurs wird von der friedliebenden Öffentlichkeit der Länder dieses Raumes entschieden verurteilt, weil er dem internationalen Trend zu Entspannung und Abrüstung zuwiderläuft.

W. BOIKOW

SKANDALE UND KEIN ENDE

Amerika und die Amerikaner wollten wohl das republikanische Watergate in Vergessenheit geraten lassen — doch da tauchte auf einmal das Gespenst eines demokratischen Watergate auf. Der Untersuchungsausschuß des Senats für die Tätigkeit der Regierungsorgane beschloß, die Finanzmächenschaften des Kabinettsmitglieds Bert Lance, Direktor der Bundesbudgetverwaltung sowie langjähriger Freund und Landsmann von Präsident Carter, eingehend zu untersuchen. Lance wird verdächtigt, fragwürdige Bankoperationen vor seiner Ernennung vorgenommen zu haben.

Der Fall Lance kann so oder anders enden: Entweder er geht oder er bleibt. Doch wird dieser Fall nicht als zufällige Episode ausgegeben werden können, die mit dem

Regierungssystem nichts zu tun habe.

Fast jede Washingtoner Administration hatte ihren Fall. Beinahe jeder Präsident war von Leuten umgeben, die in Presseartikeln über Skandale figurierten. Nach dem zweiten Weltkrieg geschah das über 50mal.

Der demokratische Senator Theodore Bilbo wurde 1946 (unter Harry Truman) bezichtigt, 33 750 Dollar als Bestechungsgeld einkassiert zu haben. Der Abgeordnete des Repräsentantenhauses Andrew May saß 9 Monate im Gefängnis, weil er Rüstungsfirmen Kontrakte vermittelte hatte. Der Richter am Obersten Gerichtshof, Abe Fortas, strich in den 60er Jahren gleichfalls 20 000 Dollar ein, bevor seine Machenschaften publik wurden.

Der Hauptassistent von Präsident Eisenhower, Sherman Adams, galt als sittenstreng. Doch das störte ihn keineswegs, Nerzpelze, Kühlchränke und Orientteppiche für sich herauszuhandeln... Auch einen teuren Pelzmantel als „Geschenk“ mochte er nicht ablehnen.

Vizepräsident Spiro Agnew (zu Zeiten Richard Nixons), Senator Thomas Dodd und der Repräsentantenhaus-Abgeordnete Adam Powell waren gleichfalls in Korruptionsaffären verwickelt.

Sehr enge Verbindungen bestehen zwischen den Herrschenden und den Reichen. Kürzlich erst legte sich der Skandal mit dem südkoreanischen „Geschäftsmann“ Park Tongsun, der „Gesetzgeber“ im Kapitol bestach. Bei seiner Verhaftung fand man bei ihm eine Liste mit den Namen von 90 amerikanischen Abgeordneten — eigentlich eine richtige Lohnabrechnung für „gute Dienste“.

Das Business in den USA ist zweifelsohne Politik, ebenso wie die Politik Business ist. Der Dollar verliert seinen Einfluß nicht in den Korridoren der Macht. Er ist stärker. Die Washingtoner Skandale zeigen das deutlich genug.

Die amerikanische Presse ist darüber nicht erstaunt. Nur eins macht sie verlegen: Wie kann sich derartiges unter einer Regierung ereignen, die darauf Anspruch erhebt, ihren Vorgängern „moralisch überlegen zu sein“.

Und was unternimmt nun der US-Propagandaapparat? Bereits auf dem Höhepunkt von Watergate beklagte sich James Keogh, der Direktor der US-Informationsagentur, seine Behörde habe es schwer, den American Way of Life der ganzen Welt nahezubringen. Ja, das dürfte nicht leichtfallen — um so mehr, da er viel von seinem „Glanz“ verloren hat. Ob nicht das ein Grund ist für die derzeitige Reorganisierung der staatlichen Propagandadienste?

PHANTASERIEEN EINES ANONYMIKUS

„Die 180 Tage Mitterands“ — so heißt ein Buch, das kürzlich auf dem französischen Markt erschien. Durch drei Dinge rief es besondere Aufmerksamkeit hervor: Erstens nahm sein alterner Autor als Pseudonym den Namen eines be-

kannten Chronisten zu Zeiten Ludwigs XI., Philippe de Commynes; zweitens ist es ein geschichtliches „Werk“, das in die Zukunft greift. Dieser Roman in Form einer Chronik gehört zum Genre der politischen Utopie, das in Frankreich recht selten ist. Und drittens nimmt der Autor einen Sieg der Linkskräfte bei den Parlamentswahlen im März 1978 vorweg, mit denen er „Die 180 Tage Mitterands“ beginnen läßt. Der Autor denkt es sich so: Der französische Sozialenführer wird Premierminister, dann soll es dazu kommen, daß das Bündnis zwischen Sozialisten und Kommunisten auseinanderbricht. Die Kommunisten verlassen die Regierung, der Sozialenführer schwört dem Linksbündnis ab, und der Präsident Frankreichs setzt neue Wahlen an...

Wie wir sehen, entwickelt sich die Phantasie dieses Anonymikus im Geiste jener, die einen Sieg der Linkskräfte befürchten und darauf setzen, daß das Bündnis zwischen der Sozialen und der Kommunistischen Partei auseinanderbricht.

Die Presseorgane beider Parteien charakterisierten dieses Machwerk gebührend. „Eine politische Provokation“ — so bezeichnete es das FKP-Organ *Humanité*.

A. IGNATOW



Spanien, Portugal und Griechenland wollen in den EG-Wagen zusteigen. Doch dieser hat wieder einmal eine Panne.

Aus der Schweizer Zeitung „Nebelspalter“

DIE KERNKRIEGSGEFAHR KANN GEBANNT WERDEN

Igor DMITRIJEW

Ein Kernkrieg wäre eine Katastrophe für die Zivilisation und für die Menschheit. Die fortschrittliche Weltöffentlichkeit sieht ihre Pflicht der Geschichte gegenüber darin, diese Katastrophe zu verhüten, und die UdSSR wirkt konsequent und unentwegt darauf hin.

Unter den Maßnahmen zur Einschränkung des Wettrüstens und zur Abrüstung wird ein vollständiges und allgemeines Verbot der Kernwaffenteste ein wichtiger Schritt zur Bannung der Kernkriegsgefahr sein. Deshalb hat die UdSSR die Initiative zu realen Maßnahmen für eine nukleare Abrüstung ergriffen. So kam auf ihre Initiative 1963 der Moskauer Vertrag über das Verbot der Kernwaffentests in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser zustande. Seitdem werden von den Signatarstaaten nur unterirdische Kernwaffenteste vorgenommen.

Doch hat der Moskauer Vertrag die Entwicklung neuer Kernwaffen und die Vervollkommenung der vorhandenen nicht gestoppt, denn bei unterirdischen Testen kann das nukleare Wettrüsten fortgesetzt werden.

Um der Entwicklung neuer wirkungsstarker Massenvernichtungsmittel doch irgendwie Schranken zu ziehen, unterzeichneten die UdSSR und die USA 1974 den Vertrag über die Einschränkung der unterirdischen Kernwaffentests und setzten deren Stärke mit höchstens 150 Kilotonnen fest. Nicht die UdSSR ist schuld daran, wenn dieser Vertrag noch immer nicht in Kraft getreten ist. Seiner Ratifizierung widersetzen sich einflußreiche militaristische Kreise der USA. Aber die Regierungen der beiden Staaten haben sich verpflichtet, sich an diesen Vertrag zu halten, und haben es in den gut zwei Jahren, die seitdem vergangen sind, auch wirklich getan.

Ein äußerst wichtiger Schritt zur völligen Einstellung der Kernwaffentests war der Vertrag von 1976 zwischen der UdSSR und den USA über die unterirdischen Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken. Er enthält den Modus solcher Explosio-

nen und detaillierte Kontrollverfahren, so daß unter dem Deckmantel friedlicher Explosions keine Kernwaffenteste vorgenommen werden können. Es wäre ungemein wichtig, die Ratifizierung der Verträge von 1974 und 1976 unverzüglich zu Ende zu führen.

Schon 1975 beantragte die UdSSR in der UNO, daß ein Vertrag über ein vollständiges und allgemeines Verbot der Kernwaffenteste geschlossen wird. Der Antrag fand bei den Mitgliedstaaten der UNO weitgehende Zustimmung. 1976 wurde zum ursprünglichen Entwurf ein wichtiger, die Kontrolle betreffender Zusatz gemacht. Unser Land tat diesen neuen Schritt, veranlaßt durch die Entspannungsatmosphäre, dank der das vollständige und allgemeine Verbot der Kernwaffenteste auf die Tagesordnung gebracht werden konnte.

Der sowjetische Vertragsentwurf ist eine gute Grundlage zur Einstellung auf eine völlige Einstellung der Kernwaffentests. Er knüpft organisch an den Vertrag von 1963 an und hebt hervor, daß ein völliges Verbot der Tests dem Frieden förderlich wäre und wesentlich zur Entspannung beisteuern könnte. Besonders wertvoll an dem Entwurf ist der Passus, laut dem der potentielle Nutzen von beliebigen friedlichen Kernexplosionen sowohl Staaten mit Kernwaffen als auch solchen ohne diese zugute kommen soll.

Die wichtigste Verpflichtung der Partner ist in Artikel I enthalten. Sie lautet: Jeder Vertragspartner ist verpflichtet, beliebige Kernwaffentests an einem beliebigen unter seiner Gerichtsbarkeit oder Kontrolle stehenden Ort sowie in allen Medien — in Atmosphäre und Kosmos, unter Wasser und unter der Erde — zu verbieten, zu verhüten und zu unterlassen. Diese Bestimmung liegt durchaus im Sinne eines vollständigen Verbots der Kernwaffentests.

Die Stärke eines beliebigen Vertrags und besonders eines derartigen liegt in einer wirksamen Kontrolle darüber, wie er befolgt wird. Der Kontrolle gilt Artikel II des sowjetischen Entwurfs.

Man muß bedenken, daß das Ver-

bot der unterirdischen Kernwaffentests bisher ohne besonderen Grund durch das Problem der Kontrolle erschwert wird. Die UdSSR ist schon immer der Ansicht, daß eine Kontrolle über die Einhaltung des Vertrags auf den nationalen technischen Mitteln zu beruhen hat, über die die beteiligten Länder verfügen. Selbstverständlich müssen diese Mittel im Einklang mit den allgemein anerkannten völkerrechtlichen Normen benutzt werden. Mit anderen Worten geht es darum, daß eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der beteiligten Länder, eine Verletzung ihrer Souveränität, eine Benutzung der Kontrolle zu Spionagezwecken usw. ausgeschlossen sein müssen. Ebenso wie viele andere Länder vertritt auch die UdSSR den Standpunkt, daß die moderne Technik der Feststellung seismischer, d. h. mit Schwankungen des Bodens und der Erdrinde zusammenhängender Erscheinungen — diese wichtigste Methode zur Kontrolle über Kernexplosionen —, im Verein mit anderen, vielen Staaten verfügbaren technischen Mitteln gestatten, das Problem der Kontrolle zu lösen.

Der Vertragsentwurf sieht eine Zusammenarbeit und einen Austausch seismischer Daten unter seinen Partnern vor, damit die technischen Mittel der Länder zuverlässiger und wirksamer werden. Bekanntlich kam diese Idee auf, als bei der UNO und beim Genfer Abrüstungsausschuß über eine vollständige Einstellung der Kernwaffentests debattiert wurde. Mehr noch, auf Anregung des Ausschusses wird mit tatkräftiger Beteiligung der UdSSR an einem globalen Netz von Bebenstationen gearbeitet, das es den Staaten ermöglichen soll, seismische Daten einzuhören und auszutauschen. Jeder Vernunft zum Trotz bestehen einige westliche Staaten jedoch auf einem Recht, unerkennbare seismische Erscheinungen an Ort und Stelle zu untersuchen, d. h. an Ort und Stelle eine Kontrolle auszuüben.

Um aber zur möglichst schnellen Lösung des Problems beizutragen, hat die UdSSR in den Vertragsentwurf die Möglichkeit einer Nachprüfung an Ort und Stelle eingefügt, vorausgesetzt, daß diesbezügliche Entscheidungen freiwillig getroffen werden.

Artikel II des Entwurfs enthält auch andere wirksame Kontrollmaßnahmen, z. B. Konsultationen der Beteiligten und einen einschlägigen

Informationsaustausch. Werden Verpflichtungen verletzt, dann soll jeder Vertragspartner befugt sein, beim Sicherheitsrat der UNO Beschwerde einzureichen.

Besonderen Wert legt die UdSSR auf Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken im Gegensatz zu militärischen. Sie bilden ja eine vielversprechende Möglichkeit zur konstruktiven Atomenergienutzung. Dank einem großen Komplex in der UdSSR für Forschungen und Experimente vorgenommener Explosionen konnten Bereiche ihrer wirksamen industriellen Verwendung ermittelt werden. Bei unvorhergesehenen Naturgas- und Erdölausbrüchen z. B. kann man sie zur Steigerung des Brennstoff- und Energiepotentials benutzen. Mit ihrer Hilfe kann man unterirdische Gas- und Öldepots anlegen und tief in der Erdrinde seismische Sondierungen ausführen, um neue Vorkommen zu entdecken. Mit Kernexplosionen kann man feste Erzschichten sprengen, die industriell verwertbaren Vorkommen mineralischer Rohstoffe mehreren und bisher unverwertbare in verwertbare verwandeln.

Mit Hilfe von Sprengungen kann man Stauseen in dünnen Gebieten anlegen, Ströme umleiten, Schutzanlagen gegen Muren sowie Deiche, Schüttdämme und Bahnunterführungen bauen. Schließlich werden sie auch bei dem dringend notwendigen Umweltschutz verwendet. Hier können sie dem Menschen Dienste wie kaum andere der Technik bekannte Methoden leisten. Nehmen wir beispielsweise das Wegräumen radioaktiver Abfälle. Der IAEA (Internationalen Atomenergiebehörde) zufolge wird der globale Strombedarf bis zum Jahr 2000 zu 25% von Atomkraftwerken gedeckt werden und die Menge der hochgradig radioaktiven Abfälle in die Hunderte Milliarden Curie gehen. Sie müssen von der Biosphäre völlig isoliert werden. Die billigste und sicherste Methode ist es, sie in tiefliegenden geologischen Formationen abzulagern. Mit Kernexplosionen kann man große Zonen mit Erdspalten anlegen, in die die radioaktiven und anderen chemisch schädlichen Industrieabfälle hineingepräst werden könnten.

Alle diese nützlichen und vor allem notwendigen Vorgänge sind in der UdSSR und in den USA durchgespielt worden und haben sich bewährt. Eine ganze Anzahl technischer Verfahren, solcher wie das Löschen von Gasausbrüchen, die An-

legung unterirdischer Depots, die seismische Tiefenforschung in der Erdrinde und noch andere, wird in der UdSSR schon im Großen angewandt.

Diese Versuche finden in vielen Ländern lebhaftes Interesse. So sieht ein unter Leitung amerikanischer Fachkräfte angefertigtes Bauprojekt für den Kra-Kanal in Thailand Kernexplosionen vor, dank denen die Bautermeine um 2-4 Jahre abgekürzt und die Baukosten um 2 Md. Dollar verringert werden können. Wie bundesdeutsche und ägyptische Fachleute errechnet haben, wird der Bau des Kattara-Kanals in Ägypten mit Hilfe von Kernexplosionen um 3 Md. DM weniger als der Bau eines Tunnels zum gleichen Zweck kosten.

Das Gesagte beweist wohl zur Genüge, daß die friedlichen Kernexplosionen ebenso notwendig sind wie ein vollständiges und allgemeines Verbot der Kernwaffenteste. Bleibt hinzuzufügen, daß der Atomsperrvertrag, an dem über 100 Staaten beteiligt sind, in Artikel V vorsieht, daß die Partner Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken vornehmen dürfen und daß die Kernmächte den keine Kernenergie erzeugenden Vertragspartnern mit solchen Explosionen behilflich sein sollen.

Es wäre aber ein unverantwortlicher Leichtsinn, die Probleme nicht sehen zu wollen, die ein Vertrag über eine völlige und allgemeine Einstellung der Kernwaffenteste und über eine gleichzeitige Legitimierung friedlicher Kernexplosionen mit sich bringt.

Was für Probleme sind das?

Vor allem muß garantiert werden, daß die Kernmächte keine als friedliche Kernexplosionen getarnten Waffenteste ausführen und keine militärischen Vorteile daraus ziehen. Eine Garantie dagegen kann eine strikte, effektive internationale Kontrolle bieten. Beim Abfassen des sowjetisch-amerikanischen Vertrags von 1976 über die friedlichen Kernexplosionen sind bereits gewisse Erfahrungen hinsichtlich einer solchen Kontrolle gemacht worden. Die erarbeiteten Kontrollverfahren können sehr wohl ausgebaut werden, so daß sie bei einer völligen Einstellung der Kernwaffenteste brauchbar wären.

Die UdSSR ist überzeugt, daß das Problem der Kontrolle über die friedlichen Kernexplosionen gelöst

werden kann und muß. Die Kernmächte müssen nur den guten Willen haben und Verständnis dafür aufbringen, wie wichtig die Beibehaltung der friedlichen Kernexplosionen ist. Es versteht sich, daß bei diesen — zum Unterschied von der Kontrolle über die Kernwaffenteste, die auf den nationalen technischen Mitteln basieren soll — unbedingt eine Kontrolle an Ort und Stelle zulässig zu sein hat.

Im Vertrag über ein völliges und allgemeines Verbot der Kernwaffenteste muß der Modus friedlicher Kernexplosionen in Staaten, die keine Kernwaffen besitzen, auch deshalb festgelegt sein, weil dadurch die Kernwaffensperre verstärkt wird. Wenn man nämlich für diese Länder im Vertrag nicht die Möglichkeit vorsieht, die ihnen von den Kernmächten gebotenen Vorteile von friedlichen Kernexplosionen zu ergreifen, dann erleichtert man ihnen die Rechtfertigung eigener Kernexplosionen und trägt dazu bei, daß das Prinzip der Atomwaffensperre und diese selbst untergraben wird.

Ein wirksames, vollständiges und allgemeines Verbot der Kernwaffenteste ist nur zu bewerkstelligen, wenn sämtliche Kernmächte — die UdSSR, die USA, England, Frankreich und die VR China — am Vertrag beteiligt sind. Dieser wichtigen Voraussetzung entspricht im sowjetischen Entwurf der Passus, daß der Vertrag in Kraft tritt, nachdem ihn alle Kernmächte ratifiziert haben. Man sieht also, daß dieser Entwurf ein konstruktiver Schritt zur Abrüstung und zur Einstellung des Wettrüstens ist. Nicht von ungefähr schenken ihm die UNO und der Genfer Abrüstungsausschuß ihre besondere Aufmerksamkeit.

Die Abfassung eines Vertrags über ein völliges und allgemeines Verbot der Kernwaffenteste war im Juni 1977 in Washington Gegenstand einer ausführlichen sowjetisch-amerikanischen Debatte; ebenso im Juli bei den Genfer sowjetisch-amerikanisch-britischen Konsultationen. Dort wurde vereinbart, diese Dreierverhandlungen im Oktober in Genf fortzusetzen.

Die Notwendigkeit, sich baldigst auf dieses Verbot zu einigen, ist derart sinnfällig geworden, daß selbst die hartgesottensten westlichen Militäristenkreise nicht wagen, offen dagegen aufzutreten. Aber die Verfechter weiterer Kernwaffenteste geben nicht auf. In der Presse des

Westens hetzen sie zum Abbruch der erzielten Vereinbarung. Sie stellen schon die bloße Möglichkeit einer Verständigung als zweifelhaft hin. Man erhebt die unhaltbare Forderung nach einer Kontrolle an Ort und Stelle und nach einem Verbot der friedlichen Kernexplosionen usw.

Die neue US-Regierung spricht sich zwar betont positiv über ein völliges und allgemeines Verbot der Kernwaffenteste aus, in Wirklichkeit beschleunigt sie das nukleare Wettrüsten aber ununterbrochen. Man denke an den Rummel mit der Neutronenbombe. Wie verträgt er sich mit der gleichzeitigen, laut hals erhobenen Forderung Washingtons nach einem unverzüglichen Verbot der Kernwaffenteste? Seite Worte und Taten lassen sich nicht miteinander vereinbaren.

Mit der Zeit wird es sich herausstellen, was bei der USA-Führung vorwiegt, die Vernunft oder der Ehrgeiz militärischer Überlegenheit, ob sie imstande sein wird, sich gegen den nach Superprofiten und neuen „Absatzmärkten“ jagenden Militär- und Industriekomplex zu behaupten. Vorläufig kann man mit Bestimmtheit nur sagen, daß die Politik der USA keineswegs zur Normalisierung der internationalen Lage und zur Entspannung beiträgt, daß sie vielmehr reaktionären Regimes gewisser Länder in deren Streben nach dem Besitz von Kernwaffen Vorschub leistet. Die sowjetische Presse teilte beispielsweise mit, daß das Regime der weißen Minderheit in der RSA einen Kernwaffentest vorbereitet.

Jeder weiß, daß die RSA ohne einen tatkräftigen Beistand westlicher Länder wie die USA, die BRD und England keine Kernwaffen entwickeln könnte. Es entbehrt auch nicht jeder Grundlage, wenn die Auslands presse schreibt, an der ganzen Machenschaft nehme Israel regen Anteil, dessen Atompotential mit Dazutun der USA zustande gekommen ist.

Die alte Wahrheit, daß man, um einen Krieg zu verhüten, seine Ursachen beheben muß, läßt sich schwerlich widerlegen. Soziale Probleme bestehen nun einmal. Die Entspannung hat keine ideologischen Differenzen aus der Welt zu schaffen, sie bietet aber eine Grundlage für eine friedliche Koexistenz, für eine Welt ohne Kriege. Was nun das völlige und allgemeine Verbot der Kernwaffenteste betrifft, so ist es ein Gebot der Stunde.

ISRAEL

KABINETT: AUS REICHEN FÜR DIE REICHEN

Jakow SCHRAIBER

Vier Monate ist es her, daß die Arbeiterpartei, die 29 Jahre in Israel regierte, bei den Wahlen zur Knesset (Parlament) besiegt wurde und daß der rechtsextremistische Likud-Block zur Macht kam. Regierungschef ist ihr Führer, Menachem Begin. Eine Äußerlichkeit fällt den bürgerlichen Zeitungen auf: Die jetzigen Staatsmänner zeichnen sich durch sorgfältig gewählte Krawatten und „exquisite Manieren“ aus, während sich die früheren vor dem Volk gern mit offenen Hemdkragen zeigten, um zu betonen, daß sie „demokratisch“ seien. Über ihre politischen Unterschiede wird viel vager geschrieben.

Begin, Führer der ultrareaktionären Herut-Partei, die mit der bürgerlichen Liberalen Partei und der rechtsextremistischen La'am-Gruppierung den Likud-Block bildet, galt jahrelang bei der Öffentlichkeit Israels als anrüchig. Er verkörpert den rechtszionistischen Extremismus und Chauvinismus und verficht unverhohlen den Kurs auf ein „Groß-Israel“ und eine Politik der „starken Hand“ den arbeitenden Bevölkerungsschichten des Landes gegenüber.

Bei den Vorbereitungen zu und nach den Wahlen vom 17. Mai d. J. strengten sich Begin und Konsorten an, dem Kleinbürger respektabel zu erscheinen, und sie bemühen sich noch jetzt darum. Typisch dafür ist ein Artikel, der am 24. Juli in der Zeitung *Haaretz* (Tel Aviv) erschien. Da heißt es: „Jahrelang wurde Begin als Dogmatiker hingestellt... Noch sind nicht einmal zwei Monate seit seinem Wahlsieg vergangen, und er hat bereits Freunde und Gegner in Erstaunen versetzt... Seine bekannten Manieren sind schnell einer beständigen Sanftmut, einem Händeküß-

sen und Bescheidenheit gewichen... Das ist ein Führer mit autoritären Bestrebungen unter demokratischem Deckmantel, er bringt es fertig, allen politischen Weggefährten seine Werturteile aufzunötigen und fast ohne alle Unkosten neue Pferde vor seinen Wagen zu spannen.“

Ein solches Pferd ist der sattsam bekannte Moshe Dayan, der nach der Niederlage der Arbeiterpartei, der er früher angehörte, als Außenminister zur Likud-Regierung hinzugewechselt hat. In einem Interview, das er der Zeitung *Yediot Ahronoth* am 19. August gab, sagte er: „Daß Begin Zeremonien liebt, stört mich nicht, wenn es ihn bloß nicht stört, daß ich dazu ohne Krawatte erscheine.“ Wir fügen hinzu: Es stört Begin nicht einmal, daß Dayan früher ein Führer der Arbeiterpartei war.

Was liegt den politischen Prozessen in Israel zugrunde?

Ein erheblicher Rechtsruck der Landesführung. Vorbereitet wurde er durch die Politik der Arbeiterpartei selbst, die über den Staat seit seiner Gründung regierte. Meir Vilner, der Generalsekretär des ZK der KP Israels, untersuchte, wieso die frühere Regierung besiegt wurde und der ultrarechte Likud-Block zur Macht gekommen ist. Er sagte: „Die Politik der Regierung Rabin-Peres zielt darauf ab, die Besetzung arabischer Gebiete zur bleibenden Erscheinung zu machen, und zog enorme Militäraufwendungen nach sich. Sie stand nicht allein der Herstellung des Friedens im Wege und führte zur Senkung des Lebensstandards der arbeitenden Schichten, sie brachte die Arbeiterpartei selbst in Verfall, ließ an ihrer Spitze Korruption einreißen und förderte den Kult der Gewalt und des Nationalismus. Diese Politik der Maarah“ (Block

der Arbeiterpartei und der Mapam) „hat den Ultrarechten den Weg zur Macht gebahnt.“

Jetzt nennen sich die Führer der Arbeiterpartei eine „konstruktive Opposition“ und sagen offen, daß sich ihr Kurs, namentlich der außenpolitische, mit dem des Likud deckt. Kurz nach den Wahlen erklärte ihr Führer, Shimon Peres, bei einer Zusammenkunft mit Begin: „In Fragen wie der Ablehnung eines palästinensischen Staates, einer Zulassung der PLO als Verhandlungspartner zur Genfer Konferenz und der entschiedenen Ablehnung einer Rückkehr in die Grenzen von 1967 hat sich an der Einstellung der Maarah nichts geändert; ganz gleich, ob sie regiert oder in der Opposition ist.“

Die Regierungskoalition tritt, ebenso wie die wichtigste Oppositionspartei gegen eine gerechte Nahostregelung auf, deren völkerrechtliche Grundlage in zahlreichen Nahostresolutionen des Sicherheitsrats und der Vollversammlung der UNO niedergelegt ist. Man erkennt aber unschwer, daß diese Einstellung wirklichkeitsfremd, obstruktiv und nicht nur antiarabisch, sondern im Grunde genommen auch antiisraelisch ist, denn sie läuft den Lebensinteressen des Volks von Israel zuwider, dessen Zukunft davon abhängt, ob mit den arabischen Nachbarn Frieden geschlossen wird. Der Kurs darauf, die Nahostregelung zu hintertreiben, beschwört die Gefahr eines neuen Krieges herauf und nimmt dem Volk Israels die Aussicht auf ein friedliches, sicheres Dasein.

Die ersten Monate der Likud-Regierung haben gezeigt, daß sie Israels Krankheiten mit einem tödlichen Gift heilen will. Das ist am

Etat der neuen Regierung für das Rechnungsjahr 1977/78 deutlich zu sehen. Zwei Drittel aller Haushaltssmittel sollen zu direkten und indirekten militärischen Aufwendungen dienen. Die schleichende Inflation, die unter dem vorigen Kabinett einsetzte, dauert an. Jeden Monat nimmt der Wert des israelischen Pfunds um ca. 2% ab. Im August kürzte die Regierung Begin ganz erheblich die Subsidien für lebenswichtige Waren und Dienstleistungen, worauf die Preise für Brot, Milch, Fleisch und andere unentbehrliche Waren sowie die Wasser- und Stromgebühren und schließlich die Fahrgelder um 25% stiegen.

Charakteristisch ist, daß sich das Kabinett Begin wirtschaftlich von dem amerikanischen Professor Milton Friedman beraten läßt, der auch dem chilenischen Diktator Pinochet Ratschläge erteilt hat. Seine Rezepte für Israel laufen auf folgendes hinaus: „Verringerung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft“, d. h. Ausverkauf der staatlichen sowie der Betriebe, deren Kontrollpaket der Staat in der Hand hatte; eine „kontrollierte Arbeitslosigkeit“ und „Zwangsschiedsverfahren“, zu deutsch ein Streikverbot.

Die Regierung Begin ist ein Kabinett aus Reichen für die Reichen. Minister für Handel, Industrie und Fremdenverkehr ist Yigal Horowitz, ein Großunternehmer, Besitzer der Großmolkerei Hamachlavot Hameuchadot und mehrerer anderer Betriebe. Verteidigungsminister General Ezer Weizman ist mit dem Mi-

litär- und Industriekomplex nicht nur Israels, sondern auch der USA liiert. Landwirtschaftsminister General Ariel Sharon besitzt in Südisrael, in Negev, eine große Farm. Er hat sich auch an Rüstungsaufträgen gesundgestoßen. Großkapitalisten sind auch andere Mitglieder des Kabinetts. An der Macht ist also eine Gruppe von Bankiers und Industriellen, die unmittelbar interessiert sind am Raubbau an den Naturschätzen und an den Arbeitskräften der besetzten Gebiete, an einer schonungslosen Ausbeutung der Werkätigen Israels und daran, daß die Wirtschaft des Landes weiter militarisiert wird.

Man muß es Begin und seinen Ministern lassen: Sie verstehen sich auf Demagogie. Sie behaupten, alle Entbehrungen der Werkätigen hingen von den „Sicherheitserfordernissen“ ab. Auch brauchten sie Zeit, um die Fehler der vorigen Regierung wiedergutzumachen. Bei der systematischen Hirnwäsche und dem Einfluß der nationalistischen Propaganda ist es begreiflich, warum viele Israelis die wahren Ansichten der Ultrarechten noch nicht durchschaut haben, die nun den Platz am Staatsruder und an der Futterkrippe ergattert haben. Viele lassen sich noch einreden, man könne den Nahostkonflikt ohne Berücksichtigung der Rechte der palästinensischen Araber aus der Welt schaffen und Israels Sicherheit garantieren, ohne die Schlüsselprobleme des Konflikts zu lösen.

Immer eindringlicher aber wird vor den gefährlichen Illusionen gewarnt, die die jetzige Regierung Israels weckt. Bezeichnend ist da ein Artikel in *Al Hamishmar* vom 31. Juli, in dem es heißt: „Wenn viele dem Gift der Weltflucht und künstlichen Illusionen erliegen, dann sind die Vernünftigen verpflichtet, zu warnen: Wenn man den blutigen Konflikt nicht beilegt, wird es wieder zu einem Krieg kommen, furchtbarer als alle früheren, und er wird keinerlei Probleme lösen.“

Die Regierung Begin weicht einer gerechten Behebung der Nahostkrise nicht nur aus, sie sucht sie auf die Spitze zu treiben. Das zeigt auch der ostentative Bau von Wehrdörfern in den besetzten Gebieten, die Ausdehnung der israelischen Gesetze auf sie und die zunehmenden Provokationen im Süden Libanons. Tel Aviv spielt mit dem Feuer.



PANAMAKANAL UND POTOMAC

Alexander SMIRNOW

Im Washingtoner Hauptquartier der OAS (Organisation der Amerikanischen Staaten) ging es am 7. September äußerst lebhaft zu. Vor zahlreichen Fernsehkameras wurde hier der neue Vertrag zwischen den USA und Panama über den Status des Kanals und ein weiterer über seine ständige Neutralität unterzeichnet.

Zu der Zeremonie waren die Staatschefs aller lateinamerikanischen Länder oder ihre Vertreter ins Weiße Haus eingeladen. Als Ehrengäste waren Ex-Präsident Ford und die ehemaligen Staatssekretäre Kissinger und Rogers anwesend.

Die Feststimmung war allerdings etwas getrübt. Über Washington ging eine Welle der Proteste dagegen hinweg, daß zur Feier auch Pinochet, der Chef der chilenischen Junta, Stroessner, der Diktator Paraguays, und Mitglieder anderer lateinamerikanischer Unterdrückungsregimes eingetroffen und von Präsident Carter mit offenen Armen empfangen worden waren.

Nach der Eröffnungsansprache OAS-Generalsekretär Orfilas unterzeichneten Präsident Carter und der panamaische Regierungschef General Torrijos beide Verträge.

Jetzt müssen die beiden Verträge vom US-Kongreß ratifiziert und von den Panamaern in einer Volksbefragung gutgeheißen werden. Darauf treten sie in Kraft und ersetzen den Panama 1903 aufgezwungenen Vertrag, nach dessen Artikel 3 die Kanalzone verwaltungstechnisch, legislativ und rechtlich unter die unbefristete Gerichtsbarkeit der USA gestellt wurde.

Nach dem neuen Vertrag über den Status des Kanals geht die Kontrolle über ihn von Jahresanbruch 2000 restlos an Panama über. Doch schon binnen 30 Monaten übernimmt Panama in der Kanalzone Polizei-, Zoll-, Feuerwehr-, Post-, Rechtsprechungs- und noch andere Funktionen. Dabei wird in der Zone nur das panamaische Straf- und Zivilrecht gelten und überall die Fahne Panamas gehisst sein.

Für die direkte Bewirtschaftung des Kanals selbst aber ist noch 23 Jahre die US-Regierung zuständig. Diese Obliegenheit wird ein

von ihr ernannter Ausschuß unter Leitung eines Rates, bestehend aus fünf Amerikanern und vier Staatsbürgern Panamas, versehen. Beim Vergeben von Stellungen, die mit der Bewirtschaftung des Kanals zusammenhängen, sollen Panameer bevorzugt sein. Die Zahlungen der USA an die Regierung Panamas für die Kanalbewirtschaftung, die bekanntlich sehr einträglich ist, sollen bedeutend höher sein, wenn auch nicht so hoch, wie Panama es verlangte. Für den Schutz und die Vertheidigung des Kanals werden, solange der neue Vertrag gültig ist, beide Staaten die Verantwortung tragen, aber Panamas Anteil daran wird stetig zunehmen. Die Militärstützpunkte der USA in der Kanalzone sollen bis zur Jahrtausendwende aufgelassen sein.

Dem zweiten Vertrag zufolge bekommen die USA das unbefristete Recht auf den „Schutz der Neutralität des Kanals“. Wie General Torrijos sagte, ist diese Bedingung „ein Schirm des Pentagons“, der sich „in Zukunft in eine ständige Handhabe für Interventionen verwandeln kann“. Dieses vielleicht größte Zugeständnis hat die Regierung Panamas gemacht, um die Lösung dieses für Panama lebenswichtigen Problems — die Anerkennung seines Hoheitsrechts über den Kanal durch Washington — endlich vom Fleck zu bringen.

Die nach 13 Verhandlungsjahren abgefaßten Dokumente stellen also einen Kompromiß dar.

Trotz der vielen für Washington günstigen Bestimmungen in den neuen Verträgen sind sie in politischen Kreisen der USA heiß umstritten. Der Hauptverfechter einer harten Politik ist der verhinderte Präsidentschaftskandidat Ronald Reagan, dieser Ultrakonservative, der den Vertrag über den Status des Kanals als Kapitulation der USA ansieht. Diese Einstellung des ehemaligen kalifornischen Gouverneurs erklärt sich mit seinem Wunsch, auch weiter die reaktionärsten US-Kreise anzuführen.

Die Hetze gegen Panama hat einen ausgesprochen antikommunistischen Einschlag. Reagan malt dem amerikanischen Kleinbürger ein „Vakuum im karibischen Raum“ an



die Wand, „das Fidel Castro und die Sowjetunion auszunutzen suchen werden“. Im gleichen Tonfall läßt sich der republikanische Senator James McClure vernehmen: „Die Übergabe der Souveränität über den Kanal an Panama wird das winzige Land ... zu einem Objekt kommunistischer Wühlakte machen.“ Senator William Scott fordert überhaupt, daß die Kanalzone zum 51. Bundesstaat der USA oder zumindest wie Portoriko zu einem „frei an die USA angeschlossenen Gebiet“ gemacht werden soll.

In die Proteste gegen die Veränderung des Status des Panamakanals haben sich viele reaktionäre Organisationen eingeschaltet. Die Amerikanische Konservative Union (ein aufschlußreicher Name) hat z. B. 20 000 Dollar für die Propaganda in der Presse gestiftet. Der erste Werbeslogan, den sie in dem südlichen Staat Mississippi vom Stapel ließ, lautete: „Kein Panamakanal in Panama. Wir lassen nicht zu, daß Präsident Carter ihn hergibt.“

Dabei zeugt der neue, kompromißlerische Vertrag über den Kanal keineswegs von einem besonderen Liberalismus der neuen US-Regierung, sondern eher von einer nüchternen Beurteilung der heutigen Situation in Lateinamerika, dessen Völker immer energischer gegen die unverhohlene imperialistische Herrschaft ankämpfen. Kurz nach der Wahl des neuen Präsidenten schrieb die *Newsweek*: „Die Regierung Carter sieht in den Verhandlungen über den Kanal eine Möglichkeit, Lateinamerika davon zu überzeugen, daß in den interamerikanischen Beziehungen eine neue Ära angebrochen sei.“ Die Befürworter des Vertrags haben wiederholt geäußert,

daß er den USA helfen soll, einen unmittelbaren Entrüstungsausbruch wegen des Kanals zu verhüten, der weitgehende Folgen nicht allein für Lateinamerika, sondern auch für den ganzen Komplex der Beziehungen der USA zu den Ländern der dritten Welt haben würde.

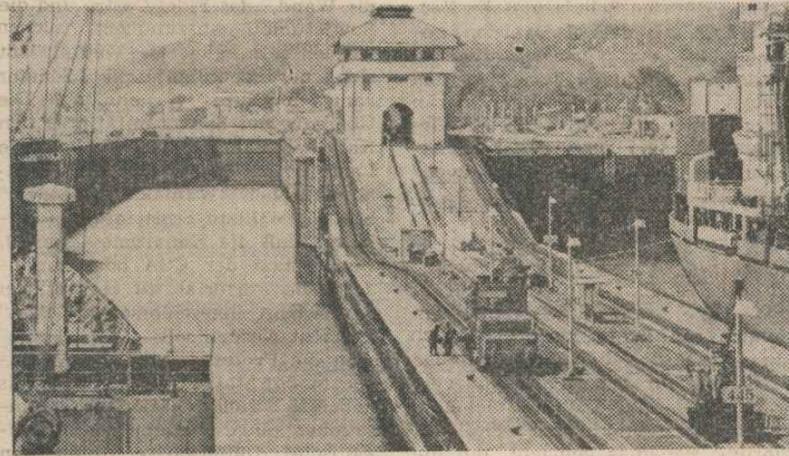
Noch bevor die abschließende Verhandlungsrunde im August zu Ende war, forderte Präsident Carter alle Mitglieder des Senats schriftlich auf, unvoreingenommen an den künftigen Vertrag heranzugehen. Einige Tage darauf riefen der Präsident und seine Assistenten alle Senatoren an, um sie vom Abschluß der Verhandlungen in Kenntnis zu setzen. Am 14. August spra-

chung faßt man den Abschluß der schwierigen, mehrjährigen Verhandlungen mit der Anerkennung des (wenn auch nicht vollständigen) Hoheitsrechts Panamas über seinen eigenen Landesteil als wichtigen Erfolg auf. Am 19. August ehrte die Nationalversammlung Panamas durch eine Minute des Schweigens die im Freiheitskampf Gefallenen. In der Sondertagung der Nationalversammlung hob General Torrijos hervor, daß die Verträge die nationale Würde der Panamaer stärken und ihnen früher Entrissenes zurückgeben: einen Teil des Landesgebiets, nämlich die Kanalzone, die nunmehr im Interesse der Nation benutzt werden solle. „Das ist der

zielten Vereinbarungen nüchtern ein, was aus der großen Diskussion über die Verträge erkennbar ist, über die Ende Oktober eine Volksbefragung abgehalten werden soll. Torrijos zufolge ist der Vertrag über den Kanal vor allem „insofern günstig, als er einen Termin für das Ende der kolonialen Präsenz der USA in Panama enthält“. Diese Bedeutung des Vertrags konstatieren auch ehemalige Präsidenten Panamas, die der Regierung gratuliert haben; ebenso die Gewerkschaften, Unternehmer und Studentenorganisationen des Landes.

Der Vertrag ist für Panama nicht nur politisch und moralisch wichtig. Er bietet ihm wirtschaftliche Aussichten. Früher bekam es von den USA für die Benutzung des Kanals 2,3 Mio Dollar im Jahr, jetzt aber wird es rund 80 Mio Dollar dafür erhalten. Das sowie die von Washington versprochenen Kredite werden, so meint man in Panama, eine Möglichkeit geben, allmählich der Not Herr zu werden, in der laut Presse 600 000 von den insgesamt 1,7 Millionen Bewohnern der Republik leben. Eine Reihe von Projekten zur Förderung der Agrarproduktion und zur Nutzbarmachung der Naturschätze soll ausgeführt werden. Schon jetzt ist eine große Regionalzentrale für Schiffsreparaturen geplant, ferner der Bau einer Ölleitung längs des Kanals mit Häfen zur Lagerung des Brennstoffs an beiden Kanalenden. Nach einer optimistischen Prognose, die ein Volkswirt Panamas aufgestellt hat, wird dieses bis 1990 mit dem Pro-Kopf-Einkommen seiner Bevölkerung den heutigen Stand Belgiens erreichen.

Aber das alles ist Zukunftsmusik. Noch steht ein beharrlicher Kampf für die Ausführung sämtlicher Vertragsbestimmungen, gegen Erpressungen und Demagogien am Potomac bevor. Panama denkt nicht daran, die eroberten Stellungen zu räumen. General Torrijos hat erklärt: „Sollte der US-Senat den neuen Vertrag über den Panamakanal nicht ratifizieren, so werden wir das als schlimmste Provokation von Seiten der USA auffassen müssen.“ Auch das Volk Panamas ist fest entschlossen, weiter für seine Rechte zu kämpfen. In diesem Kampf hat es die fortschrittliche Weltöffentlichkeit auf seiner Seite, dank deren Beistand Panama den Kräften des Imperialismus die Stirn bieten konnte.



chen die Leiter der US-Delegation bei den Verhandlungen, Ellsworth Bunker und Sol Linowitz, im Fernsehen. Sie sagten, der vereinbarte Wortlaut der Verträge liege durchaus im Interesse der USA, und forderten zu einer „Zweiparteienunterstützung“ für diese Urkunden auf. In den Tagen danach konnte sich das Weiße Haus der Zustimmung Ex-Präsident Fords und Ex-Staatssekretär Kissingers versichern. General Brown, der den Vereinigten Stabschefs vorsteht, traf sich seinerseits mit Ex-Generalen und -Admiralen, um ihre Zustimmung zu erhalten.

Dennoch sind sich die meisten amerikanischen Kommentatoren darüber einig, daß es nicht leicht sein wird, die neuen Verträge im Kongreß durchzubringen, um so mehr, als im Senat eine Zweidrittelmehrheit dafür erforderlich ist.

Wie haben nun die Panamaer auf den Kompromiß reagiert? In der kleinen mittelamerikanischen Re-

Der Panamakanal ist an der schmalsten Stelle Mittelamerikas gebaut, er verbindet den Atlantik mit dem Pazifik, ist 81,2 km lang, und seine sechs Zwillingsschleusen ermöglichen den Verkehr in beiden Richtungen

Auftakt zur Liquidierung des kolonialen Einsprengsels in Panama“, schloß er.

Tatsächlich ist das nur ein Anfang. In Panama ist man sich sehr wohl über die Unzulänglichkeit der Verträge und darüber klar, daß nicht alle langjährigen Bestrebungen des Volks von Panama darin ihren Niederschlag gefunden haben und daß der Vertrag über die Neutralität den USA das Recht läßt, nach eigenem Gutdünken ihre Truppen einzmarschieren zu lassen unter dem Vorwand, den Kanal vor einer Gefahr von außen schützen zu müssen. Alles in allem aber schätzen die Panamaer die trotz ständiger Erpressung und Druckausübung von Seiten der USA doch er-



BÜCHER AUS ALLER WELT

Die 1. Internationale Moskauer Buchmesse lief vom 6. bis zum 14. September. Über 1500 Firmen aus 65 Ländern zeigten ihre besten Erzeugnisse — die Arbeiten großer Denker und Wissenschaftler, belletristische und populärwissenschaftliche Literatur, Kinderbücher, Kunstbände, Werke über Geschichte, Medizin, Theologie und Sport — kurz gesagt, für jeden etwas.

Doch auch für diese Büchervielfalt gab es einen Rahmen, der von der Devise „Das Buch im Dienst des Friedens und Fortschritts“ abgesteckt war.

Man konnte durch die riesigen Ausstellungshallen viele Stunden gehen und dabei jedesmal etwas Neues, Interessantes finden: die große Sektion der bundesdeutschen Firmen, repräsentative Ausstellungen Polens, Ungarns und der anderen sozialistischen Länder, Stände von Verlegern aus Großbritannien, Irak, den USA, Algerien, Israel, Guinea-Bissau und Portugal u. a. Großen Raum nimmt die sowjetische Exposition ein, und das mit gutem Recht. Heute erscheint jedes siebte Buch der Welt in der UdSSR.

In den Räumen der Agentur für Urheberrechte der Sowjetunion wird verhandelt — wir sind ja hier nicht nur auf einer Ausstellung, sondern auch auf einer Messe.

Der portugiesische Verlag „Avante!“ erwarb das Recht, Leonid Breshnews Referat auf dem Mai-Plenum (1977) des ZK der KPdSU zu übersetzen und zu verlegen. 10 Kontrakt-

te über sowjetische utopische Literatur wurden mit der amerikanischen Firma Macmillan geschlossen. Der sowjetische Verlag „Detskaja literatura“ unterzeichnete einen Kontakt mit der japanischen Firma Kodansha und wird M. Matsutanis Erzählung „Hallo Katze“ herausbringen.

Der Chefredakteur des tschechoslowakischen Práce-Verlages, Josef Strougal, sagte, man habe vereinbart, I. Pikals und J. Daniels Psychologie der Arbeit ins Russische zu übersetzen und eine Reihe gemeinsamer Publikationen herauszubringen. Insgesamt sind mit Vermittlung der Urheberrechtsagentur über 1000 Kontrakte auf der Messe geschlossen worden.

Außerdem arbeiten ausländische Verleger erfolgreich mit V/O Meshdunarodnaja kniga zusammen. Allein in den ersten drei Tagen hat Meshdunarodnaja kniga Kontrakte über 55 Millionen Rubel abgeschlossen.

Vertreter westlicher Verlage und Buchhandelsfirmen sagten uns, sie hätten nicht mit einer so vorbildlichen Organisation und einer so herzlichen Gastfreundschaft gerechnet. Angenehm überrascht waren besonders jene, die zum erstenmal nach Moskau kamen. Zu ihnen gehört auch José Poyatos, der die spanische Firma INLE mit 80 Verlagen vertrat. An ihrem Stand waren die verschiedensten Exponate — von Kinderbüchern bis zu wissenschaftlicher Literatur.

„In Moskau verläuft die Messe sozusagen auf staatlicher Ebene: die feierliche Eröffnung, an der Minister teilnahmen, die Ansprache des UNO-Generalsekretärs und die Grußbotschaft des Ministerpräsidenten. Und wie entgegenkommend man zu uns ist!“, sagte uns Poyatos.

Über mangelnde Aufmerksamkeit brauchten sich die ausländischen Teilnehmer wirklich nicht zu beklagen. Als wir z. B. die Stände des bekannten britischen Pergamon-Verlages aufsuchten, war es nicht leicht, mit seinen Mitarbeitern zu sprechen. Ständig wurden sie mit Fragen überhäuft, läuteten die Telefone. Der Leiter des Pergamon-Verlages, Robert Maxwell, wurde gerade vom stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates, dem Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Wissenschaft und Technik, Wladimir Kirillin, empfangen.

Frau Ingrid Grimm vertritt den bundesdeutschen Bertelsmann Verlag. Ihre Firma arbeitet schon lange mit der sowjetischen Agentur für Urheberrechte zusammen. Sie zeigt uns Bücher mit Werken von Juri Trifonow, Walentin Rasputin und Oleg Kuwajew, die bei Bertelsmann erschienen sind, zudem einen Prospekt mit den geplanten Neuerscheinungen für den Herbst 1977. Er enthält Fotos sowjetischer Autoren und Annotationen ihrer Bücher.

Einige Stände afrikanischer Länder beeindrucken. Sie legen Zeugnis ab vom unterschiedlichen Entwicklungsstand dieser Staaten. Doch eines haben sie gemein: das Streben, die Unabhängigkeit, die eigene Kultur zu kräftigen.

Die Bücher am Stand der VR Moçambique berichten von der Freiheit, die in einem langen und opferreichen Kampf errungen wurde, vom Aufbau des neuen Lebens. Der Vertreter des Nationalen Instituts für Bücher und Schallplatten, Ruy Oliveira, zeigt uns die Verfassung Moçambiques, die in Massenauflagen erschienen ist.

Bakary Keita, kaufmännischer Direktor der „Libraport“ (eines Verlages aus Guinea), betont:

„Wir sind in die Hauptstadt eines Landes gekommen, dem wir zutiefst

verbunden sind. Und erfolgreich beginnen wir mit der Zusammenarbeit.“

Bekanntschaften, Kontakte und die Zusammenarbeit der Verleger entstehen nicht nur bei Geschäftsverhandlungen. Dazu trugen ferner Treffen im sogenannten Club der Fachgespräche bei. Dort wurden Gedanken über die Rolle des gedruckten Wortes in der Welt von heute, über das Anliegen und die Stellung des Verlegers in verschiedenen Ländern ausgetauscht. Bei den Treffen waren Presseleute zugegen. Das zeigt ein weiteres Mal, daß die Organisatoren der Messe einen möglichst offenen Charakter sowie günstige Voraussetzungen für die Geschäftstätigkeit und auch für einen breiten Meinungsaustausch schaffen wollten.

Vor diesem Hintergrund nehmen sich Versuche einiger westlicher Massenmedien besonders unsinnig aus, die Devise der Ausstellung anzugreifen und sich nicht sehr deutlich über „mangelndes Demokratieverständnis“ und „Hindernisse“ auszulassen. Wir fragten die Vertreterin des drittgrößten amerikanischen Verlages Harper & Raw, Marina Chatsky, ob ihre Firma irgendwelche Schwierigkeiten mit der Ausstellung ihrer Bücher hatte. Die Antwort war deutlich:

„Nein, es gab keinerlei Probleme. Wir haben 400 Bücher mitgebracht, die alle ausgestellt wurden.“

Doch die wahre Sachlage interessiert offensichtlich die professionellen Hetzer wenig.

„Wir leben in der Epoche der Entspannung“, sagte der Präsident des Friedensrates, Romesh Chandra, vor Journalisten. „Auch die jetzige Messe ist zweifelsohne ein großer Beitrag zu diesem Prozeß... Es gibt Leute, die für das Rüstungsrennen sind. Wir hingegen treten für einen Wettkampf im Buchwesen ein, für Völkerfreundschaft und Frieden.“

Sicher wird diese Buchmesse ein Echo in der ganzen Welt finden.

W. SHITOMIRSKI, W. ROSEN

LÄNDER UND KONTINENTE

AUS DEM „GOLDENEN DREIECK“

Assja STSCHEDROWA

„Meine Pussadi ist jetzt elf. Noch vor kurzem glaubte ich, ein glücklicher Vater zu sein, und nun dieses Unglück! Wo das Kind bloß die Droge hennimmt! Sie sagt, die Jungs geben ihr etwas ab. Jetzt ist sie schon süchtig, kann nicht zur Schule. Meine Frau und ich waren mit ihr im Krankenhaus. Ein schwerer Fall, sagte der Arzt. Ob sie geheilt werden kann?“

Das sagte mir ein geachteter Familienvater aus Din Daeng, einem Bangkoker Stadtviertel. Seine Kleine ist keineswegs der einzige Fall. Unlängst teilte die Leitung einer der exklusivsten Bangkoker Schulen mit, daß viele Schüler Rauschgift nehmen. Zu dem Geständnis nötigte sie der Herointod eines Schülers. Rauschgifthändler hatten sich in der Schule einen Kundenkreis geschaffen, die Lehrer wußten es, konnten aber nichts unternehmen, weil sie schwer bedroht wurden.

In Bangkok, dem Venedig des Ostens, erscheinen zahlreiche Reiseprospekte für die jährlich mehr als eine Million Touristen. Außer den Sehenswürdigkeiten wird auch das Nachtleben angepriesen, etwa so: „Es erwarten Sie schöne Frauen und schöne Rauschträume für wenig Geld.“

Die billigen Rauschgifte sind es, die ziemlich viele Touristen nach Thailand locken. Durch das Opium hat sich Bangkok bei einer bestimmten Sorte von „Touristen“ in den letzten 15—20 Jahren den Ruf des bedeutendsten Umschlagpunktes für Rauschgift erworben, das aus Südostasien nach Europa und Amerika geht.

Tagsüber herrscht auf der Sukhumvit-Straße, in deren Nähe unser Haus steht, die typische Atmosphäre eines Bank- und Geschäftsviertels. Abends ist sie wie verwandelt. Da wird in zahlreichen, zum Teil sehr zweifelhaften Lokalen ein

schwunghafter Rauschgifthandel getrieben. An den Lärm bei Razzien haben wir uns schon gewöhnt. Polizisten sperren die Gegend ab, schubsen wie in Trance befindliche Mädchen und junge Bürschchen im Haschisch- oder Marihuana-Rausch in ihre Wagen. Viele von diesen jungen Leuten sind Europäer. Die großen Fische sind aber verschwunden, bevor das Netz zugezogen wurde. Das Warnsystem der illegalen Händler funktioniert tadellos.

Die Stadt hat rund fünf Millionen Einwohner. Jeder fünfzehnte ist mehr oder weniger süchtig. Das sagte mir der Vizebürgermeister von Bangkok, Opas Thammavanit.

„Noch vor anderthalb Jahrzehnten bestand das Problem überhaupt nicht“, sagte Dr. Arun Chavansai. Als Mitglied des Komitees zur Bekämpfung der Rauschgiftverbreitung in den Schulen hatte er die Auslandskorrespondenten zu einer Aussprache hierüber eingeladen. Er fuhr fort:

„Im gebirgigen Norden wurde der Opiummohn allerdings schon in alten Zeiten angebaut, aber das Opiumrauchen war dort Sitte und älteren Leuten vorbehalten. 1959 waren in ganz Thailand nur 70 000 Opiumraucher behördlich bekannt.“

Die heutige offizielle Statistik sieht so aus: Über 700 000 schwer Süchtige, größtenteils junge Menschen zwischen 14 und 25 Jahren. Rechnet man aber alle mit, die regelmäßig das Gift nehmen, dann reicht die Zahl an eine Million heran.

„Von den Patienten, die bei den Bangkoker Krankenhäusern geführt werden, sind 70% jung“, fährt Dr. Chavansai fort. „Frustration und Unstimmigkeiten in der Familie treiben Menschen, die kaum ins Leben getreten sind, dazu, Trost in dem schließlich tödlich wirkenden Gift zu suchen. Allen zu helfen, sind wir

außerstande. Das Land hat nur vier Krankenhäuser, sie können nicht einmal den zehnten Teil der dringenden Fälle aufnehmen. Experimente mit ambulanter Behandlung sind angelaufen, sie reichen aber nicht einmal dafür, das Unglück abzuwenden, wenn es erst im Anzuge ist."

In Bangkok ist es nicht ruhig, nicht zuletzt durch das Rauschgiftunwesen. Täglich werden in der Landeshauptstadt (die merkwürdigerweise bei den Einwohnern Krungthep, Stadt der Engel, heißt) 7-8 Morde und Mordanschläge und bis zu 30 Diebstählen verübt sowie 7-8 Autos entführt. Es gibt hier Gegenden, in die sich nach Anbruch der Dunkelheit nicht einmal die Polizei hineinwagt. „Bangkok ist heute die heißeste Stelle der Giftsucht in der ganzen Welt“, schreibt bitter der dortige *Morning Express* und weist Thailand einen besonderen Platz in dem Opiumkrieg an, dessen Fronten über die Erde verstreut sind.

Opiumgefechte

Die bergigen Gebiete der Shan und der Kachin in Burma, Nordthailand und Nordlaos bilden das sogenannte Opium- oder goldene Dreieck. Auf 200 000 km² bauen die dortigen Stämme Opiummohn an und ernten zweimal jährlich. Die Käufer lassen nicht auf sich warten, denn die Erntetermine sind den reichen chinesischen Händlern und Schmugglern aus Thailand gut bekannt, ebenso wie den Aufrührerbanden, die sich in den Bergen Burmas versteckt halten, und den davon gekommenen Kuomintang-Leuten, die sich zum Teil zu „Auslandsbürgern der VR China“ erklärt haben. Wo der Mohn angebaut wird, ist er spottbillig. Die ihn pflanzen, haben keine Ahnung von den kolosalen Gewinnen der Aufkäufer.

Schwierig und gefährlich ist schon die Zustellung der „Ware“ aus den Bergen ins Tiefland. Die gewöhnlich aus 200-300 Mauleseln bestehende Karawane, die bis zu 12 t Opium befördert, wird von 300-400 Schwerbewaffneten begleitet. Unterwegs können sie auf Konkurrenten und — was immer öfter vorkommt — auf Regierungstruppen stoßen, die im Dreieck selbst gegen die Schmuggler eingesetzt sind. Sie sind bewaffnet und haben Hubschrauber. In den Grenzbezirken Burmas und Thailands allein sind sie über 4000 Mann stark.

Im Dreieck werden jährlich bis zu 700 t Rohopium gewonnen, wovon die Hälfte in Südostasien vertrieben wird. Die andere Hälfte geht illegal nach Europa und Amerika.

Solange in Indochina Krieg war, bestand ein aufnahmefähiger Markt an Ort und Stelle. Die Abnehmer waren Hundertausende von Soldaten und Offizieren des Interventenkörpers und manche der 50 000 amerikanischen Militärs, die in Thailand selbst permanent auf den Militärstützpunkten stationiert waren. Die beispiellose Nachfrage nach Rauschgiften spornete die Meo und andere Gebirgsstämme, unter denen sich CIA-Agenten betätigten, dazu an, die Anbauflächen für Mohn auszudehnen.

Während des Indochinakriegs wurde Opium aus dem Gebirge mit Transportflugzeugen der Air America, einer getarnten Zweigstelle der CIA, abtransportiert. Auch die Führer der Rechten von Laos waren an dem einträglichen Geschäft beteiligt.

Die junge VDR Laos ging daran, den Mißstand zu bekämpfen. Heute kann man sagen, daß sie aus dem Opiumdreieck als Produzent und als Absatzmarkt ausgeschieden ist. Die Volksmacht hat einen großen Teil der Mohnpflanzungen — der Mohn ist ja ein wertvoller Rohstoff für die Heilmittelindustrie — unter Kontrolle gestellt. Auf den übrigen Flächen werden andere Nutzpflanzen angebaut. Auch bemüht man sich in Laos darum, die Opfer der Sucht zu heilen und zu resozialisieren.

Auch die Regierung Burmas bekämpft die Erzeugung von Rauschgiften und den illegalen Handel mit ihnen. Sie ist darangegangen, die Mohnpflanzungen zu vernichten. Im Jahre 1975 allein sind über 10 000 Acre solcher Pflanzungen liquidiert worden.

Viele Maßnahmen stoßen aber auf hartnäckigen Widerstand der amerikanischen CIA, die in Burma und Thailand am illegalen Opiumgeschäft beteiligt ist. Lange stand sie in enger Verbindung mit dem „Opiumkönig“, dem Aufrührer Lo Sing Shan, der in schwer erreichbaren Gegenden Burmas sein Unwesen trieb. Voriges Jahr wurde er von einer thailändischen Streife gefasst und an die Regierung Burmas ausgeliefert. Er ist zum Tode verurteilt. Eine kuriose Einzelheit: Aus maßgeblichen Quellen ist bekannt, daß bei seiner Festnahme die CIA mitmischt, der er lästig geworden war.

Während der amerikanischen Aggression in Indochina ging Heroin massiv nach Amerika, u. zw. im Gepäck der aus dem schmutzigen Krieg heimkehrenden Soldaten. Jetzt bestehen zahlreiche See-, Luft- und Landwege für die Opiumbeförderung. Als der wichtigste wird der Luftweg Bangkok—Amsterdam bezeichnet. Wer nach Amsterdam, Brüssel oder Stockholm fliegt, wird auf dem Flugplatz von Bangkok besonders sorgfältig untersucht. Sogar auf Gift dressierte Hunde sind eingesetzt. Die Polizei betätigt sich sehr rege. Sie hat im Januar und Februar d. J. allein in Bangkok 2700 Groß- und Einzelhändler sowie Vertreter von Opiumtrusten und schließlich Giftsüchtige festgenommen. Voriges Jahr beschlagnahmte sie im ganzen Land rund 650 kg Heroin, etwa 300 kg Morphin, über 1300 kg Rohopium und 16 t Mäheruan.

Das sei aber nur ein Bruchteil der Rauschgifte, die nach dem Westen gehen, gesteht die Polizei.

Ja, sie und die anderen Behörden sind so gut wie machtlos gegen die mächtige Opiummafia, gegen Banden wie die Triade — eine Geheimorganisation chinesischer Opiumhändler — und ihre Feindin und Konkurrentin, die chinesische Unterweltbande Si Tong. Agenten der beiden betätigen sich in vielen Städten des Westens. Die Brüsseler Polizei hat unlängst mitgeteilt, ihr liegen Angaben über eine geheime Beteiligung Pekings am Opiumhandel in Europa und Amerika vor.

Hilfe für die Süchtigen

„Die Hauptsache ist es, die Seele zu retten“, sagte Phra Chamrun und faltete demütig die Hände. „Unser Kloster Thamcrabog ist vor 19 Jahren gebaut worden, und seit 15 Jahren heilen wir Süchtige. Die Sucht ist eine menschliche Schwäche. Mir sind viele Süchtige begegnet, und ich habe versucht, ihnen zu helfen. Leider hatte ich zu wenig Möglichkeiten dazu — bevor ich ins Kloster ging, war ich Polizist.“

Auf das Gelände des Tempels wurden wir erst gelassen, nachdem wir unsere Pässe vorgezeigt und Fragen nach dem Zweck unserer Reise und der Art der beabsichtigten Publikation beantwortet hatten. Erst dann durften wir zum Abt. Aber auch dort sprach lange sein Sekretär mit uns und suchte über uns Einzelheiten zu erfahren. Er war 26 und hatte ein College absolviert. Ja, es sei furcht-

bar, was mit der Jugend vorgehe. Wir müßten die Unglücklichen sehen, die jeden Tag vor der Aufnahmestation Schlange stehen. „Die Sünde herrscht über arm und reich. Die ersten verfallen ihr aus Verzweiflung, die zweiten aus Übersättigung. Unter den Patienten sind alte Leute — sie denken nicht daran, daß sie an der Schwelle zum ewigen Leben stehen — und kleine Mädchen, manche erst achtjährig und schon

gesessen. Die Mahlzeiten bestehen aus Reis und Gemüse, sie sättigen nicht sehr, sind aber kostenlos. Die Heilanstalt wird von Spenden unterhalten. Vor einem Jahr hat die Regierung 1 Mio Bat zugeschossen. Das Geld ist verausgabt, die Zahl der Neuaufnahmen mußte eingeschränkt werden, obwohl viele Gesuche vorliegen.

Endlich die Audienz beim Abt.
„Als Laie befaßte ich mich u. a.



Patienten des Thamcrabog-Klosters
Aus „Asiaweek“

sündig! Oft kommen Weiße, mit denen haben wir es schwerer. Sie können unsere Mixtur nicht einnehmen und gewöhnen sich schwer an das Einsiedlerleben. Die meisten sind Amerikaner, Australier und Bundesdeutsche.“

„Könnten wir uns nicht Ihre Heilanstalt ansehen?“

„Bitte sehr, warum denn nicht?“

Zwei Baracken. Eine, die Wohnbaracke, hat eine Frauen- und eine Männerabteilung, sie sind aber nicht ganz streng getrennt. In einer Ecke ganz hinten sehe ich einen jungen Europäer. Er ist den dritten Tag da, aber sein Zustand ist sehr ernst. Dann ist da einer, der kaum herauskommen wird. Er ist an einen Pfosten gekettet und windet sich im Schüttelfrost.

„Was ist mit dem Mann?“

„Er hat eine gefährliche Mischung aus Marihuana und Heroin genommen, davon verliert man den Verstand. Ich bin nicht sicher, daß wir ihn retten können.“

In der anderen Baracke wird ge-

Wie geht es weiter?

Wie akut für Thailand das Problem der Sucht und der Benutzung des Landes als Umschlagpunkt für die verbrecherischen Syndikate ist, das zeigt die Besorgnis, mit der darüber in der Presse und bei Regierungsstellen geschrieben und gesprochen wird. Im vorigen Sommer tagte in Chiangmai, der zweitgrößten Stadt Thailands und „Hauptstadt“ des Dreiecks, die erste euroasiatische Konferenz für die Bekämpfung der Rauschgiftsucht. Sie beschloß ein gemeinsames Vorgehen der betroffenen Länder gegen die mit jedem Jahr anwachsende Gefahr.

In Bangkok ist ein Komitee dafür gegründet worden, dem der Ministerpräsident vorsteht. Allerdings wird die vom Komitee beantragte Summe von 12 Mio Bat, wie die Presse voraus sieht, wesentlich gekürzt werden. Einem Programm folge werden 300 000 Gebirgler allmählich vom Mohnanbau dazu übergehen, Kaffee- und Pfirsichbäume, Bohnen und Blumen zu pflanzen. Das Programm wird schon seit einigen Jahren ausgeführt, hat aber noch keine nennenswerten Ergebnisse gezeigt. Bisher sind nur 0,3% der Gebirgsbauern davon erfaßt.

Demnächst sollen 18 t Rauschgifte, die auf staatlichen Speichern liegen, vernichtet werden. Ubrigens hat eine Kommission bei einer kürzlichen Überprüfung einen starken „Abfluß“ der Gifte festgestellt.

Immer neue Vorschläge zur Bekämpfung der Sucht im Lande, besonders unter der Jugend, werden gemacht. Beispielsweise sollten alle Abiturienten beim Beziehen einer Hochschule dieses Jahr einer speziellen ärztlichen Untersuchung unterzogen werden, gewisse Leute sorgten aber unter dem Vorwand, das wäre zu kostspielig, dafür, daß der Beschuß auf dem Papier blieb.

Für das Projekt zur Bekämpfung der Rauschgifte im Opiumdreieck haben die USA Thailand und Burma 12 Mio Dollar zur Verfügung gestellt, natürlich nicht aus purer Großmut, sondern weil sie selbst Millionen Süchtige haben und das Opium aus dem Dreieck in den USA einen äußerst günstigen sozialen Nährboden hat.

Vorläufig wird einem auf der Sukhumvit-Straße, nachdem da wieder einmal eine Razzia veranstaltet worden ist, noch seelenruhig Rauschgift zum Kauf angeboten.

Bangkok

DISKUSSION MIT DEM LESER

Ich habe gelesen, daß Ihre Studenten in den Sommerferien auf Bauten arbeiten geschickt werden. Sie tun mir leid. Nach monatelangem Studium haben sie doch wohl ein Recht darauf, sich zu erholen.

Filippe BUNEL
Genf



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Albert PIN

Ja, Herr Bunel, im Sommer sieht man auf vielen unserer Baustellen Bautrupps aus Studenten und Studentinnen. Mehr noch, man findet schwerlich eine Gegend unseres Landes, wo sie nicht eingesetzt wären.

Die Studenten selbst nennen das ihr Arbeitssemester. Der Klarheit halber will ich gleich sagen, daß der Einsatz völlig freiwillig ist. Auf eigene Initiative von Studenten kamen vor etwa 15 Jahren solche Bautrupps zustande. Jetzt beteiligen sich jedes Jahr bis zu 20% aller Studenten an ihnen. Das Recht zur Teilnahme will verdient sein. Berücksichtigt werden die ehrenamtliche Beteiligung und die Fortschritte beim Studium — wer damit im Rückstand ist, wird abgewiesen.

Studentenbautrupps haben dieses Jahr u. a. auf 110 Komsomol-Großbauten gearbeitet, die wegen ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung auch im Ausland bekannt sind. Es waren die Baikal-Amur-Magistrale (die BAM), die Autowerke an der Kama und Wolga, das Atomkraftwerk von Tschernobyl in der Ukraine und das von Bilibino auf der Tschuktschenhalbinsel, das elektrometallurgische Kombinat in Oskol im Raum der Kursker Magnetanomalie, eine Forschungszentrale im sowjetischen Fernen Osten usw. usf. Im vorigen, dem neunten Planjahr fünf haben Studenten Buarbeiter für rund 5 Md. Rubel ausgeführt.

Die Studentenbautrupps tragen also viel zur Erfüllung unserer volkswirtschaftlichen Aufgaben bei. Für sie selbst aber ist das eine vorzügliche Schule.

So ein Trupp ist eine selbständige Gemeinschaft mit bestimmten Aufgaben und Pflichten, für deren Erfüllung jeder einzelne und alle zusammen verantwortlich sind. Er hat einen Leiter, einen politischen Leiter und einen Vorarbeiter. Die Studenten lernen die Arbeit organisieren und leiten, was ihnen als künftige Fachkräfte gut zustatten kommen wird.

Unsere Studenten arbeiten im Sommer aber nicht nur auf Bauten, sondern auch in Geschäften, Cafés, Eisenbahngütern und Krankenhäusern, bei der Gemüse- und Obstzüchtung, in Betrieben der Leicht- und der Nahrungsmittelindustrie. Immer mehr Studententrupps spezialisieren sich auf bestimmte Arbeiten: auf das Legen von Fernsprechleitungen in Dörfern, auf die Instandhaltung der maschinellen Anlagen in der Viehzucht, auf das Restaurieren von Bauten usw.

Bestimmt wissen Sie, Herr Bunel, daß viele Studenten auch im Westen während der Ferien arbeiten, gewöhnlich aber nur, um zu verdienen. Das Arbeitssemester der sowjetischen Studenten hat in erster Linie einen anderen Zweck: Sie beteiligen sich praktisch am kommunistischen Aufbau. Natürlich wird ihre Arbeit auch bezahlt, u. zw. nach den geltenden Lohnsätzen im Einklang mit ihrer Eignung. Oft arbeiten

sie jedoch kostenlos für das Allgemeinwohl. Vielen Studententrupps ist es Ehrensache, ihre Arbeit besonders gut zu machen, sagen wir eine Schule, einen Kindergarten oder einen Klub tipiopp zu renovieren, ein Denkmal von Helden unseres Landes zu restaurieren oder zu setzen. In der alten Stadt Gschatsk, in der der erste Kosmonaut geboren wurde und die jetzt Gagarin heißt, sind für Geld, das Studenten erarbeitet hätten, eine Schule, ein Krankenhaus und ein Hotel gebaut und im Zentrum ein Platz und Straßen modernisiert und verschönert worden.

Natürlich ist es mit Schwierigkeiten verbunden, die Arbeit und Versorgung großer Studententrupps in die Wege zu leiten, besonders in entlegenen Gegend und bei kurzem Aufenthalt. Den Leitern von Bauten, Betrieben, Kolchosen und Sowchosen wird es zur Pflicht gemacht, den Studenten gute Arbeitsverhältnisse und Erholungsmöglichkeiten zu bieten. Leider kann nicht immer allen Ansprüchen der Jugend genügt werden, aber zu bemitleiden ist sie keineswegs, das würde sie sich auch nicht gefallen lassen. Sie kehrt in gehobener Stimmung, gekräftigt und abgehärtet in die Hörsäle zurück, froh in dem Bewußtsein, etwas Nützliches für die Allgemeinheit geleistet zu haben.



Wieviel Monarchien
gibt es noch auf Erden?

M. Jagdyew
Mary, Turkmenische SSR

Ihre Zahl sinkt unaufhaltsam. In den letzten Jahren sind die Monarchien in Afghanistan, Kampuchea, Laos und Äthiopien aufgehoben worden. Nur eine neue ist entstanden: das Zentralafrikanische Reich unter Kaiser Bokassa I.

Die meisten noch bestehenden Monarchien sind konstitutionell, die Macht des Monarchen ist also durch eine Verfassung beschränkt, die Legislative ist an das Parlament und die Exekutive an die Regierung übergegangen. Gewöhnlich repräsentiert er, aber er regiert nicht. Monarchien sind folgende unabhängige Länder: Bahrein, Belgien, Bhutan, Dänemark, Großbritannien, Iran, Japan, Jordanien, Katar, Ku-

weit, Lesotho, Liechtenstein, Luxemburg, Malaysia, Marokko, Monaco, Nepal, die Niederlande, Norwegen, der Oman, Saudi-Arabien, Schweden, Spanien, Swasiland, Thailand, Tonga, der Vatikan und das Zentralafrikanische Reich. Zu den Monarchien werden auch die sieben Vereinigten Arabischen Emirate gezählt, diesem Staatengebilde steht jedoch ein Präsident vor.

Zehn von den 36 Staaten, aus denen das von Großbritannien geführte Commonwealth besteht (mit Ausnahme von Großbritannien selbst, Lesotho, Malaysia, Swasiland und Tonga, die eigene Monarchen haben) sind insofern Monarchien, als an ihrer Spitze nominell die Königin von England steht. Es sind: Australien, die Bahamas, Barbados, Fidschi, Grenada, Jamaika, Kanada, Mauritius, Neuseeland und Papua-Neuguinea.

Bezahlte Empörung



Vor einiger Zeit, meldete der britische *Guardian*, wurde in Washington eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet, die bei den Erzreaktionären Unzufriedenheit hervorrief. Und siehe da: Präsident Carter erhielt eine halbe Million gleichlautender Protestbriefe. Das gleiche wiederholte sich, als ein Gesetzespaket über eine gewisse Vereinfachung des Registrierungssystems bei den Wahlen erörtert wurde. Wie sich herausstellte, war die „spontane Mißbilligung“ in beiden Fällen von einer speziellen Firma organisiert. Sie hat Listen von Personen, die für ihre ultrakonservativen Ansichten bekannt sind, und gibt sie gegen Bezahlung an jene weiter, die daran interessiert sind, einen „Empörungssturm“ hervorzurufen.

Hochstapler

In der Londoner Filiale der französischen Bank Société Générale erschien ein Kunde, der sich als „bevollmächtigter Vertreter von acht saudiarabischen Prinzen“ ausgab. Er legte Abholerausweise für 375 Mio Dollar vor. Ob nun die Angestellten die Höhe dieses Betrages stutzig machte oder ob die Zahl der Prinzen Verdacht auslöste — man beschloß, Recherchen anzustellen. Die Polizei ermittelte, daß der Be-

sucher eine Schieberbande vertrat und die falschen Dokumente von zwei Mitarbeitern der Toulouser Filiale dieser Bank stammten.

Tempora mutantur

Eine Hauptstütze des Rassismus, der Senator des US-Staates Südkarolina Strom Thurmond, erklärte wiederholt, keinerlei Gesetzgebungsakte könnten das System der Segregation in den Südstaaten ändern. Doch kürzlich brachte der 74jährige Senator höchstpersönlich seine sechsjährige Tochter in die erste Klasse einer Schule, an der Schwarze und Weiße gemeinsam unterrichtet werden. Ob sich Thurmonds Anschauungen so grundlegend gewandelt haben? Oder ist der Grund vielleicht darin zu suchen, daß Senatswahlen bevorstehen? Offensichtlich bringt selbst im amerikanischen Süden der zügellose Rassismus schon nicht mehr die früheren politischen Dividenden.

Schwacher Trost



40 Mio Pfund Sterling kostete die Anlegung eines U-Bahnsystems im Raum Liverpool (Großbritannien). Doch die uralten Loks brauchten immer wieder Reparaturen, die Züge verspäten sich und bleiben bisweilen in den Tunnels stecken. Die Bahndirektion hatte nur den schwachen

Trost anzubieten, daß 70% der Züge allen Unbilden zum Trotz fahrplanmäßig verkehren.

Ausgebliebene Sensation

Fast zwei Jahrhunderte nach ihrer Einrichtung öffnete die sogenannte Inferno-Abteilung der Französischen Nationalbibliothek ihre Pforten einem breiten Publikum. Früher konnte sich nur ein kleiner Kreis von Literaturwissenschaftlern an den dort gesammelten Erotica ergötzen. Obgleich jetzt auch die letzten Schranken gefallen sind, kam es nicht zu dem befürchteten Besucheransturm. Die „verbotene Frucht“ ist durch die vielen Pornoreiße so uninteressant geworden, daß eine Sensation ausblieb.

Black and White



Der Wagen der Johannesburger Taxifahrerin Susanna Meyer befördert nur Weiße. Frau Meyer glaubte unerschütterlich an die Apartheid. Doch jetzt haben die südafrikanischen Rassisten sie plötzlich zu einer Gegnerin gemacht. Frau Meyer hieß eine sonnengebräunte französische Touristin für eine „Farbige“, und als jene sich empörte, forderte sie den Fahrgäst auf, ihren Paß vorzuweisen. Die Touristin zog daraufhin einen anderen, weniger mißtrauischen Taxifahrer vor. „Habt ich etwa in meinen Augen einen Farbmesser?“ jammert Frau Meyer. Ohne die rassistischen Gesetze generell anzuzweifeln, verlangt sie jetzt, in ihrer

Taxe Menschen ohne Unterschied transportieren zu dürfen. Sonst könnte das mal ein schlimmes Ende nehmen!

Prost!

Der Vorsitzende des Unterausschusses des US-Senats für Alkoholismus und Drogenmißbrauch, William Hathaway, kritisierte scharf die Ergebnisse einer medizinischen Untersuchung, die die Bundesbehörden finanziert hatten. „Die Statistik zeigt, daß der Alkoholismus zu den ersten Problemen des Gesundheitswesens gehört. Mit Erstaunen sieht man, wie Mediziner, die zudem Mittel aus Bundesfonds erhalten, faktisch die Menschen zum Alkoholmißbrauch bringen...“, erklärte Hathaway zum Bericht, in dem behauptet wird, daß Alkohol, allerdings in Maßen, vor Herzkrankheiten schütze. Waren vielleicht Firmen aus der Spirituosenbranche an der Finanzierung der Untersuchung beteiligt?

Pferd und Reiter



Laut einer kürzlichen Umfrage in den USA hat die Zahl der Angestellten, die mit ihrer Arbeit unzufrieden sind, den höchsten Stand seit 25 Jahren erreicht. Doch die gleiche Umfrage zeigt, daß 91% der Manager nicht über ihr Los klagen.

Die 27. Pugwash-Konferenz hat ein lebhaftes internationales Echo ausgelöst, nicht zuletzt wegen der Situation, in der sie verlief: Die fortschrittliche wissenschaftliche Öffentlichkeit ist beunruhigt über die Schritte der US-Administration, die die Gefahr einer neuen Runde im Wettrüsten heraufbeschwören. Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Frage der Neutronenbombe und der Flügelraketen als neues Mittel zur Beförderung der Kernwaffen. Besorgniserregend ist auch die Gefahr einer globalen Ausbreitung der Kernwaffen, die sich u. a. aus den geplanten Kernwaffentests im Süden Afrikas ergibt.

Die Diskussionen auf der Konferenz widerspiegeln ferner die Unruhe über die Verzögerung der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen sowie der Wiener Gespräche über den Abbau von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa. Die Verantwortung für diese Verzögerung tragen bekanntlich jene Verhandlungsteilnehmer, die sich über die Prinzipien gleicher Sicherheit der Seiten hinwegsetzen und einseitige Entscheidungen durchzubringen versuchen.

Bestimmte Kreise mindern die Bedeutung der Deklaration von Pugwash herab. Einige Rundfunkstimmen reden ihren Zuhörern ein, die Aufrufe der Konferenzteilnehmer an die Regierungen hätten keine wesentliche Bedeutung, und der Sinn der Pugwash-Bewegung selbst sei fraglich.

Eine überzeugende Antwort darauf ist die Grundsatzdeklaration anlässlich des 20jährigen Bestehens der Pugwash-Konferenzen. Sie enthält eine präzise und vielseitige Analyse der internationalen Entwicklung. Die Wissenschaftler verweisen auf die großen Errungenschaften — die Entspannung anstelle des kalten Krieges, einen gewissen Fortschritt bei der Begrenzung der Kernwaffen — und vertreten die Auffassung, daß die Pugwash-Bewegung dabei eine aktive Rolle gespielt hat. Zugleich wird betont, daß dies noch bei weitem nicht genügt, um die Gefahr eines thermonuklearen Brandes zu beseitigen. Die Pugwash-Bewegung fordert die Wissenschaftler zum aktiven Kampf um die friedliche Zukunft der Menschheit auf und stellt fest, daß die Grundideen des Einstein-Russell-Manifestes nach wie vor aktuell sind.

DEKLARATION DES PUGWASH-RATES

Beschlossen von der 27. Pugwash-Konferenz (München, 24.–29. August 1977)

Im Lichte der Diskussionen der 27. Pugwash-Konferenz über die Wissenschaften und die Weltpolitik hält der Rat der Pugwash-Bewegung es für seine Pflicht folgende Deklaration zu veröffentlichen:

Die Welt geht einer neuen, intensiveren und gefährlicheren Runde des Wettrüstens entgegen.

Unser Gefühl der Dringlichkeit und der gewachsene Gefahr ist durch drei Faktoren bedingt:

1. Neue Massenvernichtungswaffe

Es besteht die Absicht, die Neutronenbombe mitten in Europa zu stationieren. Sie wird manchmal „sauber“ und schadenfrei genannt. In Wirklichkeit aber ist sowohl ihre tödliche Strahlenwirkung als auch der kurz- und der langfristige biologische Schaden, den sie verursacht, viel größer als bei den bestehenden Kernwaffen vergleichbarer Stärke. Beim Eindringen von Neutronen in den Boden entsteht eine starke induzierte Radioaktivität. Wegen ihrer relativ geringen Größe verwischt sie den Unterschied zwischen konventionellen und nuklearen Waffen und macht den Kernwaffeneinsatz wahrscheinlicher.

Die Neutronenbombe ist jedoch nur eine der neuen Waffen, die jetzt in die militärischen Kapazitäten eingeführt werden, die anderen sind Flügelraketen, bewegliche ballistische Raketen usw. Sie sind häufig

provokatorisch und deshalb destabilisierend. Ihr Aufbau läßt sich mit nationalen Mitteln nicht kontrollieren und blockiert folglich Versuche der Kontrolle. Außerdem nimmt die Zahl von Kernsprengköpfen weiter zu.

Die Einführung all dieser neuen Waffen bei den Streitkräften muß gestoppt werden.

2. Weiterverbreitung

Mitteilungen über einen in der RSA unmittelbar bevorstehenden Kernwaffenversuch haben auf der Konferenz ernste Besorgnis ausgelöst. Die Erklärungen der RSA-Regierung, sie habe nicht solche Absichten, haben die Unruhe nicht entkräftet. Wird die RSA Kernwaffen haben, so ist das eine schwere Gefahr für die Völker Südafrikas und der ganzen übrigen Welt. Es ist notwendig, die dortige Entwicklung intensiv und unermüdlich zu überwachen. Jede Zusammenarbeit mit der RSA auf dem Gebiet der Kernwaffen, ob auf Regierungs-, der kommerziellen oder der wissenschaftlichen Ebene, muß eingestellt werden.

Sollte bewiesen werden, daß die RSA Kernwaffen herstellt, muß man die UNO zu wirksamen Sanktionen auffordern.

Aber die RSA ist nur die akuteste und direkteste Unruhequelle. Aus verschiedenen Gebieten der Welt

kommen immer wieder alarmierende Nachrichten darüber, daß Staaten nach Kernwaffen streben. Wir verurteilen eindeutig alle Schritte zur weiteren Verbreitung von Kernwaffen.

3. Versagen bei der Rüstungskontrolle

Trotz endloser Anstrengungen sind Fortschritte bei der Begrenzung der Rüstungen und bei der Einstellung des Wettrüstens beinahe unsichtbar. Überall spürt man, daß es nicht weitergeht. Besonders unheilvoll ist das bei den Genfer SALT-Verhandlungen und den Wiener-Verhandlungen über die gegenseitige partielle Reduzierung von Streitkräften in Mitteleuropa.

Für die mangelnden Fortschritte liegen keine militärischen Gründe vor. Ein niedrigeres Niveau der Rüstungen würde keine Nation in ihrer Sicherheit bedrohen, vielmehr stärken. Die Hindernisse sind politischer Art, und um sie zu überwinden, bedarf es nur politischen Willens und politischer Entscheidungen.

Wir rufen die Oberhäupter der beteiligten Regierungen und Staaten der ganzen Welt — besonders der USA und der UdSSR — auf, die Einführung neuer Waffen zu stoppen und das Wettrüsten umzukehren.

Wir rufen die Männer und Frauen überall auf, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um angesichts unserer gemeinsamen Gefährdung die Regierungen zur Erkenntnis und zum Handeln zu bringen.

Wir von der Pugwash-Konferenz verpflichten uns erneut, eine Welt anzustreben, die in Frieden lebt.

GRUNDSATZERKLÄRUNG DER PUGWASH-BEWEGUNG

Vor 20 Jahren, im Juli 1957, traf eine Gruppe von Wissenschaftlern aus Ost und West im kanadischen Dorf Pugwash zusammen, um die Gefahr zu erörtern, die der Menschheit aus der Entwicklung der H-Bomben erwuchs. Auf diese Weise entstand die Pugwash-Bewegung. Sie wurde in einem Manifest angekündigt, das Bertrand Russell, Albert Einstein und weitere neun herausragende Wissenschaftler 1955 veröffentlichten. Sie forderten alle Wissenschaftler auf, zusammenzukommen, um die neue Gefahr zu analysieren und die Regierungen zum Verzicht auf Krieg und zur Suche nach friedlichen Mitteln zur Beilegung von Streitigkeiten aufzurufen.

Gegenwärtig beteiligen sich über die alljährlichen Konferenzen, Symposien und Seminare mehr als 1000 Natur- und Gesellschaftswissenschaftler als Privatpersonen an der weltweiten Pugwash-Bewegung. Der für die Pugwash-Diskussionen charakteristische offene und freie Meinungsaustausch zwischen den Wissenschaftlern aus der ganzen Welt, unbeschadet ihrer ideologischen und politischen Überzeugungen, gipfelte sehr bald in einem breiten Einvernehmen über die wichtigsten Probleme und grundlegenden Momente der Weltlage.

In den letzten 20 Jahren wurde ein Fortschritt bei der internationalen Billigung von Maßnahmen der Kontrolle über das Anwachsen und die Weiterverbreitung der Kernwaffen erzielt. Das sind der Vertrag von 1963 über ein teilweises Verbot der Kernwaffenversuche, der Vertrag von 1968 über die Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen, die Verträge über das Verbot, Kernwaffen im Weltraum und auf dem Meeresgrund unterzubringen (1967 bzw. 1971), der Vertrag über Raketenabwehrsysteme (1972) und andere Vereinbarungen, die bei den SALT-Gesprächen erzielt wurden. Diese Maßnahmen der Kernwaffenkontrolle vermindern die Spannungen, die Kriegsgefahr und festigen den Geist der Entspannung in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Die Schlufakte der Helsinki-Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (1975) hat die Perspektive eröffnet, daß Europa nie mehr der Herd eines weltweiten Brandes sein wird. Die Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Hortung biologischer Waffen (1972) bestätigt die Möglichkeit, sich über die Liquidierung der Massenvernichtungswaffen zu einigen.

Eine aktive Rolle spielte bei diesen Erfolgen die Pugwash-Bewegung.

Aber diese Maßnahmen genügen bei weitem nicht, um die äußerste Gefahr einer nuklearen Annihilation zu bannen. Das Wettrüsten auf dem Gebiet der nuklearen wie auch der konventionellen Waffen geht weiter und verstärkt sich sogar. Die schwelenden regionalen Konflikte können jeden Augenblick hervorbrechen und auf den ganzen Erdball übergreifen. Unser Ziel — totale Abrüstung — rückt von uns, nach allem zu urteilen, in eine immer weitere Ferne, da sich die Regierungen bei der Suche nach der Beilegung ihrer Differenzen noch immer auf militärische Stärke verlassen.

In den vergangenen 20 Jahren erzielten die Wissenschaft und Technik neue Leistungen, die, wenn richtig genutzt, den wichtigsten Bedarf an Nahrung, Kleidung, Gesundheitsschutz und Wohnungen für alle weitgehend befriedigen, sowie das materielle und geistige Wohlergehen fördern könnten. Statt dessen werden großartige wissenschaftliche Bemühungen und technische Ressourcen auf destruktive Ziele umgestellt, was eine immense Vergeudung menschlicher und materieller Ressourcen nach sich zieht. Die Kernwaffenarsenale werden immer größer, je komplizierter die Waffen und die Beförderungsmittel werden. Die Anzahl von Ländern, die Kernwaffen herstellen können, nimmt zu. Ständig kommen neue Formen der Massenvernichtung von Menschen auf. Alle Länder verausgaben die lebensnotwendigen Ressourcen, um Waffen von immer größerer Vernichtungskraft zu horten. Mit jedem Tag wird der Planet immer mehr gefährdet.

Unter diesen Umständen erfordern die Ziele, denen die Pugwash-Bewegung schon immer gedient hat, auch künftig unsere unablässige Unterstützung.

Das Hauptanliegen der Pugwash-Bewegung bleiben die Abrüstungsprobleme und die damit zusammenhängenden Probleme der internationalen Sicherheit. Der Vorrang gilt auch künftig der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit aller Länder der Erde zu friedlichen Zwecken, d. h. jenen Kettengliedern, die Frieden, Abrüstung und wirtschaftliche Entwicklung miteinander verbinden.

Man muß die Bemühungen erneuern, um das Wettrüsten einzustellen, alle Kernwaffen zu reduzieren, ja

zu vernichten und nicht nur die Kontrolle über ihre Ausbreitung anzustreben. Neue Waffen und neue Kriegsführungsmitte, die auf neuen Technologien basieren, müssen im Keim ersticken werden. Jede Gelegenheit ist wahrzunehmen, um die Hauptursachen von Zwillingskriegen und Kriegen zu beseitigen, die Gemeinsamkeit der Interessen der Nationen erkennen zu lassen und die Sache der Abrüstung und des Friedens voranzubringen.

Eine große Errungenschaft der vergangenen 20 Jahre war, daß anstelle des kalten Krieges zwischen Ost und West die Einsicht in die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz und Zusammenarbeit — als Déjà-vu bekannt — getreten ist. Die Entspannung kann umkehrbar gemacht werden, wenn sie organisch in die internationalen Beziehungen eingefügt und auf alle Regionen der Welt ausgedehnt wird. Es gilt, zur Konzeption des nuklearen Eindämmens, die auf der Gefahr der sicheren gegenseitigen Vernichtung beruht, eine Alternative zu finden. Die trügerischen neuen Doktrinen eines „partiellen“, „begrenzten“ und „annehmbarer“ Kernkriegs sind entschieden abzulehnen und durch positive Maßnahmen zur Förderung von Zusammenarbeit und Frieden auf völkerrechtlicher Grundlage zu ersetzen. Es müssen Mittel ausfindig gemacht werden, um mit dem weltweiten Anwachsen der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zu militärischen Zwecken sowie mit der Rivalität in diesem Bereich Schluß zu machen, da dies der Nährboden für das Wettrüsten ist und unsere Versuche behindert, die Rüstungen unter Kontrolle zu nehmen. Die Wissenschaftler sind für diesen Aspekt des Wettrüstens besonders verantwortlich.

Ferner müssen wir darauf hinwirken, die Faktoren zu beseitigen, die enorme und immer breiter werdende Kluft zwischen den hochentwickelten Industrie- und den Entwicklungstaaten verursachen. Hunger und Elend bleiben Norm für einen sehr großen Teil der Erdbevölkerung. Die Ressourcen der Welt werden vergeudet ohne Berücksichtigung der heutigen Ungleichheit und der künftigen Erfordernisse. Diese traurige Sachlage ist unvereinbar mit der Erreichung einer gerechten und humanen Weltordnung und gefährdet den Weltfrieden.

Pugwash begrüßt die zunehmende Beteiligung von Wissenschaftlern aus der dritten Welt an allen Aspekten seiner Arbeit. Sie haben bereit bei der Abfassung des Kodexes von Regeln für die Übermittlung von Technologien geholfen. Die Wissenschaftler aller Länder müssen auch künftig gemeinsam daran denken, welchen Beitrag die Wissenschaft und Technik zur Schaffung einer gerechten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ordnung in der Welt leisten können. Zu diesem Zweck müssen wir Fragen untersuchen wie die Wege zur Erweiterung der Verpflichtung der reichen Länder, die unabhängige, selbständige Entwicklung der ärmeren Länder zu beschleunigen; die

Schwächung des Drucks, der die Erhöhung des Rüstungsniveaus in der dritten Welt nach sich zieht; die Beseitigung der militärischen und nichtmilitärischen Gefahren für die Unabhängigkeit und Sicherheit der Entwicklungstaaten; die Durchführung von Maßnahmen, die eine verantwortungsbewußte und gerechte Verteilung der Weltressourcen garantieren; Überwindung des Hungers überall in der Welt; wirksame Mittel zur Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Potentials in der schwachentwickelten Welt.

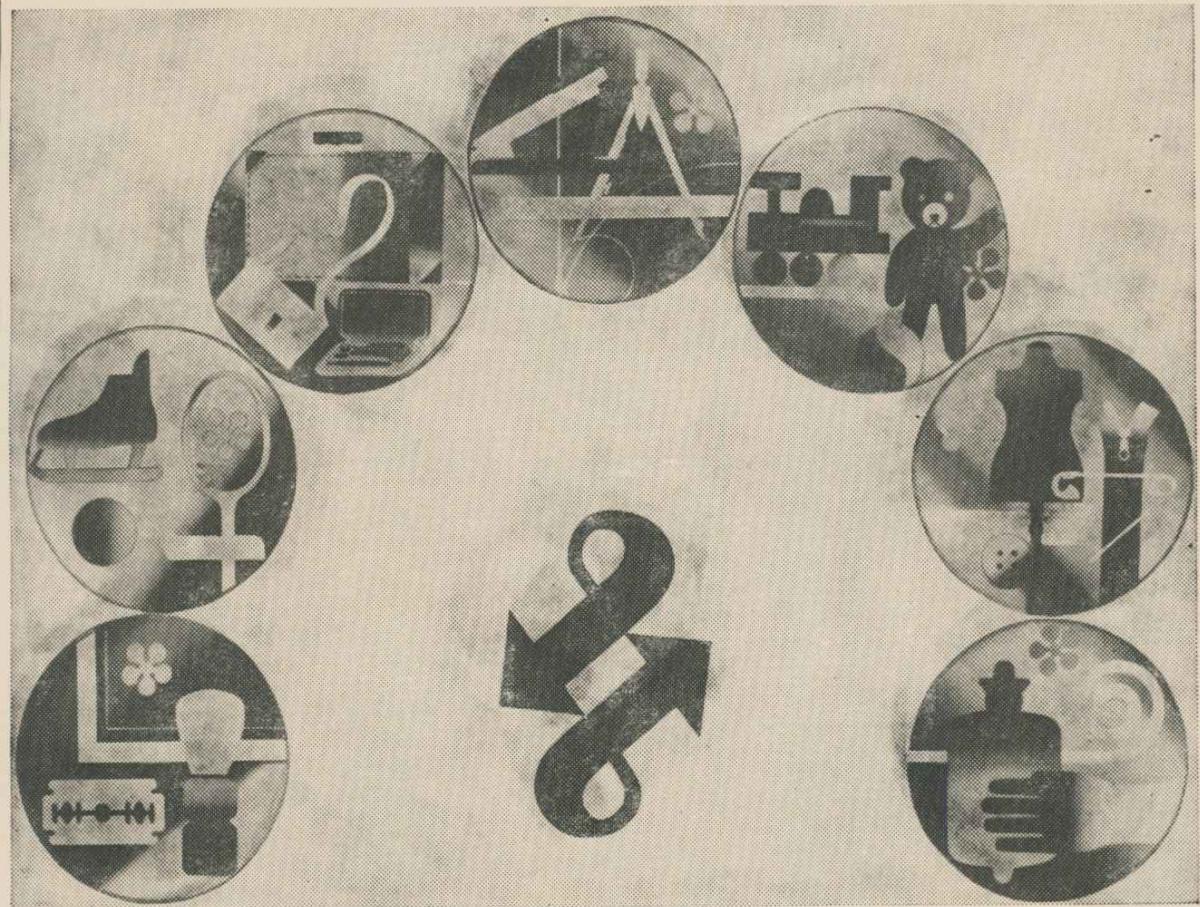
Ein Fortschritt in der wirtschaftlichen Entwicklung und bei der gerechten, demokratischen Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen wird die Entspannung stabilisieren und zur Lösung der Abrüstungsprobleme beitragen. Die Verbesserung des internationalen Klimas und die Festigung der internationalen Sicherheit werden ihrerseits den Staaten die Möglichkeit bieten, einen ständig wachsenden Anteil der gewaltigen finanziellen Mittel, die heute für die Rüstung und sonstige militärische Zwecke verausgabt werden, den Entwicklungszielen zuzuführen. Somit sind die Pugwash-Themen Abrüstung und Entwicklung ein wichtiger Bestandteil der umfassenderen Bemühungen für eine Welt in Frieden.

Die internationale Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und technischen Experten wird zu einem immer wichtigeren Faktor bei der Lösung von Weltproblemen. Deshalb ergreifen wir diese Gelegenheit, um die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen erneut aufzurufen, an der Rettung der noch immer gefährdeten Zukunft der Menschheit aktiv teilzunehmen.

An der Schwelle zum dritten Jahrzehnt der Pugwash-Bewegung sind die Grundideen des Einstein-Russel-Manifestes aktuell wie eh und je. „Wir müssen ein neues Denken lernen“, sagten sie, als sie uns das erste Mal einberiefen. „Wir sprechen in diesem Fall nicht als Vertreter eines Landes, eines Kontinents oder eines Kredos, sondern als Menschenwesen, als Vertreter der biologischen Spezies Mensch, dessen Existenz in Gefahr ist...“

Zwar sind wir überzeugt, daß sich eine Welt ohne Kriege bauen läßt, in der sich alle Länder die Reichtümer der Erde und des menschlichen Verstandes teilen, doch sind wir uns auch dessen bewußt, daß dies ohne kolossale, selbstlose, vereinte und unablässige Bemühungen der Männer und Frauen verschiedener Herkunft, Weltanschauung und verschiedener politischer Ansichten nicht geschehen kann.

Letztlich kann die Menschheit nur durch das Handeln des Menschen gerettet werden. Wir alle sind verantwortlich für die Bewahrung der Zivilisation, deren Erben wir sind, und für ihre Weiterentwicklung um derjenigen willen, die nach uns kommen. Als Wissenschaftlern fällt uns ein Großteil dieser Verantwortung zu. Die Wissenschaft darf nur dem Wohl der Menschheit und nie ihrer Vernichtung dienen.



LEDERERZEUGNISSE • SCHNEIDERWERKZEUG • SPIELZEUG • ALLES FÜR
SPORT, CAMPING UND ANGELN • HYGIENISCHE UND MEDIZINISCHE
GUMMIWAREN • SCHREIBARTIKEL • BÜRSTEN • BILDERRAHMEN UND ZIER-
LEISTEN • BODENBELAG UND MÖBELÜBERZÜGE • TAPETEN UND ANDERE
MASSENBEDARFSARTIKEL EXPORTIERT IN 130 LÄNDER



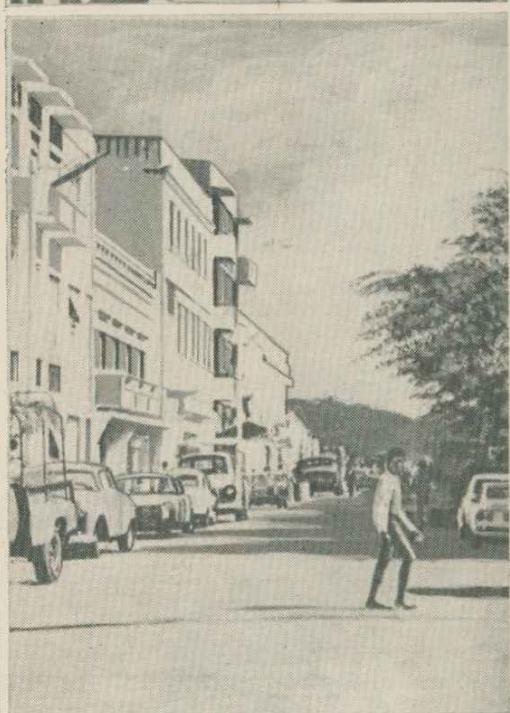
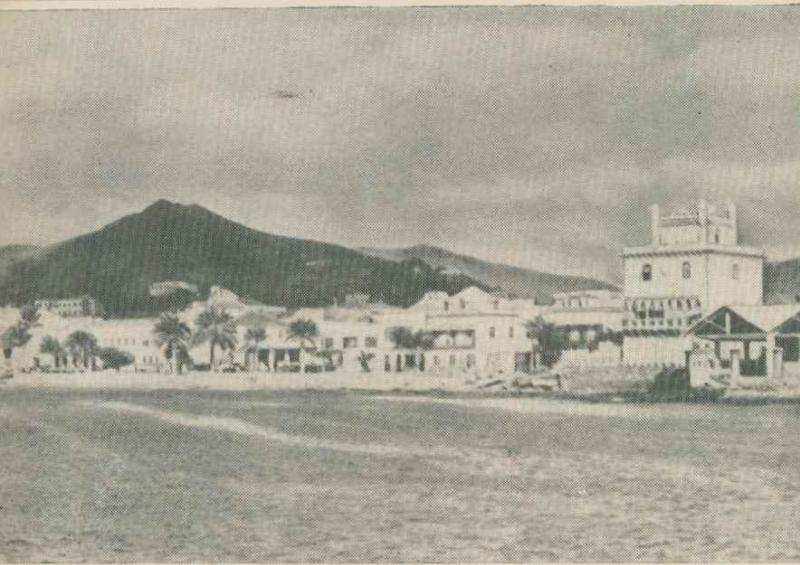
 Pragoexport

P R A G O E X P O R T
Außenhandelsbetrieb

J U N G M A N N O V A 34, P R A H A 1
C Z E C H O S L O V A K I A



14159-38
SEKT. MARX, LENIN 105 147 652
2200-2303
DOM-20



Im Objektiv: DIE REPUBLIK DER KAPVERDISCHEN INSELN

Die zehn großen und fünf kleinen Felseninseln, die in 600 km Entfernung der afrikanischen Atlantikküste vorgelagert sind, wurden Mitte des 15. Jahrhunderts von portugiesischen Seefahrern entdeckt und Kapverdische Inseln genannt. Danach wurden sie in die Nacht des Kolonialismus versenkt.

Die in den 50er Jahren an Stärke zunehmende nationale Freiheitsbewegung

gegen die portugiesischen Kolonialisten stand in engem Kontakt mit dem Freiheitskampf des Volkes von Guinea-Bissau und wurde von der PAIGC, der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln, geführt. Im Juli 1975 erlangten die mehr als 300 000 Bewohner der Kolonie ihre Unabhängigkeit.

Heute gestalten die freien Bürger der Republik mit Begeisterung ihr neues Leben, stärken sie die wirtschaftliche Unabhängigkeit ihres Landes und gehen den Weg, den ihnen die PAIGC gewiesen hat.

Unsere Bilder: Blick auf Praia, die Hauptstadt der Republik ◆ Unterricht in einer Oberschule ◆ Junge Inselpbewohner ◆ Mindelo auf São Vicente ◆ Im Zentrum der Hauptstadt

Fotos D. Igorew und TASS